



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Landtagspräsidentin Ilse Aigner gemeinsam mit Bayerns Bürgermeisterinnen.
Bildarchiv Bayerischer Landtag – Foto: Rolf Poss

3. Bürgermeisterinnenkongress in Starnberg:

Frauen führen Kommunen

Wie lässt sich der Anteil weiblicher Politiker erhöhen? Dieser Frage gingen 80 Bürgermeisterinnen aus ganz Bayern bei einer Tagung des Bayerischen Gemeindetags in Starnberg unter dem Motto „Frauen führen Kommunen“ nach. Informationsaustausch und Networking standen dabei im Vordergrund.

„Seit der Einführung des Frauenstimmrechts sind nun 100 Jahre vergangen. Gleichwohl gibt es immer noch demokratische Defizite“, führte Gemeindetags-Direktorin Cornelia Hesse in ihrer Begrüßung aus. Die Politik werde nach wie vor von Männern dominiert. Der Frauenanteil im Bundestag liege seit den Wahlen 2017 bei rund 30 Prozent und sei damit um sechs Prozent niedriger als in der Wahlperiode davor. Im Europäischen Parlament beträgt die Quote 36 Prozent. Der Bayerische Landtag wartet dagegen mit einem Frauenanteil von knapp 27 Prozent auf.

Weit entfernt von Parität

„Von einer Parität bei der Verteilung der Mandate in den Parlamenten sind wir noch weit entfernt“, bemerkte Hesse. Gerade in Kommunalparlamenten seien Frauen unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Bürgermeisteramt liege bei rund 9 Prozent, im Jahr 1996 waren es noch 2,2 Prozent. „Wenn das so weitergeht, sind wir 2050 bei

knapp der Hälfte angelangt“, bemerkte Hesse und motivierte die anwesenden Rathauschefinnen, weitere Frauen zur Mitwirkung zu animieren.

Basis der Demokratie in den Kommunalparlamenten

„Die Demokratie hat ihre Basis gerade in den Kommunalparlamenten. Dort ist außerdem das Lebensumfeld der Menschen ganz unmittelbar betroffen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass Frauen dort ihre persönlichen Erfahrungen, Sichtweisen und Kompetenzen einbringen“, betonte Carolina Trautner, die als Staatssekretärin im bayerischen Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales mit Ministerin Kerstin Schreyer die einzige weibliche Doppelspitze bildet.

Parteien müssen auf die Frauen zugehen

Trautner zufolge müssen die Parteien auf die potenziellen Mandatsträgerinnen zugehen und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wenn Posi-

tionen frei werden, sei gezielt nach qualifizierten Frauen Ausschau zu halten – gerade bei attraktiven Ämtern wie „Oberbürgermeisterin“ oder „Landrätin“. „Deshalb haben wir den Auftrag, die vielseitigen und spannenden Seiten eines politischen Amtes gezielt an Frauen zu kommunizieren. Das Berufsbild ‚Bürgermeisterin‘ muss als realistischer, politischer und beruflicher Ziel in den Köpfen der Frauen ankommen.“

Außerdem würden geeignete familienpolitische Rahmen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalforum Alpenraum 2019:

Fachkräftemangel trifft auch die Gemeinden

Im Lindner-Innovationszentrum in Kundl diskutierten Experten, wie sich die Gemeinden als attraktive Arbeitgeber positionieren können – Fachkräfte fehlen vor allem im Pflegebereich und in der Kinderbetreuung

„Fachkräfte dringend gesucht“ heißt es nicht nur in der heimischen Wirtschaft, sondern auch bei vielen Kommunen. „Man spürt den Mangel vor allem im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung“, sagte Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, beim 7.

4. Bayerisches InfrastrukturForum in München:

Lebendige Ortsmitte

Zahlreiche kommunale Entscheider in Bayern verfolgen das Ziel, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in Städten und Gemeinden ein Wohn- und Lebensumfeld zu gestalten, das ihren differenzierten Bedürfnissen entspricht. Wie eine Ortsmitte lebendig gestaltet werden kann, wurde im Rahmen des 4. Bayerischen InfrastrukturForums der Bayerischen Gemeindezeitung in München eingehend erörtert. Dazu fanden sich in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbands 220 Gäste sowie zwei Dutzend Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller ein. Filmisch wurde das Forum erneut von TV Bayern begleitet.

Was macht die Menschen glücklich? Wie müssen Kinder, Alte, Kranke, Familien – in welcher Konstellation auch immer – leben können, damit sie sich in jeder Lebensphase wohlfühlen? Und was können/müssen die Kommunen dazu beisteuern? Dies sind laut GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel die entscheidenden Fragen in einer digitalisierten und globalisierten Welt. Achtsame Nachhaltigkeit dürfe nicht nur für die Natur gelten (Stichwort Bienenbegehren), sondern auch für die Menschen.

Zukunftsfähige Orts(kern)planung

Die Referenten Armin Keller (Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr), Leonhard Rill (Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Matthias Simon (Bayerischer Gemeindetag), Barbara Wunder (Konversionsmanagerin Landkreis Donau-Ries), Dr. Stefan Werner (Stadtmanager Wolfratshausen), Ingrid Schnal-

ler (Vorsitzende des Werbekreises Einkaufsstadt Wolfratshausen e.V.), Julia Menzel-Härpfer (Geschäftsführerin City Points), Dr. Lore Mühlbauer (Regierung von Oberbayern), Wolfgang Schmidt (BayernLabo), Michael Leidl (Arc Architekten Partnerschaft mbB), Walter Bauer (1. Bürgermeister, Markt Eging a. See), Stefan Müller-Schleipen (immovativ GmbH), Herbert Köpplinger (MRK Management Consultants GmbH), Dr. Christoph Maier (maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB), und Martina Dietrich (Planungsbüro Stadt und Raum, Amberg) boten hervorragende Beispiele dafür, wie erfolgreiche Kommunalpolitik auf den Fundamenten alter und veralteter Bausubstanz die Basis schaffen kann für zukunftsfähige Orts(kern)planung.

Sparsamer Umgang mit Grund und Boden

Matthias Simon, Referatsleiter Bau- und Wasserrecht beim Bayerischen Gemeindetag, bezog sich insbesondere auf Recht



Moderner Bürgerdialog

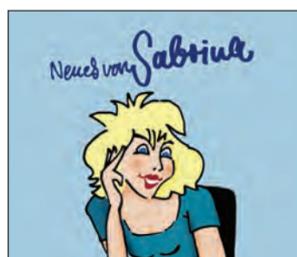
Mit dem „Tag der Kommunikation in Kommunen“ präsentiert die Bayerische Gemeindezeitung im Haus der Bayerischen Landkreise Lösungen für die Herausforderungen der Projektkommunikation.

Anhand von Fallbeispielen und Vorträgen ausgewählter Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politik vermittelt das Seminar professionelle Kommunikationsstrategien für den Bürgerdialog.

Diskutieren Sie mit uns am 11. April 2019 im Haus der Bayerischen Landkreise in München.

Eine Einladung zur Veranstaltung liegt dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung bei. □

und Praxis bei Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement. Er verwies auf § 1a Abs. 2 BauGB, wonach mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Dabei seien zur Verringerung der (Fortsetzung auf Seite 4)



Sprache ist Ausdruck der Gesinnung – keine Frage. Aber muss man das Kind mit dem Bade ausschütten? Gender-Sternchen oder Schrägstrich-in tragen nicht gerade zur Ästhetik der Sprache und der Lesbarkeit von Texten bei. Der Bürgermeister setzt auf den gesunden Menschenverstand. Letztlich zählt doch der Mensch und nicht das Symbol. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Von links: Dr. Walter Leiss, Generalsekretär Österreichischer Gemeindebund; Mag. Ernst Schöpf, Präsident Tiroler Gemeindeverband; Andreas Schatzer, Präsident Südtiroler Gemeindeverband; Moderator Alois Vahrner, Chefredakteur der Tiroler Tageszeitung; Regina Norz, Landesobmann-Stv. Forum Land; Georg Große Verspohl, Direktor Bayerischer Gemeindetag. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Erschließungsbeiträge Altanlagen: Gemeinden entscheiden	2
Bayern übernimmt Tarifabschluss	2
Neue Zentralstelle Tiertransporte	2
Zukunftsforum Globalisierung gerecht gestalten	2
Deutscher Landkreistag: Für gleichwertige Lebensverhältnisse	3
Alkoholprävention in Kommunen	4
Familienpakt Bayern	4
Kommunale Finanzthemen	5 - 10
Kommunale Bauthemen	11 - 12
Wasser • Abwasser	13 - 14
Sicherheit • Katastrophenschutz	15
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann zur Stichtagsregelung von Altanlagen:

Gemeinden entscheiden in eigener Verantwortung

Aktuelle Gesetzesinitiative der Regierungsfractionen erweitert kommunalen Handlungsspielraum

Auf den Tag genau vor drei Jahren hat der Bayerische Landtag eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes beschlossen, wonach Gemeinden für Straßen, deren erstmalige Herstellung vor mindestens 25 Jahren begonnen wurde – sogenannte Altanlagen – Erschließungsbeiträge nicht mehr erheben dürfen. Die Regelung gilt ab dem 1. April 2021.

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann stellt hierzu klar: „Der Gesetzgeber hat den Gemeinden fünf Jahre Zeit gegeben, um sich mit der Neuregelung auseinanderzusetzen und um zu entscheiden, welche Straßen, deren Bau vor langer Zeit begonnen wurde, sie bis zum 31. März 2021 technisch fertigstellen und noch abrechnen wollen. Diese Entscheidung hat er in die Hände der Gemeinden gelegt, die vor Ort entscheiden, wie sie mit der nunmehr drei Jahre alten Regelung umgehen.“

Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung

Viele Gemeinden hätten sich dieser Verantwortung gestellt und sich intensive Gedanken gemacht, in welchen Fällen eine technische Fertigstellung und Abrechnung sinnvoll ist. Es bleiben jetzt noch zwei Jahre, um

Altanlagen fertigzustellen und abzurechnen, oder sich eben gegen eine solche Fertigstellung zu entscheiden; dies sei Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung und Eigenverantwortung.

Kein Anlass für rechtsaufsichtliche Einwände

Der von den Regierungsfractionen vorgestellte Gesetzentwurf erweitert nochmals den kommunalen Handlungsspielraum, indem er Gemeinden die Möglichkeit gibt, bei der Fertigstellung von Altanlagen auf Erschließungsbeiträge auch gänzlich zu verzichten. „Die Gemeinden erhalten damit allen Spielraum, um vor Ort zu sach-

gerechten, abgewogenen Entscheidungen zu finden. Ihnen steht es aber ebenso frei, bis 1. April 2021 noch technische Baumaßnahmen durchzuführen und dafür Erschließungsbeiträge bei den Bürgern zu erheben. Ich bitte in diesem Zusammenhang alle Beteiligten, die in kommunaler Eigenverantwortung vor Ort getroffenen Entscheidungen zu respektieren“, so Herrmann.

Bereits 2016 hat das Innenministerium aus Anlass der Gesetzesänderung die kommunalen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und diese Auffassung 2018 weitergehend klargestellt: Es steht im pflichtgemäßen Ermessen einer Gemeinde, eine de facto schon vor vielen Jahren erfolgte Erschließung noch fertigzustellen und abzurechnen oder darauf zu verzichten. „Entscheidet sich eine Gemeinde in abgewogener und nachvollziehbarer Weise für oder gegen eine

technische Fertigstellung, gibt es keinen Anlass, dies rechtsaufsichtlich zu beanstanden“, so der Minister. Ebenso habe der Bayerische Landtag am 23. Januar 2019 beschlossen, „dass Gemeinden nicht zwingend verpflichtet sind, noch nicht erstmalig hergestellte Straßen bis zum 1. April 2021 technisch fertigzustellen“, sagte Herrmann. Dies schließt es aber nicht aus, dass sich Gemeinden auch für eine Fertigstellung und Abrechnung entscheiden.

Großer Gestaltungsspielraum

Übergangsweise haben die Gemeinden bis 31. März 2021 die Möglichkeit, für Altanlagen Erschließungsbeiträge bis zu einem Drittel zu erlassen. „Die von den beiden Regierungsfractionen angekündigte Ergänzung im Kommunalabgabengesetz, wonach die Kommunen im Zeitraum 1. Januar 2018 bis 31. März 2021 entstandene Beitragspflichten auch zu einem höheren Teil oder vollständig erlassen können, sichert für die Kommunen einen großen Gestaltungsspielraum bezüglich der Altanlagen vor Ort“, so der Minister abschließend. □

Bayerns Sportminister Joachim Herrmann bei der Eröffnung Fachmesse „bau@blsv“:

Sonderprogramm fördert strukturschwache Regionen

Deutlich höhere Fördersätze für vereinseigene Sportanlagen

Bayerns Innen- und Sportminister Joachim Herrmann hat bei der Eröffnung der Fachmesse zum Sportstättenbau „bau@blsv“ des Bayerischen Landes-Sportverbandes (BLSV) betont, dass auch der Freistaat Bayern sein Bestes gibt, wenn es darum geht, den Sport zu fördern.

Herrmann, der in diesem Jahr erneut Schirmherr der „bau@blsv“ war, hat dort auch den LEW Umweltpreis an vier Sportvereine verliehen, die sich besonders um Klimaschutz, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit im Vereinsleben verdient gemacht haben.

Neues staatliches Sonderförderprogramm

Zur gezielten Sportförderung gehört für den Sportminister auch, rechtzeitig auf Veränderungen zu reagieren, um die richtigen Weichen für die Zukunft stellen zu können. „Und genau hier wird unser neues staatliches Sonderförderprogramm für den vereinseigenen Sportstättenbau speziell in

strukturschwachen Regionen ansetzen“, so der Sportminister. Es soll nach Herrmanns Worten Vereinen in finanziell weniger leistungsfähigen Kommunen zusätzlich zum vorhandenen Förderprogramm nochmals deutlich höhere staatliche Fördersätze für Baumaßnahmen an vereinseigenen Sportanlagen gewähren.

Sanierungsstau

„Denn bei ihnen beobachten wir einen Sanierungsstau. Dabei liegt der Staatsregierung gerade in strukturschwachen Regionen ein funktionierendes Vereinsleben am Herzen. Intakte Sportanlagen sind dabei ein wesentliches Element“, so Herrmann. Sobald der Haushalt vom Bayerischen Landtag beschlossen ist, werde das Innen- und Sportministerium die Förderkriterien und -sätze festlegen.

„Im Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020 sind jährlich zusätzlich 10 Millionen Euro vorgesehen. Voraussichtlich wird Mitte Mai über den Doppelhaushalt 2019/2020 entschieden werden. Bis dahin bitte ich Sie noch um Geduld“, so der Sportminister, der aber gleichzeitig versicherte, dafür zu sorgen, dass die Vereine ab Mitte Mai Förderanträge für das Sonderförderprogramm stellen können.

Große Wertschätzung für den Sport

Auch BLSV-Präsident Jörg Ammon begrüßt den Ausbau der staatlichen Sportförderung: „Das Sonderprogramm und der damit verbundene deutliche Mittelaufwuchs bedeuten eine große Wertschätzung für den Sport in Bayern. Wir werden bei der Umsetzung des Sonderprogramms Hand in Hand mit der Staatsregierung zum Wohle unserer Sportvereine zusammenarbeiten. Für den Einsatz unseres Sportministers und die deutlich gestiegenen finanziellen Mittel möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.“

Finanzminister Albert Füracker:

Bayern übernimmt Tarifabschluss

Bessere Bezahlung für alle Beschäftigten in Bayern
Tarifabschluss bereits im Staatshaushalt eingeplant

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker begrüßte das heutige Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: „Das Ringen um einen Kompromiss hat sich gelohnt! Unsere Beschäftigten in Bayern leisten jeden Tag hervorragende Arbeit. Das muss angemessen bezahlt werden. Mit dem Tarifabschluss gibt es nicht nur Rechtssicherheit für die Beschäftigten, auch die Bürgerinnen und Bürger werden nicht durch Streiks belastet.“

„Die Bayerische Staatsregierung hält Wort. Das Ergebnis des Tarifabschlusses werden wir in Bayern zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen“, kündigte Füracker weiter an. „Die Tarifübertragung ist ein klares Signal für die Beamtinnen und Beamten in Bayern. Ihre Leistung wird von der Bayerischen Staatsregierung hoch geschätzt und vor allem angemessen entlohnt.“ Damit verdienen bayerische Beamtinnen und Beamte weiterhin deutlich mehr als die Kollegen in anderen Ländern. „Es ist besser, Beamter in Bayern zu sein“, bekräftigte der Finanz- und Heimatminister.

Die Kosten für den Tarifabschluss und die entsprechende Besoldungsanpassung wurden im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 bereits berücksichtigt. „Wir haben ausreichend vorgesorgt und das Geld schon im Haushalt eingeplant“, so Füracker. Die Bezüge der Versorgungsempfänger werden ebenfalls entsprechend des Tarifergebnisses erhöht. Das Finanzministerium wird der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag schnellstmöglich einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Bezügeanpassung vorlegen. □

Natürlich werde sich die Bayerische Staatsregierung auch in Zukunft weiter für den Sport stark machen und auch die konstruktive und erfolgreiche Partnerschaft mit dem BLSV fortsetzen.

Herrmann bedankte sich außerdem bei den Lechwerken für ihr Engagement um den Sport in Bayern, denn seit 2012 ist die Verleihung des LEW Umweltpreises (vormals LEW Energieeffizienzpreis) ein fester Bestandteil des Messeprogramms. Die mit 2.500 Euro beziehungsweise 1.500 Euro dotierten Preise gingen dieses Jahr an den TSV Neusäß, den BSG Taufkirchen (Vils), den DJK-SV Lengenfeld und den Skiclub Furth im Wald. □

den kann, ist eine bundeseinheitliche Lösung an dieser Stelle umso wichtiger. Deshalb soll es zum Tierschutz im Zusammenhang mit Tiertransporten einen Antrag Bayerns bei der anstehenden Agrarministerkonferenz geben.

Künftig sollen in Bayern alle von Exporteuren angegebene Abladeorte in Drittstaaten konsequent überprüft und mit Fahrtenbüchern und Navigationsdaten abgeglichen werden. Insbesondere für die Transportstrecke in die zentralasiatischen Staaten sind nach den dem Umweltministerium vorliegenden Erkenntnissen in Russland östlich von Moskau ausreichende Versorgungsmöglichkeiten der Tiere bisher nicht belegt.

Die bei der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen angesiedelte Dachstelle „Export“ soll für alle bayerischen Veterinärämter eine zentrale Datenbank aufbauen, um die Transportprüfungen durch die Behörden vor Ort zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Gesammelt werden sollen etwa gesicherte und nachvollziehbare Angaben über Entlade- und Versorgungsbedingungen in kritischen Drittstaaten.

17 Drittstaaten betroffen

Die Neuregelungen bei der Abfertigung von Tiertransporten betreffen derzeit 17 Drittstaaten mit aus Tierschutzsicht kritischen Transportbedingungen in diese Staaten. Sie beruhen auf Auswertungen anlässlich eines Runden Tisches im Umweltministerium, an dem neben Vertretern aus den Bereichen des Tierschutzes, der Amtstierärzte und der kommunalen Spitzenverbände auch Vertreter des Bauernverbandes, der Landwirtschaft und des Viehhandels teilgenommen haben.

Die Genehmigung von Tiertransporten ist stets eine Einzelfallentscheidung der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde. Das Umweltministerium hat für die Behörden vor Ort entsprechende Vollzugsanweisungen erarbeitet. Grundsätzlich sind die Transportunternehmen verpflichtet, auf der gesamten Route tierschutzkonforme Transportbedingungen sicherzustellen.

Weitere Informationen im Internet unter www.stmu.bayern.de

Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand“

Die Antragsteller für ein Volksbegehren zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes mit der Kurzbezeichnung „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ haben nunmehr ihren Antrag auf Zulassung beim Bayerischen Innenministerium eingereicht.

Das Innenministerium prüft innerhalb von sechs Wochen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens. Lässt das Innenministerium den Antrag zu, wird das Volksbegehren im Bayerischen Staatsanzeiger bekanntgemacht und zugleich eine zweiwöchige Eintragsfrist festgelegt. Andernfalls muss der Bayerische Verfassungsgerichtshof über die Zulassung entscheiden.

Weitere Informationen zum Thema Volksbegehren: www.innenministerium.bayern.de/suv/wahlen/volk abrufbar. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Bäuerlein
91347 Aufseß
am 2.4.

Bürgermeister Georg Kobler
84513 Erharting
am 25.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jochen Kramer
97355 Castell
am 27.3.

Bürgermeister Josef Friedberger
94533 Buchhofen
am 28.3.

Bürgermeister Rainer Schmalte
89296 Osterberg
am 31.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans-Walter Hofmann
91289 Schnabelwaid
am 24.3.

Bürgermeister Thomas Krimm
63773 Goldbach
am 25.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Tempel
87739 Breitenbrunn
am 3.4.

Bürgermeister Peter Dotzler
92274 Gebenbach
am 21.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Etzel
84385 Egglham
am 21.3.

Bürgermeister Stefan Jocher
82444 Schlehdorf
am 27.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Iris Harms
86707 Kühlenthal
am 26.3.

Bürgermeister Markus Bertold
87637 Seeg
am 30.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Eckl
94267 Prackebach
am 23.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Zukunftsforum „Globalisierung gerecht gestalten“ in Berlin:

Für faire Lieferketten

„Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass unser Wohlstand mit der Armut der anderen erkauft ist. Weltweit arbeiten etwa 450 Millionen Menschen in globalen Wertschöpfungsketten. Ihre Rechte dürfen im Kampf um Profite und billige Rohstoffe nicht auf der Strecke bleiben“, unterstrich Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller beim 5. Zukunftsforum „Globalisierung gerecht gestalten“ in Berlin. „Menschenwürdige Arbeit weltweit durchsetzen – das ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“, hob Müller hervor.

Wie der Minister erläuterte, „werden viele unserer täglichen Produkte in Entwicklungsländern unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt: In unseren Handys und Autos steckt Kobalt und Coltan. Zwangsar-

beit und Umwelterstörungen sind in den vielen illegalen Minen im Kongo an der Tagesordnung. Für unsere T-Shirts werden in Textilfabriken oft Hungerlöhne von 15 Cent pro Stunde bezahlt. In unserer Schokolade oder der Tasse Kaffee steckt noch immer Kinderarbeit. Leider keine Ausnahme: Über 70 Millionen Kinder arbeiten unter ausbeuterischen, gefährlichen Bedingungen.“



Bundesminister Dr. Gerd Müller.
Bild: Michael Gottschalk/Photothek.net

beit und Umwelterstörungen sind in den vielen illegalen Minen im Kongo an der Tagesordnung. Für unsere T-Shirts werden in Textilfabriken oft Hungerlöhne von 15 Cent pro Stunde bezahlt. In unserer Schokolade oder der Tasse Kaffee steckt noch immer Kinderarbeit. Leider keine Ausnahme: Über 70 Millionen Kinder arbeiten unter ausbeuterischen, gefährlichen Bedingungen.“

Standards zum Kinderschutz

Politik, Unternehmen und Konsumenten müssten ihren Beitrag für weltweit gültige Sozial- und Umweltstandards leisten, so Müller. Die internationale Gemeinschaft sei hier schon weit gekommen: Die UN-Kinderrechtskonvention gebiete ein Recht des Kindes auf Schutz vor Ausbeutung und die ILO Kernarbeitsnormen definierten auch Standards zum Schutz der Kinder – 182 Staaten hätten diese bereits ratifiziert.

In der Agenda 2030 haben sich Müller zufolge die UN-Mitgliedstaaten 2015 zur Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit verpflichtet: „Fast alle Produktionsländer haben diesen Standards zugestimmt. Sie müssen sie jetzt umsetzen. Das

heißt: Menschenrechte schützen, Gewerkschaften zulassen, Arbeitsbedingungen kontrollieren. Wir unterstützen die Regierungen hierbei nach Kräften, solche Strukturen aufzubauen, indem wir zum Beispiel Mindestlöhne verankern und Inspektoren ausbilden.“

Unternehmen müssten sicherstellen, dass in Lieferketten Menschenrechte eingehalten werden, betonte Müller. Viele gingen bereits freiwillig voran, beim Thema „Textil“ engagiere sich die Hälfte der Branche. Die andere Hälfte entziehe sich freilich mit dem Argument, die Bedingungen in den Produktionsstätten nicht kontrollieren zu können. „Das lasse ich nicht mehr gelten. Selbst kleine Start-ups schaffen das – gerade im Zeitalter der Digitalisierung“, machte der Minister deutlich.

Menschenrechte einhalten

Er wies darauf hin, dass spätestens seit 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gelten. Mit dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte würden diese klaren Mindestanforderungen für alle Unternehmen in Deutschland umgesetzt. Unternehmen müssten zeigen, wie sie ihren Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette nachkommen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit überprüfe dies derzeit.

Vereinbarungen im Koalitionsvertrag

Müller: „Wir sind uns in der Bundesregierung einig, dass der Schutz der Menschenrechte in den Lieferketten gewährleistet werden muss. Wenn wir Ende des Jahres zum Ergebnis kommen, dass die freiwilligen Ansätze nicht ausreichen, werden wir die großen Unternehmen gesetzlich in die Pflicht nehmen. Am besten auf europäischer Ebene – wenn erforderlich, aber auch national. So haben wir es im Koalitionsvertrag festgelegt.“

Benötigt würden künftig sowohl Mindeststandards für alle

als auch freiwillige Vorreiter-Initiativen, die darüber hinausgehen. Freiwillige Bündnisse von Wirtschaft, Handel, Gewerkschaft und NGOs zeigten bereits jetzt, dass Verbesserungen möglich sind. Als Beispiel führte Müller das Forum Nachhaltiger Kakao und das Bündnis für nachhaltige Textilien an: Im vergangenen Jahr wurden so 160 giftige Chemikalien aus dem Produktionsprozess verbannt. Jetzt setzt sich das Bündnis für existenzsichernde Löhne ein.

Fairer Einkauf

„Durch fairen Einkauf kann jeder von uns sofort helfen, Kinder und Arbeiter in Produktionsländern zu schützen“, hob der Minister hervor. „Deswegen wünsche ich mir, dass noch mehr Kunden fragen: Wurden meine Lebensmittel, wurde meine Kleidung fair produziert? Wer zum Beispiel faire Bananen für 1,20 statt für 89 Cent das Kilo kauft, verhindert Kinderarbeit. Wer fairen Kaffee kauft, der sorgt dafür, dass 2,50 Euro beim Bauern ankommen. Bei herkömmlichem Kaffee sind es gerade 50 Cent. Zu Ostern werden wieder 100 Millionen Schoko-Osterhasen verkauft. Bei einem herkömmlichen Hasen kommen lediglich wenige Cent vor Ort an. Wer künftig ein T-Shirt kauft, der kann bald auf den Grünen Knopf achten. Kinderarbeit und Dumpinglöhnen ist so ein Riegel vorgeschoben. Auch bei Sportartikeln kann man zu fairen Produkten greifen.“

Wie Bundesminister Heil erklärte, „können wir nur mit vereinten Kräften die Welt sozialer

Deutscher Landkreistag:

Für gleichwertige Lebensverhältnisse

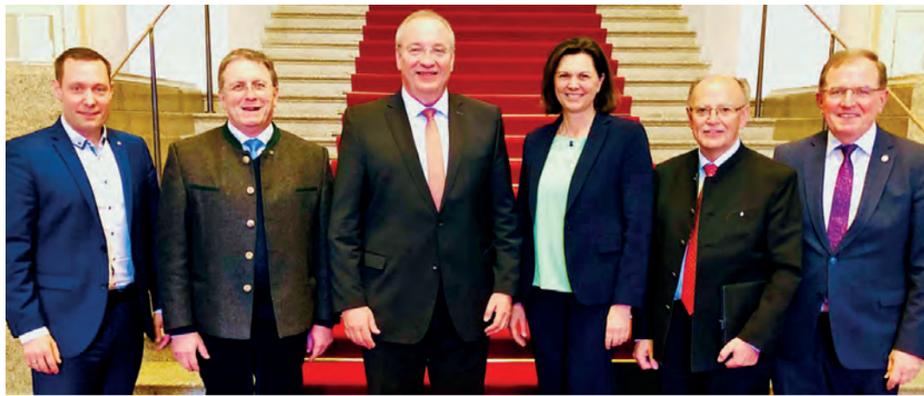
Der Deutsche Landkreistag hat sich gegen den Vorschlag der SPD gewandt, wonach die Grundsteuer künftig allein von den Eigentümern getragen werden soll. Laut Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke „wäre es völlig sachwidrig, vom bewährten Prinzip der Überwälzung der Grundsteuer auf die Mieter abzugehen“. Die ohnehin nicht einfache Reformdiskussion sollte sich auf die Kernfragen konzentrieren. „Dazu gehört nicht eine ohne Not herbeigeholte Debatte um die Lastenverteilung zwischen Mietern und Eigentümern“, so Henneke.

Die Grundsteuer bilde wie keine andere eine direkte Beziehung zu den Einwohnern in einer Gemeinde ab: „Das ist bei Mietwohnungen der Mieter und gerade nicht der Eigentümer, der oft hunderte von Kilometern entfernt wohnt und die Immobilie als Kapitalanlage erworben hat, sonst aber mit der Gemeinde rein gar nichts zu tun hat.“ Die Mieter seien es daher auch, die als Einwohner die kommunalen Infrastrukturen nutzen. „Dieses wichtige steuerliche Band zwischen Gemeinden und Einwohnern darf nicht zerschnitten werden“, machte Henneke deutlich.

Novellierung auf Grundlage bestehender Realitäten

Über den jeweiligen kommunalen Hebesatz sei die Grundsteuer daher nicht nur notwendigerweise bei den Einwohnern vor Ort direkt spürbar, sondern könne von diesen auch über die demokratischen Einflussmöglichkeiten gestaltet werden. „Die Höhe der Hebesätze ist seit jeher Sache der Kommunalvertretungen und muss dort politisch gegenüber allen Einwohnern verantwortet werden. Das soll und muss auch so bleiben.“

Generell gehe es dem Deutschen Landkreistag bei der Reform der Grundsteuer darum, zu einer Novellierung auf der



Von links: Armin Kroder, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken; Henry Schramm, Bezirkstagspräsident von Oberfranken; Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstages und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz; Landtagspräsidentin Ilse Aigner; Josef Mederer, Bezirkstagspräsident von Oberbayern und Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident von Unterfranken.
Bild: Bezirk Oberfranken

Bezirke im Austausch mit Landtagspräsidentin Aigner:

Vielfältige Herausforderungen

Zum Meinungsaustausch trafen sich Bayerns Bezirkstagspräsidenten mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Die Umsetzung des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes (PsychKHG) bilde einen Schwerpunkt des Gesprächs. Dabei berichteten die Bezirkstagspräsidenten insbesondere über den aktuellen Stand des Aufbaus der psychiatrischen Krisendienste in den Bezirken sowie über ihre positiven Erfahrungen dort, wo es dieses Angebot bereits gibt.

Pflege im Mittelpunkt

Die vielfältigen Herausforderungen rund um das Thema Pflege standen ebenfalls im Mittelpunkt der angeregten Diskussion. Die demographische Ent-

wicklung und der heute schon bestehende Mangel an Pflegekräften fordern Bezirke und Freistaat in besonderem Maße. Ziel der Bezirke ist es dabei, die bestehenden Versorgungsangebote systematisch weiterzuentwickeln, damit Pflegebedürftige – sofern sie dies wollen – so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Flächendeckende ambulante Angebote sind hierbei genauso wichtig, wie beispielsweise Tagesstätten, Kurzzeitpflegeplätze oder Heimeinrichtungen. Sie sind auch ein wichtiger Beitrag, pflegende Angehörige noch besser zu unterstützen. □

schen Rechner funktioniert, ist damit niemandem gedient. Der Mehrwert solcher Apps liegt doch in ihrer mobilen Nutzung, gerade auch außerhalb der bewohnten Gebiete. Beim Mobilfunk vor allem auf eine Versorgung der Haushalte abzustellen, ist geradezu absurd.“

Staatliche Infrastrukturgesellschaft

Aus diesem Grunde sei die Entscheidung der Bundesnetzagentur nachdrücklich zu kritisieren, im Rahmen der bevorstehenden Auktion auf den Erlas von Auflagen für eine flächendeckende Versorgung auch jenseits der Wohngebiete und der wichtigsten Verkehrswege verzichtet zu haben. „Für besonders zweifelhaft halten wir überdies die Entscheidung der Bundesnetzagentur, wonach diese Versorgungsauflagen entlang bestimmter Verkehrswege schon dann als erfüllt gelten, wenn auch nur ein Anbieter ein Netz errichtet hat. Um unter diesen Umständen Funklöcher für die Kunden anderer Anbieter zu vermeiden, sollte die Möglichkeit bestehen, die Mobilfunkbetreiber zum lokalen Roaming zu verpflichten“, hob der DLT-Präsident hervor. „Das kann und darf kein Tabu sein. Ultima ratio könnte auch eine staatliche Infrastrukturgesellschaft sein, wie sie für den Autobahnbau bereits gegründet wurde.“

Am Ende sei eine wirkliche Flächendeckung eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Es kann doch nicht sein, dass gleichwertige Entwicklungschancen in Stadt und Land als eines der wichtigsten Politikziele dieser Legislaturperiode allseits beschworen werden, um im gleichen Atemzug zu sagen: Leider gilt das aber nicht für 5G. Das darf insbesondere nicht die Sichtweise des Bundes sein“, bemerkte Sager abschließend. DK

Amtschefwechsel im bayerischen Innenministerium

Das bayerische Innenministerium bekommt einen neuen Amtschef. Innenminister Joachim Herrmann und Staatssekretär Gerhard Eck verabschiedeten in der Residenz München Ministerialdirektor Günter Schuster feierlich in den Ruhestand und führten seinen Nachfolger, Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele, in sein neues Amt ein.

„Mit der Pensionierung von Günter Schuster, der als Spitzenbeamter auf eine Bilderbuchkarriere zurückblicken kann, endet zum 31. März eine fast 15-jährige Amtszeit als oberster Beamter im bayerischen Innenministerium“, sagte Herrmann.

Schuster habe die Geschicke des Ministeriums voller Tatkraft, mit unermüdlichem Einsatz und viel Herzblut geführt und sei ein „hervorragendes Beispiel für das Motto ‚Gestalten statt nur Verwalten‘“. Eck lobte: Günter Schuster habe beachtliche Maßstäbe gesetzt und sich auch über die Landesgrenzen hinaus großes Ansehen erworben.

Sein Nachfolger Karl Michael Scheufele war zuletzt als Ministerialdirektor im Innenministerium für die Abteilungen Ausländer- und Asylrecht, Integration und Unterbringung von Asylbewerbern sowie den Sport verantwortlich. Für diese Abteilungen bleibt er zuständig und übernimmt als Amtschef zusätzlich weitere Aufgaben. „Ihn zeichnet eine umfangreiche Berufserfahrung und große Flexibilität aus. Seine Führungsqualitäten hat er bereits als Regierungspräsident von Schwaben unter Beweis gestellt“, sagte Herrmann.

Als neuer Ministerialdirektor wechselt Dr. Winfried Brechmann, Leiter der Rechtsabteilung in der Bayerischen Staatskanzlei, in das Innenministerium. □

Frauen führen in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bedingungen benötigt, die Frauen dazu motivieren, sich für ein politisches Amt zu entscheiden, fuhr Trautner fort. Denn gerade für Frauen bedeute das „in die Politik gehen“, oft einen dreifachen Spagat zwischen Beruf, Familie und politischem Mandat. Es gelte, Sorge dafür zu tragen, dass sie für diesen Balanceakt die notwendigen Freiräume bekommen.

Klar sei aber auch, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement nur mit den Männern gemeinsam funktioniert, machte die Staatssekretärin deutlich. Deshalb dürfe Familie nicht als rein weibliche Aufgabe gesehen werden. „Und zwar genauso wenig, wie Politik als reine Männerdomäne gelten sollte!“

„Wir Frauen sind aber auch selbst gefordert“, hob Trautner hervor. Manche Frauen neigten dazu, Chancen verstreichen zu lassen, weil sie an sich selbst zweifeln und den Vortritt doch lieber jemand anderem überlassen. „Wenn ich gefragt werde, was ich Frauen für ihre politische Karriere raten würde, kann ich nur antworten: Traut Euch was! Zeigt Eure Stärken!“

Diversity-Initiative

Laut Claudia Scheerer, Leiterin Unternehmenskommunikation Konzern Versicherungskammer, „müssen wir uns nicht nur auf den demografischen Wandel, sondern auch auf die Veränderungsgeschwindigkeit durch die Digitalisierung einstellen“. Deshalb fördere der Kommunalversicherer heute nicht mehr nur Frauen, sondern habe eine Diversity-Initiative ins Leben gerufen, bei der es darum geht, unterschiedliche Kompetenzen zu fördern, den veränderten Anforderungen an die Arbeitswelt gerecht zu werden und diese mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens in Einklang zu bringen. Wichtig dabei sei: „Unser Programm basiert auf freiwilligem Engagement. Die einzelnen Maßnahmen werden eigeninitiativ und selbstorganisiert von Arbeitsgruppen vorangetrieben. Ein kleines zentrales Team bündelt diese immer wieder. Die Gruppen werden zudem von Paten aus dem Konzernvorstand unterstützt.“

Ideenvielfalt

Verschiedene Erfahrungen, Talente, Herkünfte – all dies bringe eine hohe Ideenvielfalt, die der Konzern, der bereits heute rund 100 Berufe umfasst, aktiv fördern wolle. Die Mitarbeiter seien überwiegend in Vollzeit tätig, die Teilzeitquote nehme aber zu. Die Belegschaft bestehe etwa hälftig aus den Babyboomern und aus jungen Nachwuchskräften, die sich eine Welt ohne Internet gar nicht ausmalen können. 51 Prozent der Beschäftigten sind Frauen.

Aus der 2012 gegründeten Fraueninitiative sind Scheerer zufolge viele gute Dinge entstanden, z.B. ein Job-Sharing Modell, das früher nicht denkbar gewesen sei. „Mit dem Modell haben sich zwei Frauen eine Führungsstelle geteilt und das klappt prima. Wir werben sehr dafür, dass sich das Modell weiter verbreitet“, so die Leiterin Unternehmenskommunikation.

Auf die Fraueninitiative zurück zu führen sei auch das stärkere Vorantreiben von „Arbeiten im Home Office“, „was in vielen Unternehmen bereits deutlich stärker verbreitet ist, bei uns nun aber auch zunehmend – und nicht nur von Frauen – in Anspruch genommen wird“. Zudem habe der Konzern Versicherungskammer es geschafft, den

Anteil der weiblichen Führungskräfte in den vergangenen drei Jahren zu erhöhen.

Entsprechend entwickelte die Diversity-Arbeitsgruppe ein Konzept für das Symposium „Frauen und Karriere – wir zeigen wie!“, das den Teilnehmerinnen – Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren – zeigt, dass die Verbindung Karriere und Familie funktioniert. Neben einer Podiumsdiskussion mit Kollegen und Kolleginnen gibt es Infostände, bei dem die Besucherinnen ihre eigenen Fragen stellen und sich über Angebote im Konzern informieren können. Ziel ist es, anderen Frauen Mut zu machen.

Austausch zwischen den Generationen

Eine weitere Arbeitsgruppe der Diversity-Initiative hat sich mit dem Themenfeld „Generationen“ befasst. Um den Austausch zwischen den Generationen zu fördern, wurden im Jahr 2016 Generationen-Tandems, bestehend aus einem jungen und einem erfahrenen Mitarbeiter, installiert. Bei regelmäßigen Treffen geben die Erfahrenen das Wissen aus ihrem jahrelangen Berufsleben weiter. Im Gegenzug können die Jungen beispielsweise neue Herangehensweisen oder technisches Know-how vermitteln.

Eine Weiterentwicklung der Generationen-Tandems ist das Reverse-Mentoring. Dort wird die klassische Rolle umgedreht und Vorstände und Führungskräfte lernen von den Auszubildenden. Das Konzept findet gerade in Zeiten der Digitalisierung

immer mehr Anklang. Denn Führungskräfte können von der jungen Generation erfahren, wie sie die digitale Welt heute erleben und sich in Zukunft vorstellen.

Scheerers Fazit: „Wir sind klein gestartet mit rund 15 Frauen. Bis heute haben sich bereits über 1.000 Personen aus allen Hierarchie-Ebenen beteiligt und es sind 12 neue Konzepte für unser Haus entstanden. Und es geht munter weiter – soeben ist die nächste Runde mit Freiwilligen gestartet – diesmal rund um das Thema Musterbrecher.“

Sachorientierte Diskussionskultur

Was sich in der (Kommunal-)Politik ändern müsste, damit Frauen sich mehr beteiligen, erforscht Barbara Thiessen, Professorin an der Hochschule Landshut, in dem Projekt „Demokratie – Partizipation – Vielfalt. Frauen in der Kommunalpolitik im ländlichen Raum (FRIDA)“. Thiessen stellte fest, dass das Interesse an Politik bei Männern und Frauen zunächst gleich hoch sei. Allerdings würden frauenspezifische Themen in der männerdominierten Politik oftmals als im Vergleich unwichtig erachtet. Straßenbau sei wichtig, soziale Themen weniger.

Darüber hinaus seien Frauen eher an einer sachorientierten Diskussionskultur interessiert. Persönliche Angriffe und sexistischer Umgang, wie teilweise in Kommunalparlamenten vorzufinden, hätten eine abschreckende Wirkung. Zudem übernehmen Frauen gerade in ländlicheren Gegenden oft mehr Verantwortung in der Familie. Gemeinderatssitzungen am

Abend seien damit schlecht in Einklang zu bringen.

Parteien müssen sich ändern

Die ernüchternde Bilanz auf Kommunalebene belegte Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit folgenden Zahlen: In Bayern sind nur drei von 25 Oberbürgermeistern Frauen, bei den Landräten sogar nur vier von 71. Insgesamt stellen Bayerns Frauen – bei großen regionalen Unterschieden – im Schnitt nur etwa 25 Prozent der Vertreter in den kommunalen Vertretungsorganen. Dabei zeichne sich allerdings ein klarer Trend ab: Je größer die Stadt, umso höher der Frauenanteil.

„Nicht die Frauen müssen sich ändern, sondern die Parteien – zumindest ein Stück weit“, unterstrich Aigner. Um Maßnahmen für eine höhere Repräsentanz von Frauen in der bayerischen Volksvertretung auszuloten, hat die Präsidentin zu einer fraktionsübergreifenden Runde der frauenpolitischen Sprecherinnen in den Bayerischen Landtag eingeladen. Seit vielen Jahren arbeitet nach Aigners Worten auch die Frauen-Union der CSU daran, mehr Frauen in Verantwortung zu bringen – zum Beispiel mit einem Mentoring-Programm. Erfahrene Politikerinnen begleiten dabei politische Einsteigerinnen auf ihrem Weg.

Eine mögliche Gesetzesänderung für die gleiche Anzahl von Frauen und Männern im Parlament war Aigner zufolge Thema eines Treffens von Parlamentarierinnen der Union, SPD, FDP, Grünen und Linken im Bundestag. Gegen diese Gesetzesänderung gibt es freilich erhebliche

Familienpakt Bayern

Arbeitsstaatssekretärin Trautner: Innovative Impulse für Familienfreundlichkeit – über 700 Mitglieder

Auf der diesjährigen Jahresauftaktveranstaltung des „Familienpakts Bayern“, betonte Bayerns Arbeitsstaatssekretärin Carolina Trautner: „Von A wie Automobilhersteller bis Z wie Zahnarztpraxis – über 700 Mitglieder im Familienpakt positionieren sich bereits als moderne und familienfreundliche Arbeitgeber. Und das aus gutem Grund: Denn Familienfreundlichkeit ist für Unternehmen ist längst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Fachkräfte haben heute die Wahl und entscheiden sich für den Arbeitsplatz, an dem sie ihre familiären und beruflichen Aufgaben optimal vereinbaren können. Deshalb ist es erfreulich, dass sich unter dem Familienpakt Bayern immer mehr familienbewusste Unternehmen versammeln, die ihr Engagement sichtbar machen und weiterentwickeln wollen.“

www.familienpakt-bayern.de

che verfassungsrechtliche Bedenken, die die Landtagspräsidentin teilt. Nicht ohne Grund sei eine entsprechende Popularklage in Bayern bereits abgewiesen worden. Der Gesetzgeber, so der Bayerische Verfassungsgerichtshof, sei nicht dazu verpflichtet, der bestehenden Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag und in kommunalen Vertretungsorganen entgegenzuwirken. „Verfassungsrechtlich ist das also höchst problematisch“, machte Aigner deutlich.

Fachkräftemangel trifft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dent des Südtiroler Gemeindevorstandes, ortete Personalprobleme im Pflegebereich. „Vor fünf Jahren hatten wir 20 bis 30 Bewerbungen auf eine Ausschreibung, heute bekommen wir manches Mal gar keine.“ In Bayern würden viele Gemeinden – vor allem im Großraum München – die großen Autobauer in der Region spüren. „Es wird immer schwieriger für die Kommunen, technische Spezialisten zu finden, da es für viele spannender ist, z.B. bei BMW zu arbeiten. Darüber hinaus kann die Wirtschaft oft besser bezahlen.“ Regina Norz, Obmann-Stellvertreterin Forum Land, sagte, dass der ländliche Raum durch die Digitalisierung an Attraktivität gewinnen könne. „Viele Mitarbeiter – in der Wirtschaft und in der Gemeinde – können zukünftig viel ortsunabhängiger tätig sein. Gibt es flexiblere Modelle, wird auch der ländliche Raum attraktiver.“

Die Keynote beim Kommunalforum Alpenraum hielt Johannes Kopf, Vorstand des österreichischen Arbeitsmarktservices.

Zauberwort Vernetzung

Abschließend plädierte sie dafür, die öffentliche Aufmerksamkeit für eine höhere politische Repräsentanz von Frauen wachzuhalten und sich zu vernetzen, wo immer es möglich ist. Wichtig seien ein bundesweiter und länderübergreifender Austausch und der Anstoß neuer Initiativen. Dabei sei klar: „Mehr Repräsentanz von Frauen in der Politik lässt sich nur gemeinsam mit den Männern machen.“ DK

Alkoholprävention in Kommunen

Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure (BSI) und des DStGB

In einem gemeinsamen Positionspapier von DStGB und dem Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure (BSI) werden gemeinsame Maßnahmen zur Alkoholprävention in Städten und Gemeinden definiert. Ziel ist es, den risikokompetenten und gesundheitsverträglichen Umgang mit alkoholhaltigen Getränken zu fördern und negativen Begleiterscheinungen eines übermäßigen Alkoholkonsums durch Prävention und Aufklärung vorzubeugen.

Viele Städte und Gemeinden beobachten einen vermehrten Alkoholkonsum im öffentlichen Raum. Insbesondere junge Menschen trinken selbstverständlich in der Öffentlichkeit. Dies führt zum Teil zu massiver Lärmbelästigung und Verschmutzungen im öffentlichen Raum. In einigen Kommunen kommt es zu Beschwerden von Anwohnern. Das subjektive Sicherheitsgefühl ist beeinträchtigt.

Einschränkungen oder Verbote

In Deutschland unterbinden immer mehr Städte die Belästigung sowie Gewaltdelikte durch stark alkoholisierte Personen auf öffentlichen Plätzen durch Einschränkungen oder Verbote des Alkoholkonsums- bzw. des Verkaufs in der Öffentlichkeit an bestimmten Orten als Teil eines Gesamtkonzeptes. Sie stoßen dabei allerdings unter anderem an rechtliche Grenzen. Aufgrund der unterschiedlichen Ermächtigungsgrundlagen in den Ländern müssen sie jeweils im Einzelfall prüfen, welche Regelungen erlassen werden dürfen.

Sowohl BSI als auch DStGB sind sich einig, dass es der gemeinsamen Aufklärung und Prävention bedarf, damit alle Verbraucher verantwortungsbewusst mit alkoholhaltigen Getränken umgehen. Dies schließt auch den bewussten Verzicht auf Alkohol in bestimmten Situationen ein.

Eine Zielgruppe der präventiven Maßnahmen sind die Eltern. Ihnen muss in diesem Rahmen ihre Vorbildrolle gegenüber Kin-

dern und Jugendlichen im Umgang mit Alkohol deutlich gemacht werden. Auch werden sie aufgefordert, ihren Aufsichtspflichten nachzukommen. Viele Kommunen setzen mit ihren präventiven Maßnahmen bereits im frühen Kindesalter an. So wird das Thema „Alkohol“ vielfach bereits in den Fortbildungen der Erzieher und in den Schulen thematisiert. Die kommunale Familienhilfe kümmert sich vielerorts um suchtbelastete Familien, da Kinder, deren Eltern alkoholkrank sind, ein erhöhtes Risiko haben, selbst abhängig zu werden. Um die Alkoholprävention in Familien zu unterstützen, wurde vom „Arbeitskreis Alkohol und Verantwortung“ des BSI in Kooperation mit dem BundesElternRat die Initiative „Klartext reden“ ins Leben gerufen.

Intensiver Alkoholkonsum bei Veranstaltungen und Festen (z. B. bei Dorffesten und Karnevalveranstaltungen) ist eine zentrale Herausforderung für die kommunale Alkoholprävention. Zum einen werden die Veranstalter strikt auf die Einhaltung des Jugendschutzes hingewiesen und Mitarbeiter der Jugendämter kontrollieren zusammen mit Ordnungsämtern und/oder der Polizei die Einhaltung und kümmern sich um die Jugendlichen, zum anderen werden bewusst Alkoholalternativen für die Jugendlichen angeboten (z. B. Saftbars, alkoholfreie Cocktails). Wichtig ist, dass auch alkoholfreie Getränke, wie u. a. im Gaststättengesetz vorgesehen, zu einem attraktiven Preis angeboten werden.

Die Alkoholpräventionsarbeit bei Jugendlichen wurde in den vergangenen Jahren in vielfältiger Weise verbessert. Beispielfähig ist hier das bundesweit verbreitete Alkoholpräventionsprojekt HaLT, das aus zwei sich ergänzenden Projektbausteinen besteht. Im reaktiven Baustein werden Ansätze auf individueller Ebene verfolgt, z. B. Gruppen- und Einzelangebote für betroffene Jugendliche, die Überleitung in weitergehende Hilfen und die Erfassung von Daten zum riskanten Alkoholkonsum. Im proaktiven Baustein wiederum geht es um Ansätze auf kommunaler Ebene, z. B. die konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes, die Sensibilisierung von Eltern, Lehrern, Verkaufspersonal etc., und eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit.

Schulungsinitiative Jugendschutz

Damit Mitarbeiter in Handel, an Tankstellen und in der Gastronomie gut geschult sind, um das Jugendschutzgesetz in Bezug auf die Abgabe von alkoholhaltigen Getränken konsequent umzusetzen, hat der BSI die Initiative „SchuJu – Schulungsinitiative Jugendschutz“ ins Leben gerufen. So kann verhindert werden, dass Alkohol unter Umgehung des Jugendschutz- bzw. Gaststättengesetzes in die Hände von Kindern oder Jugendlichen oder sichtlich angetrunkenen Personen gerät.

Pauschale Verbote sind hier nach Überzeugung von BSI und DStGB nicht der Königsweg, denn diese schränken auch die Freiheit derjenigen Bürgerinnen und Bürger ein, die auf öffentlichen Plätzen verantwortungsbewusst mit alkoholhaltigen Getränken umgehen und dort maßvoll alkoholhaltige Getränke genießen möchten. DK

Lebendige Ortsmitte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Laut Leonhard Rill vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellt die Innenentwicklung für alle Akteure (Bürgermeister, Gemeinderäte, Projektleiter, Planer, Bürger) eine sehr anspruchsvolle Aufgabe dar. Einen „zentralen Masterplan“ hierfür gebe es freilich nicht. Wesentliche Unterstützung bei der Innenentwicklung bietet die Dorferneuerung. Als sinnvoll erachtet Rill hierbei die Interkommunale Zusammenarbeit ILE.

Veränderung in den Köpfen

Wichtig ist nach seinen Worten eine „Veränderung in den Köpfen“: Gemeindeverantwortliche und Bürger müssten informieren, sensibilisieren und zur Mitwirkung motivieren. Notwendig seien Begleitung, Beratung und Förderung.

Wie Armin Keller, (Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr) ausführende, werden Städtebauförderungsmittel in aller Regel dann zur Verfügung gestellt, wenn dadurch ein städtebauliches Erneuerungsgebiet wesentlich verbessert oder umgestaltet wird. Ein derartiges Gebiet lege stets die Gemeinde auf der Grundlage entsprechender städtebaulicher Konzepte fest.

Im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm könnten auch unabhängig von einer Gebietsdarstellung städtebauliche Einzelmaßnahmen gefördert werden, wenn etwa mit der Modernisierung eines ortsbildprägenden Gebäudes die wesentlichen gemeindlichen Ziele der städtebaulichen Erneuerung erreicht werden. Die Modernisierung und Instandsetzung oder der Aus- und Umbau innerörtlicher Gebäude zählten zu den klassischen Handlungsfeldern der Städtebauförderung.

In Ausgabe 9/2019 der Bayerischen Gemeindezeitung (E-Termin: 3. Mai) wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Im GZ-Netzwerk <http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern.stehen> die bereits freigegebenen Vorträge zum Download bereit. DK

Finanzminister Füracker bringt Doppelhaushalt 2019/2020 in den Landtag ein:

Solide Haushaltspolitik in Bayern konsequent fortführen

„Mit dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt werden auf finanzpolitisch solider Grundlage die für die Menschen in Bayern relevanten Zukunftsfragen konsequent und spürbar angegangen. Der Entwurf für den Doppelhaushalt setzt die generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik der Bayerischen Staatsregierung konsequent fort“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2019/2020 in den Bayerischen Landtag fest.

Der bayerische Staatshaushalt kommt zum 14. und 15. Mal in Folge im allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden aus. Der Abbau der Staatsverschuldung wird mit insgesamt 1 Milliarde Euro fortgeführt. Im Doppelhaushalt 2019/2020 sind insgesamt 4.306 neue Stellen und Gesamtausgaben von 124,7 Milliarden Euro vorgesehen. Rund 17 Milliarden Euro davon stehen für Investitionen in die Zukunft zur Verfügung. „Damit erreicht der Freistaat im Jahresdurchschnitt 2019/2020 eine Investitionsquote von 13,7%, wodurch Bayern im Verhältnis zu den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern weiter an der Spitze liegen wird. Zentrale Vorhaben werden mit zukunftsgerichteten Schwerpunktsetzungen kraftvoll umgesetzt“, betonte Füracker.

Unterstützung für Familien

Die Staatsregierung unterstützt die Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensabschnitten. Um junge Familien in noch größerem Maße als bisher schon spürbar zu entlasten, wird der Zuschuss für Kindergartenbeiträge auf das erste und zweite Kindergartenjahr ausgeweitet. Ab dem Jahr 2020 wird überdies eine Entlastung von Beiträgen in der Kinderkrippe vorgesehen. Das zum 1. September 2018 eingeführte Bayerische Familiengeld wird fortgesetzt. Die Gesamtausgaben für diese Maßnahmen betragen insgesamt rund 2,4 Milliarden Euro. Die neue Bayerische Eigenheimzulage und das neue Baukindergeld BayernPlus

werden auch fortgeführt und für die nächsten beiden Jahre mit insgesamt 375 Millionen Euro eingeplant. Damit gibt der Freistaat Bayern jungen Familien ein bundesweit einmaliges Startkapital an die Hand. Um auch pflegebedürftige Menschen zu unterstützen, wird das ebenfalls letztes Jahr eingeführte Bayerische Landespflegegeld mit insgesamt 748 Millionen Euro fortgesetzt.

Bildungsausgaben

Füracker: „Bildung ist Ländersache und soll es auch bleiben. Bayern bleibt ein bundesweiter Leuchtturm für den Bildungsföderalismus. Das Spitzenniveau bei Schulen und Hochschulen wird weiter gestärkt.“ Die Bildungsausgaben werden in den beiden Jahren zusammen circa 42 Milliarden Euro betragen und damit erstmals die 40 Milliarden-Euro-Grenze in einem Doppelhaushalt übersteigen. Für die weitere Verbesserung des bayerischen Schulsystems und zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung werden insgesamt 2.200 zusätzliche Stellen für Schulen ausgebracht.

Innere Sicherheit

„Sicherheit ist eine elementare Kernaufgabe des Staates. Wir setzen auf eine starke Präsenz unserer Polizei in der Fläche und vor Ort.“, hob Füracker hervor. Zur weiteren Stärkung der Inneren Sicherheit werden im Doppelhaushalt 2019/2020 insgesamt 1.000 neue Stellen im Polizeibe-

reich für ein sicheres Bayern ausgebracht. Im „Polizei-Budget“ ist für 2019/2020 ein Gesamtvolumen von über 930 Millionen Euro eingeplant.

Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen

„Der Freistaat ist ein bewährter und starker Partner seiner Kommunen“, bekräftigte Füracker. Die Finanzausgleichsleistungen für die bayerischen Kommunen steigen 2019 um 435,7 Millionen Euro bzw. 4,6 % auf ein Rekordniveau von insgesamt rund 9,97 Milliarden Euro. Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge werden neue Straßenausbaupauschalen in Höhe von zunächst 35 Millionen Euro eingeführt, die im Jahr 2020 auf 85 Millionen Euro erhöht werden. Zusätzlich werden außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 65 Millionen Euro für Erstattungsleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz an die Gemeinden bereitgestellt. Zur Abfederung besonderer Härtefälle bei beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern wird ein mit einmalig 50 Millionen Euro dotierter Fonds eingerichtet.

Land- und Forstwirtschaft

„Land- und Forstwirte sind entscheidende Partner des Freistaats beim Natur- und Landschaftsschutz. Die Staatsregierung setzt daher konsequent darauf, nicht über die Köpfe der zahlreichen landwirtschaftlichen Betriebe hinweg Verbote zu erlassen. In erster Linie können nur durch gezielte und praxisgerechte Anreizinstrumente nachhaltige Verbesserungen für Umwelt und Landwirtschaft Hand in Hand erreicht werden“, betonte Füracker. So werden die Ansätze des Kulturlandschaftsprogramms im Jahr

2019 auf insgesamt 282,2 Millionen Euro und im Jahr 2020 auf 292,2 Millionen Euro erhöht. Zur Verbesserung des Tierwohls werden die Landesmittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung auf insgesamt rund 130 Millionen Euro erhöht. Für den Umbau der Wälder zu klimatoleranten Zukunftswäldern werden die entsprechenden Ansätze im Jahr 2019 auf insgesamt 30,8 Millionen Euro und 2020 auf insgesamt 43,5 Millionen Euro erhöht.

Straßenbau und Luftreinhaltung

Für Staatsstraßen werden die Mittel in 2019 auf dem hohen Niveau 2018 fortgeführt. Für die beiden Jahre sind insgesamt rund 703,9 Millionen Euro vorgesehen. Die Ausgabemittel für Maßnahmen zur Luftreinhaltung steigen im Jahr 2019 um 40 Millionen Euro und im Jahr 2020 um weitere 12,7 Millionen Euro. Im Doppelhaushalt 2019/2020 sind damit insgesamt über 111 Millionen Euro Ausgabemittel für die Luftreinhaltung enthalten.

Wohnraumförderung

Bezahlbares Wohnen nannte Füracker eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen. Entsprechend engagiert sich der Freistaat weiter auf Rekordniveau: Unter Einbeziehung aller Städtebauförderungsprogramme, wie Bund-Länderprogramme und EU-Programm, ist im Doppelhaushalt ein neuer Rekordbewilligungsrahmen von 908,8 Millionen Euro zu verzeichnen. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung wird 2019 auf dem Rekordniveau des Jahres 2018 in Höhe von rund 886 Millionen Euro fortgeführt. □

Söder soll in Berlin vorstellig werden

Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhau gegen Erhöhung der Einkommenssteuer

In scharfer Form hat sich der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, gegen die jüngst veröffentlichten Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz gewandt, den Spitzensteuersatz erhöhen zu wollen.

„Im Koalitionsvertrag steht ganz klar, keine Erhöhung der Steuerbelastung der Bürger. Was ist das für eine Regierung, die Verträge nicht einhalten will. Ich appelliere an den neuen CSU-Vorsitzenden Markus Söder, seine Koalitionspartner an Vertragstreue und Rechtssicherheit zu erinnern“, so Hohenhau gegenüber den Medien.

Versprechungen einhalten

Der bayerische Steuerzahlerpräsident, der auch dem Europäischen Steuerzahlerbund vorsteht, betont weiter, dass Politiker gut daran täten, ihre Versprechungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einzuhalten. Mit Blick auf den bayerischen Staatshaushalt sei er in Sorge, weil sich die Absichtserklärung der bayerischen Staatsregierung, das Ausgabenwachstum auf drei Prozent zu begrenzen, bereits in Nichts aufgelöst hat.

Versprochene Schuldenfreiheit bis 2030 gefährdet

Auch die versprochene Schuldenfreiheit Bayerns bis zum Jahr 2030 sei gefährdet, wenn gerade einmal 500 Millionen

Euro pro Jahr getilgt werden. Sorge bereitet dem Bund der Steuerzahler auch die Tatsache, dass zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2019/2020 – trotz Rekorderlösen – 3,6 Milliarden



Rolf von Hohenhau. □

den Euro aus den Rücklagen entnommen werden mussten. Mit Sparsamkeit habe dies wenig zu tun, so von Hohenhau. „Haushaltsdisziplin sollte Vorrang vor den überbordenden Wünschen der Ressortminister haben, die auf den bayerischen Finanzminister Albert Füracker einprasseln. Es wäre fatal, wenn der Bund der Steuerzahler seine Schuldenuhr, die anzeigt wie sich Schuldenstand und -zuwachs entwickeln, umstellen müsste.“ □

Krankenversicherung für Beamte:

„BeihilfeCOMFORT modernstes Angebot am Markt“

GZ-Interview mit Dr. Harald Benzing, Vorstandsvorsitzender Bayerische Beamtenkrankenkasse/Kranken-Vorstand Konzern Versicherungskammer

GZ: Herr Dr. Benzing, mit dem neuen Tarif BeihilfeCOMFORT investieren Sie gezielt in die Zielgruppe Beamte. Warum sind Beamte so wichtig für uns?

Dr. Benzing: Der Freistaat und die bayerischen Kommunen kümmern sich ausgezeichnet um ihre Beamten: Ob im Bund, in den Ländern oder Gemeinden – von ihrem jeweiligen Dienstherrn bekommen Beamte einen Zuschuss zu allen Gesundheitsleistungen. Diese so genannte „Beihilfe“ wird fast immer mit einer PKV kombiniert: Die Kosten für Ärzte, Medikamente oder einen Krankenhausaufenthalt teilen sich dann Dienstherr und PKV. Neben den Beamten selbst sind auch Ehepartner und Kinder beihilfeberechtigt.

GZ: Können sich Beamte denn auch gesetzlich versichern?

Benzing: Beamte sind von der Versicherungspflicht in der GKV generell befreit – und das unabhängig von der Höhe des Einkommens. Eine Versicherung in der GKV ist zwar theoretisch möglich, allerdings entfällt dann die Beihilfe: Daher ist die Kombination aus Beihilfe und PKV für Beamte günstiger als die GKV – bei besserem Versicherungsschutz. Fast alle Beamten sind daher privat krankenversichert.

GZ: Was sind die Besonderheiten des neuen Tarifs BeihilfeCOMFORT?

Benzing: Wir bieten für jeden Beihilfesatz den passenden Krankenversicherungsschutz – und das zu ansprechenden Beiträgen. Die Kunden haben flexible Kombinationsmöglichkeiten und können sich ihren Versicherungsschutz individuell zusammenstellen. Wenn sich die Bedürfnisse ändern, zum Beispiel bei Heirat oder der Geburt von Kindern, besteht zudem die Möglichkeit, bestehende Leistungen ohne weitere Gesundheitsprüfung aufzustocken. Weil Prävention wichtig ist, werden Vorsorgeuntersuchungen nicht auf die Beitragsrückerstattung angerechnet. Anwärter bekommen bei Leistungsfreiheit die Hälfte ihres Jahresbeitrags erstattet

GZ: Welche Zielgruppe sprechen Sie damit besonders an?

Benzing: Beamte entscheiden sich bereits als Anwärter für eine PKV, wir sprechen also über junge Männer und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren. Auf diese Kunden haben wir uns vollständig eingestellt, etwa durch unsere App „Meine Fitness“: Das integrierte Fitnesskonto belohnt regelmäßige Bewegung und Sport mit Punkten, die im Prämienshop gegen Wertgutscheine ausgewählter Partner aus den Bereichen Sport, Ernährung und Entspannung eingelöst werden können. Bis zu 125 Euro an Prämien pro Jahr sind möglich. □

GZ: Eine PKV ist meist ein lebenslanger Begleiter. Warum sind Bayerische Beamtenkrankenkasse und UKV hier die Partner der Wahl?

Benzing: Die Bayerische Beamtenkrankenkasse trägt die Zielgruppe ja schon im Namen und ist für diese bereits seit 1926 verlässlicher Partner. Gemeinsam mit der bundesweit tätigen UKV – Union Krankenversicherung sind wir der Kranken- und Pflegeversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe und mit mehr als drei Millionen versicherten Personen die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland.

Wir haben daher sehr gute Zugänge zu Ländern und Kommunen und deren Beamten. Bei der Gestaltung von BeihilfeCOMFORT stand maximale Flexibilität für den Versicherten und eine hohe Leistungsfähigkeit im Vordergrund; so konnten bereits hervorragende Ratings erreicht werden, u.a. die Höchstnote „hervorragend“ bei Focus Money (Ausgabe 43/2018) oder die Bestnote „sehr gut“ bei Euro (Ausgabe 10/2018).

Schließlich ist BeihilfeCOMFORT das derzeit neueste und modernste Angebot am Markt: Wir sind also auf diese wichtige Zielgruppe, die in den kommenden Jahren aufgrund geplanter Neueinstellungen auch deutlich wachsen wird, bestens eingestellt. □



VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Bilanzpressekonferenz der bayerischen Sparkassen:

Erneuter Erfolg am Markt

Den bayerischen Sparkassen ist es auch vergangenes Jahr gelungen, ihren Kurs stabil fortzusetzen. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Bilanzpressekonferenz in München feststellte, schlossen sie das Geschäftsjahr 2018 erfolgreich ab, obwohl sich der Druck aus Niedrigzinspolitik, Regulierungsfülle und Digitalisierung weiter verdichtet habe.

Aufgrund der Zinssituation findet das Wachstum im operativen Geschäft laut Netzer abermals wenig Niederschlag im Ertrag der bayerischen Sparkassen. Im Jahresergebnis zeigten sich die Belastungen aus erneut rückläufigen Zinsüberschüssen. Dass sich die Spuren der EZB-Geldpolitik nicht tiefer graben, konnten die Sparkassen durch wirksame Maßnahmen in Vertrieb, Kundenbindung und Kostenmanagement verhindern.

Kondition und Anpassungsfähigkeit

„Die Sparkassen-Finanzgruppe zeigt Kondition und Anpassungsfähigkeit in diesem finanz-

konnten die Sparkassen 2018 noch einmal 9,8 Prozent mehr Bausparverträge ausgeben, so dass am Ende eine Bausparsumme von über 6,9 Milliarden Euro zu verzeichnen war.

Gestiegene Einlagen

Die Einlagen der Sparkassenkunden sind 2018 trotz niedrigster Zinsen noch kräftiger angestiegen als im Vorjahr: Sie nahmen um 7,3 Milliarden Euro auf 167,2 Milliarden Euro (+4,5 Prozent) zu. Der Zuwachs resultiert mengenmäßig in erster Linie aus Sichteinlagen von Privatkunden. Doch auch Unternehmen und öffentliche Haushalte haben ihre Einlagen 2018 – nach einem

am Ende ein Jahresüberschuss von 343 Millionen Euro (2018: 360 Millionen Euro) stehen. Die bayerischen Sparkassen nutzen diesen Gewinn, um ihr Eigenkapital weiter zu stärken. Auf das gute Ergebnis führen die bayerischen Sparkassen 446 Millionen Euro, davon 203 Millionen Euro Gewerbesteuer, an gewinnabhängigen Steuern ab.

Gemäß ihrem öffentlichen Auftrag übernehmen die Sparkassen auch eine besondere Rolle als Förderer in der Gesellschaft des Freistaats: Neben Sponsoring & shy und Spenden haben die 65 bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2018 insgesamt 114 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport in ihren Geschäftsbereichen fördern. Insgesamt wurden über 46 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt – das ist fast 1 Million pro Woche.

Niedrigzinspolitik und Bankenregulierung

Die bayerischen Sparkassen entwickeln sich erfolgreich, stehen aber unter internationalem Druck – sei es durch die Geldpolitik, die Bankenregulierung oder die digitalen Entwicklungen. Wie Netzer erläuterte, „scheint die international ausgerichtete EZB-Niedrigzinspolitik kein Ende zu nehmen – die regionalen Sparkassen schultern die bitteren Auswirkungen. Die Bankenregulierung schießt über das Ziel hinaus – die Privatkunden der Sparkassen verzweifeln am gut gemeinten Verbraucherschutz, die Firmenkunden müssen durch die Finalisierung des Regelwerks Basel III verteuerte Finanzierungsbedingungen fürchten. Die Internetgiganten aus USA und China sind aufgebrochen, um auch die europäischen Märkte zu erobern – die regionalen Sparkassen müssen sehen, wie sie ihre Marktposition angesichts der globalen Monopolisten verteidigen.“

Dass die Sparkassen angesichts dieser Herausforderungen für die Zukunft viele Energien durch die extrem detaillierte und im Ursprung an die internationalen Großbanken gerichtete Bankenregulierung verlieren, bedauerte Netzer sehr. „Regulatorik und Aufsicht binden seit Jahren unglaublich viele Kräfte in unseren Sparkassen. Die zeitliche Dichte und die Detailtiefe von Regulierungsmaßnahmen lässt die Mitarbeiter angesichts einzu-führender Maßnahmen und Meldepflichten oftmals atemlos zurück.“ Auch die Kunden der bayerischen Sparkassen bräuchten oft wenig Verständnis für manche überschießende Maßnahmen im Verbraucherschutz auf.

Kundennutzen und Marktchancen maximieren

Die Sparkassen und ihre Verbundpartner mit zinsabhängigen Geschäftsmodellen stehen gerade in Zeiten der Niedrig- bis Negativzinsen besonders unter Druck. Sie richten auch deshalb ihr Augenmerk auf alle Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzvorteilen. Der Verbandspräsident forderte daher auch die eigene Finanzgruppe auf, brachliegende Potenziale bald zu heben: „Die heutigen Strukturen reichen nicht in die weite Zukunft. Es gilt, sich so aufzustellen, dass wir Kundennutzen und Marktchancen maximieren.“

Netzer zufolge ist mit der Nord/LB zum wiederholten Male eine Landesbank in Schieflage geraten: „Die bayerischen Sparkassen tragen ihren Anteil von bis zu 68 Millionen Euro an

der Deckung des Kapitalbedarfs der Nord/LB. Sie sind sich bewusst, welche Rolle eine starke Sparkassen-Finanzgruppe für Deutschland und für den Freistaat spielt. Deshalb sind sie konstruktiver Partner bei allen Weiterentwicklungen, die die Strukturen der Sparkassen-Finanzgruppe zukunftsfest machen.“

Bei allen anstehenden Strukturfragen bleibe aber unumstößlich, dass im Mittelpunkt aller Anstrengungen der Sparkassen immer ihre Kunden und deren Wünsche stehen, so der Präsident. Alle Maßnahmen dienen dem Ziel, das Vertrauen und die Partnerschaft mit den Kunden in den bayerischen Regionen zu festigen. Sparkassen seien verlässliche, zukunftsstüchtige Finanzdienstleister und regionale Partner – das mache ihren Erfolg aus.

Digitale Anwendungen

Über die neu etablierten digitalen Anwendungen der Sparkassen informierte Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. Mehrere Anwendungen, die im Jahr 2018 gestartet sind, würden bei immer mehr Sparkassen und ihren Kunden zu festen Bestandteilen des täglichen Bankings.

4,7 Millionen (73,7 Prozent) der Girokarten von bayerischen Sparkassen sind bereits heute für das kontaktlose Bezahlen ausgerüstet, 2018 wurden damit bereits rund 23 Millionen kontaktlos-Transaktionen ausgeführt. Die Sparkassen bringen damit eine neue Variante des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in die Breite. Mitte 2018 haben die Sparkassen den nächsten Schritt in Angriff genommen und bieten ihren Kunden jetzt auch das mobile Bezahlen per Smartphone an. Händler, die „kontaktlos-fähige“ Terminals einsetzen, können ohne weiteren Aufwand Smartphone-Zahlungen von Sparkassen-Kunden akzeptieren. Derzeit steht die App für Nutzer von Android-Smartphones zur Verfügung. Sie wurde in der zweiten Jahreshälfte 2018 bundesweit 400.000 Mal auf Kunden-Smartphones installiert, der Einsatz im Alltag steigt.

Instant Payment

Ein Erfolgsmodell der Sparkassen ist auch das zur Jahresmitte 2018 flächendeckend eingeführte europäische Echtzeit-Überweisungsverfahren „Instant Payment“, das parallel zur SEPA-Standardüberweisung eingesetzt wird. Innerhalb von zehn Sekunden werden dabei Transaktionen ausgeführt, die sonst durch Zeitverzögerung und Verzögerungen im gegenläufigen Warengeschäft bedingen.

Instant Payments funktionieren auch bei Geldsendungen von Handy zu Handy per „Kwitt“. Überweisungen werden auch hier in Echtzeit durchgeführt – auf dem Empfängerkonto kommt sofort Geld an, nicht nur eine Ankündigung. Nach gut zwei Jahren am Markt hat Kwitt inzwischen rund 1,2 Millionen Nutzer, wächst weiter dynamisch und ist damit eines der erfolgreichsten Angebote im mobilen Zahlverkehr in Deutschland.

Seit Sommer 2018 präsentiert sich außerdem das Online-Banking bei bereits vier von fünf bayerischen Sparkassen neu: Konten anderer Kreditinstitute können integriert werden, die Sparkassen öffnen die Fenster zu Konten außerhalb der Finanzgruppe. Denn wie bisher die Sparkassen-App ist jetzt auch das klassische Online-Banking mit Schnittstellen ausgerüstet, die es erlauben, mit Zustimmung des Kunden Daten aus seinen Konten bei anderen Kreditinstituten einzuspielen.

Wie Schmautz unterstrich, „eröffnet die europäische Finanzmarktregulierung PSD II (Pay-

ment Service Directive) also auch Spielräume. Durch die zu öffnenden Schnittstellen können wir unsere Internet-Filiale als Drehscheibe etablieren, auf der Kunden alle ihre Finanzgeschäfte im Blick behalten, auch wenn sie bei anderen Kreditinstituten geführt werden.“ Dazu werden perspektivisch nicht nur Leserechte genutzt, es können dann auch Zahlungen bei anderen Kreditinstituten ausgelöst werden. „Das ist der Grundstein für eine Finanz-Plattform, mit der unsere Kunden all ihre Finanzgeschäfte und noch mehr am gleichen Ort erledigen.“

Mittelstand im Visier

Wo von digitaler Transformation im Banking gesprochen wird, ist meist vor allem das Privatkundengeschäft gemeint. Die Sparkassen richten ihren Fokus aber verstärkt auch auf die mittelständische Wirtschaft, um den Kundenanforderungen an Qualität, Effizienz und Komfort bestmöglich zu entsprechen. Auch im Firmenkundengeschäft gilt dabei, dass digitale Instrumente die persönliche Beratung nie vollständig ersetzen können. „Doch die Trennlinie zwischen Online- und Offline-Welt verschwimmt auch hier zusehends, auch Firmenkunden wählen für jedes Vorhaben den jeweils passenden Servicekanal“, hob der Vizepräsident hervor.

Mit der digitalen Transformation hat sich die Struktur der Sparkassen in den vergangenen Jahr-

Staatliche Beteiligungen:

Starker Beitrag zum Wirtschaftsstandort Bayern

„Die Unternehmen des Freistaats sind ein bedeutender Baustein vorausschauender Strukturpolitik in ganz Bayern. Mit ihnen gestaltet der Freistaat wichtige Zukunftsfelder in Infrastruktur, Kunst und Kultur sowie Forschung, Wissenschaft und Technologie. Nicht zuletzt dadurch gelingt es, die Qualität des Standorts Bayern für Investoren und Existenzgründer zu erhalten und zu verbessern“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorlage des Beteiligungsberichts 2018 im Bayerischen Landtag mit.

„Unsere Beteiligungen übernehmen damit wichtige Aufgaben für die Gemeinschaft und sind gleichzeitig ein starker Player in der bayerischen Wirtschaft“, betonte Füracker.

Das Beteiligungsportfolio umfasst ein breites Unternehmensspektrum von Traditionsunternehmen, wie die staatlichen Brauereien, das Bayerische Hauptmünzamt oder die Bayerische Seenschiffahrt bis hin zum Engagement in wichtigen Zukunftsbereichen und bedeutenden Großunternehmen. Hierzu zählen insbesondere die BayernLB sowie die Flughäfen und Messen in München und Nürnberg.

Das Beteiligungsportfolio unterliegt einem stetigen Wandel. Seit dem Jahr 2000 wurden insgesamt 36 Beteiligungs-

BayernLB:

Langfristige Finanzierung für ASELI

Paris/München – Die BayernLB konnte für den Aberdeen Standard European Logistics Income Logistikkfonds Logistikkonzepte im französischen Meung-sur- und in Avignon für insgesamt 33 Mio. Euro langfristig finanzieren.

Die hochwertige Logistikimmobilie in Meung-sur-Loire mit einer Gesamtfläche von rund 30.000 qm ist langfristig an Office Depot France vermietet. Das Lager befindet sich 27 Kilometer südwestlich von Orleans im Parc Synergie, der Paris, Zentralfrankreich und Südfrankreich über eine hervorragende Straßen- und Schienenverbindung bedient.

Das Verteilzentrum von Biocoop in Avignon mit einer Fläche von rund 29.000 qm ist nach dem modernsten Standard erstellt. Das Gebäude steht in No-

zehlten Schritt für Schritt verändert. Während Standard-Serviceleistungen in den Filialen immer mehr in den Hintergrund treten, steigt gleichzeitig die sehr konkrete Kundennachfrage nach hochwertiger Beratung. Hatte eine Sparkasse in den 1980er Jahren noch manchmal den Charakter eines Verwaltungs- und Servicebüros mit vielen Abwicklungsaufgaben, so wird sie demnächst ihre Transformation zur schlanken, kundenzentrierten Einheit, die sich individuell den speziellen Beratungsanliegen ihrer Kunden widmet, durchlaufen haben.

Gestiegene Kundenerwartungen

Weil immer mehr Kunden ihre Standard-Bankgeschäfte online abwickeln, haben viele bayerische Sparkassen ihr Geschäftsstellennetz umgebaut und die Kompetenz in Filialen zusammengezogen, berichtete Schmautz: „Die gestiegenen Kundenerwartungen an die Qualität der Beratung erfordern meist ein Team von Fachleuten. Das können Kleinstfilialen nicht leisten.“

Dennoch betreiben die 65 bayerischen Sparkassen ein dichtes Netz von 2.260 Geschäftsstellen (2017: 2.349), 572 Selbstbedienungs-Geschäftsstellen (2017: 531) und 3.679 Geldautomaten (2017: 3.713; zusätzlich über 3.500 Cash-back-Stellen im bayerischen Einzelhandel). Damit bleiben sie stark in der Fläche präsent. DK

unternehmen veräußert bzw. liquidiert und 21 Unternehmen neu gegründet bzw. Anteile daran erworben. „Bayern steht wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor. Zu diesem Erfolg tragen auch die bayerischen Beteiligungsunternehmen bei“, merkte Füracker an. Allein in den vergangenen drei Jahren haben die bayerischen Beteiligungsunternehmen über 1 Milliarde Euro Gewinne an den Staatshaushalt abgeliefert.

Als Arbeitgeber von rund 36.100 Beschäftigten, darunter 45 Prozent Frauen, sind die Unternehmen aus dem bayerischen Wirtschaftsleben nicht wegzudenken. Ihr Gewinn für den Freistaat gehe damit weit über die unmittelbaren Gewinnablieferungen hinaus. □



V.l.: SVB-Vizepräsident Roland Schmautz, Präsident Dr. Ulrich Netzer und Pressesprecherin Eva Mang. □

wirtschaftlichen Langstreckenlauf“, betonte Netzer. „Wir sind fest entschlossen, unseren Kunden auch künftig erster Ansprechpartner in finanziellen Fragen zu bleiben. Dabei verbinden wir das klassische Bankgeschäft in den bayerischen Regionen mit der modernen Plattformökonomie.“

Höheres Kreditvolumen

Das Kreditvolumen der bayerischen Sparkassen konnte 2018 wieder deutlich gesteigert werden und lag am Jahresende bei insgesamt 135,9 Milliarden Euro (+4,1 Prozent). Überdurchschnittlich stieg dabei der Bestand an Unternehmenskrediten: Er wuchs um 5,6 Prozent auf 72,1 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen wächst seit Jahren stärker als andere Kredite, so dass der Anteil der Mittelstandskredite an den Gesamtausleihungen zunimmt. Die immer weiter wachsende Verwurzelung im mittelständischen Firmenkundengeschäft macht laut Netzer die zentrale Stellung der Sparkassen für die bayerische Wirtschaft deutlich.

Schwung zeigte sich auch im Markt für Immobilienkredite. Der Bestand wuchs 2018 um 5,0 Prozent auf 73,7 Milliarden Euro. Fast 70 Prozent davon entfallen auf Immobilienkredite für Privatpersonen (50,4 Milliarden Euro; +3,7 Prozent). Dieser Bestand wächst allerdings inzwischen langsamer als der von Bauträgern und anderen Wohnungsunternehmen (+9,9 Prozent). Gleiches gilt für das Neugeschäft mit Privaten.

Zuwächse im Bauspargeschäft

Im Bauspargeschäft verzeichnen die bayerischen Sparkassen erfreuliche Zuwächse. Nach einem bereits guten Jahr 2017

Rückbau in 2017 – sogar wieder überproportional erhöht.

2018 war ein Jahr der Geldvermögensbildung: Die privaten Kunden der bayerischen Sparkassen legten 8,8 Milliarden Euro neu auf ihren Konten, Depots, in Bausparverträgen und Lebensversicherungen an. Das sind 28 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Das Wertpapiergeschäft der bayerischen Sparkassen hat sich nach dem Rekordjahr 2017 stabilisiert. Die Käufe nahmen zwar leicht ab, die Verkäufe lagen aber um 20 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dabei übersteigen zum sechsten Mal in Folge die Wertpapierkäufe wieder die -verkäufe, der Nettoabsatz stieg auf 2,73 Milliarden Euro (+58 Prozent). Dies ist der höchste Wert seit sechs Jahren.

Niedrigeres Betriebsergebnis

Im vergangenen Jahr erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1.670 Millionen Euro. Es liegt um 5,0 Prozent bzw. 87,6 Millionen Euro unter dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich für diese Entwicklung war, dass der Rückgang des Zinsüberschusses (-142,5 Millionen Euro) auch durch große Anstrengungen nicht einmal zur Hälfte aufgefangen werden konnte. Eine Steigerung der Provisionsüberschüsse (+35,9 Millionen Euro) und gesunkene Verwaltungsaufwendungen (-16,4 Millionen Euro) reichten nicht aus, um der Entwicklung die Stirn zu bieten. Dementsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der bayerischen Sparkassen von 63,3 Prozent in 2017 auf 64,3 Prozent in 2018 verschlechtert. Um einen Euro zu verdienen, mussten die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr also 64 Cent aufwenden.

Nach den noch vorläufigen Berechnungen wird nach Steuern

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Brexit, Bankenpaket und Digitalisierung

Als „positive Entwicklung für die kleinen und mittleren Kreditinstitute“ hat Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), die Verabschiedung eines Großteils des Bankenpakets durch die EU-Finanzminister bezeichnet. Erstmals werden dort konkrete Ansätze für mehr Proportionalität und administrative Entlastungen von kleinen, wenig komplexen Instituten festgeschrieben. Regeln, die für große und international tätige Banken entwickelt wurden, werden dann zukünftig nicht mehr eins zu eins auf kleine und mittlere Institute übertragen, dem Grundsatz der Proportionalität wird mehr Geltung verschafft.

„Passgenauere Regelungen je nach Größe der Kreditinstitute sind ein wertvoller Beitrag zum Erhalt von leistungsfähigen Bankenmärkten. Von den Vorschlägen werden auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken profitieren können. Damit wird auch für spätere Regulierungen ein wichtiger Grundsatz vorgegeben“, unterstrich der Präsident. Mit der „Small and Simple Banking Box“ hatten Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor drei Jahren die Diskussion um eine angemessene Regulierung begonnen. Schleweis: „Unser Dank gilt allen Akteuren auf EU-Ebene und in Deutschland, die dieses Vorhaben unterstützt haben.“

Die EU-Gesetzgeber haben sich auf einen Bilanz-Schwellenwert von 5 Milliarden Euro geeinigt.

Rund 85 Prozent der Sparkassen dürften von dieser neuen Definition „kleiner, nicht komplexer“ Institute profitieren. Sie können mit überschaubaren Offenlegungspflichten und reduzierten Meldeanforderungen rechnen, die dem niedrigeren Risiko ihres Geschäftsmodells Rechnung tragen.

Risiko und Haftung gehören zusammen

In ihrer Sitzung haben die EU-Finanzminister auch den aktuellen Stand zur Risikoreduzierung in den Bankbilanzen zur Kenntnis genommen. Der DSGV hält dazu fest, dass angesichts der nach wie vor hohen Bestände an notleidenden Krediten und den von Land zu Land stark divergierenden NPL-Quoten kei-

ne übereilten Schritte bei der Vergemeinschaftung von Bankrisiken in Europa erfolgen dürfen. Schleweis: „Risiko und Haftung müssen auch in Zukunft zusammen gehören.“

Drohende Brexit-Sackgasse

„Erhebliche Rechtsunsicherheiten und damit substanzielle Belastungen der gesamten europäischen Wirtschaft und insbesondere der Wirtschaft im Vereinigten Königreich“ befürchtet Schleweis im Falle eines Brexit ohne ein gültiges Austrittsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zum 29. März 2019. Alle Beteiligten sollten aus seiner Sicht nochmals innehalten und über letzte Auswege aus der drohenden Sackgasse nachdenken.

Schleweis bezeichnete die britischen Grundüberlegungen nach einer Neujustierung der Kompetenzen im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten als verständlich. „Den Wunsch nach mehr Subsidiarität teilen viele in Europa. Die Konsequenz eines Austritts aus der EU ist aber falsch, und der jetzt

vorgezeichnete Weg einer chaotischen Trennung ist nicht vertretbar.“ Der DSGV-Präsident plädierte deshalb dafür, notfalls über ein Moratorium Großbritanniens die Zeit zur Neujustierung ihrer Position zu geben und die Tür zur EU offenzuhalten.

Gleichzeitig rief der DSGV-Präsident die deutschen Unternehmen auf, sich in ihrer Geschäftsplanung auch auf die Möglichkeit eines unregulierten Brexit einzustellen. Bei den Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe seien umfangreiche Vorbereitungen hierzu bereits abgeschlossen. So hätten beispielsweise die Landesbanken bereits die Rechtsformen ihrer Töchter in London angepasst. Dennoch verblieben Risiken für Unternehmen der Realwirtschaft und aus dem Finanzsektor. Deshalb könne aktuell auch nicht ausgeschlossen werden, dass es kurzfristig zu Beeinträchtigungen in den Lieferketten und Dienstleistungsbeziehungen kommt, betonte Schleweis.

Standhafte EZB

Als „richtige Entscheidung“ wertete er zudem die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), ihr Anleiheportfolio nicht mehr auszuweiten. Die EZB habe sich trotz aller Unsicherheiten rund um den Brexit, die italienische Finanzpolitik, die Proteste in Frankreich und die Aktienmarkturbulenzen nicht von dieser Weichenstellung abbringen lassen. „Das begrüßen wir“, konstatierte der DSGV-Präsident.

Zwar sind die Aussichten für Preise und Wachstum im Euro-Raum gemessen an den neuen Prognosen der EZB ein wenig verhaltener. Doch seien sie nicht

so schlecht, als dass sie der ersten vorsichtigen Normalisierung der weiterhin sehr expansiven Geldpolitik im Wege gestanden hätten.

Dass das Anleiheportfolio auch brutto abgeschmolzen wird, sei angesichts der anhaltenden Gemengelage nicht so bald zu erwarten. Schleweis sprach sich jedoch dafür aus, im Laufe des Jahres 2019 an den Leitzins heranzugehen, damit die sowohl für Sparer als auch für Kreditinstitute belastende Negativzinswelt überwunden werden könne.

Digitalisierung

Stichwort Digitalisierung: Laut einer repräsentativen Umfrage, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bei tausend mittelständischen Unternehmen Ende 2018 durchgeführt hat, gehen mehr als zwei Drittel aller Unternehmen in Deutschland davon aus, dass die Digitalisierung ein Erfolgsfaktor ist, der an Bedeutung zunimmt. Dabei teilen sich die Mittelständler in drei etwa gleich große Gruppen auf: 37 Prozent der Befragten sehen einen großen Einfluss der Digitalisierung auf Produkte, Services und das eigene Geschäftsmodell; weitere 32 Prozent gehen davon aus, dass die Digitalisierung in bestimmten Bereichen Auswirkungen hat. Ein knappes Drittel sieht keine wesentlichen Auswirkungen der Digitalisierung auf ihr Unternehmen.

„Die Unternehmen in Deutschland sollten die Möglichkeiten digitaler Services für ihre Unternehmen sehr genau prüfen und sich weiter fit für die Zukunft machen“, urteilte Helmut Schleweis. Dies sei auch ange-

sichts eines sich aktuell eher abflachenden Wirtschaftsaufschwungs wichtig. Wesentlich für die Entwicklung des Mittelstands seien aber auch die digitalen Rahmenbedingungen. „Beispielsweise ist ein zügiger Ausbau des 5G-Netztes bundesweit und eben nicht nur in ausgewählten Regionen Deutschlands von enormer Bedeutung. Hier muss die Politik schnell Entscheidungen treffen“, so der DSGV-Präsident. Schnelle und moderne Datenbahnen seien im weltweiten Vergleich wesentliche Erfolgsfaktoren für mittelständische Unternehmen.

Sorgen bereitet den Unternehmen auch die weiter völlig unklare Situation rund um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Ein Großteil der mittelständischen Unternehmen in Deutschland würde eine längere Übergangsphase begrüßen. Das gaben 43 Prozent der mittelständischen Unternehmen an. „Die Unternehmen sind aufgefordert, sich auf alle Szenarien, also insbesondere auch auf einen unregulierten Brexit mit allen seinen Auswirkungen, einzustellen“, erklärte Schleweis.

Dies sei besonders wichtig, da sich Ende 2018 die Mehrheit der Befragten – 53 Prozent – noch keinen Überblick über die Auswirkungen für das eigene Unternehmen verschafft hatte. 29 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, sich „ein wenig“ damit beschäftigt zu haben; erst gut 14 Prozent hatten sich bereits „intensiv“ mit den Auswirkungen des Brexit auseinandergesetzt. Vor diesem Hintergrund, so der Präsident, sei es für Unternehmen höchste Zeit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. **DK**

Zehn bayerische Sparkassen als „Förderprofi“ ausgezeichnet

Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern Marktführer im Fördergeschäft

Mit der Auszeichnung „Förderprofi“ hat die BayernLB in ihrer Münchner Zentrale insgesamt zehn Sparkassen aus allen bayerischen Regierungsbezirken prämiiert, die im Jahr 2018 herausragende Ergebnisse im Fördergeschäft erzielt haben. „Die ausgezeichneten Sparkassen haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig es ihnen ist, für ihre Kunden jeweils die optimale Finanzierung zu erarbeiten. Förderdarlehen bestmöglich zu nutzen, erfordert hohe Fachexpertise und Kundennähe der Fördermittelberater in den bayerischen Sparkassen“, sagt Dr. Edgar Zoller, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB und verantwortlich für das Sparkassengeschäft der Bank.

Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, betont die volkswirtschaftliche Bedeutung der Förderkredite für Bayern: „Mit der Vergabe von Fördermitteln betreibt die öffentliche Hand eine gezielte wirtschaftliche Steuerung. Bei den Sparkassen sind die zinsgünstigen Förderdarlehen der LfA deshalb ein fester Bestandteil der Finanzierungsberatung. In Verbindung mit unseren Angeboten entsteht so ein spürbarer Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Bayern.“

Mit einem Anteil von 37,6 Prozent nach Volumen aller im Jahr 2018 in Bayern vergebenen Förderdarlehen bleiben die bayerischen Sparkassen gemeinsam mit der BayernLB Marktführer im Fördergeschäft. Damit lag die Sparkassen-Finanzgruppe wie schon in den Vorjahren vor den Genossenschaftsbanken und den Privatbanken. Dr. Zoller sieht diese starke Marktposition als Ergebnis der eng aufeinander abgestimmten Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und BayernLB: „Die Nähe und Verbundenheit der Sparkassen zu ihren Kunden und unser fachliches Knowhow greifen hier sehr gut ineinander.“ Insgesamt haben BayernLB und Sparkassen im vergangenen Jahr rund 13.500 vergünstigte Kredite der staatlichen Förderinstitute KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von rund 3 Mrd. Euro ausgereicht. Die BayernLB steht den Sparkassen im Fördergeschäft als zentraler Dienstleister zur Seite. Sie berät zu Verfügbarkeit, Konditionen und Kombinationsmöglichkeiten der vielfältigen Programme und leitet sämtliche Mittel von den Förderbanken an die Sparkas-

sen weiter. Förderkredite für große Unternehmenskunden mit einem Jahresumsatz ab 50 Mio. Euro reicht die BayernLB direkt an ihre Kunden aus.

Der „Förderprofi“ wird jährlich vergeben. In diesem Jahr wird für jeden Regierungsbezirk die Sparkasse ausgezeichnet, welche den höchsten Fördermittel-Anteil im Kreditneugeschäft erzielt hat. Den bayernweit besten Wert erreichte die Sparkasse Allgäu, die 2018 mehr als ein Viertel ihres ausge-reichten Darlehensvolumens mit öffentlichen Fördermitteln refinanzierte – mit entsprechenden Konditionsvorteilen für die Kunden. Für die höchste Anzahl an KfW-Zusagen wurde die Sparkasse Mainfranken Würzburg geehrt. Die Stadtsparkasse München erhielt den Förderprofi für die höchste Anzahl an LfA-Zusagen. Hinzu kommt die Kreissparkasse Kelheim, die für die höchste Anzahl an Rentenbank-Zusagen ausgezeichnet wurde. Den für die meisten Zusagen im KfW-Abwärmeprogramm ausgelobten Sonderpreis Umwelt erhielt die Sparkasse Ingolstadt Eichstätt.

Darüber hinaus zeichnete die LfA Förderbank Bayern die Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale mit einem Sonderpreis für den höchsten Volumensanteil von LfA-Zusagen am gesamten gewerblichen Kredit-Neugeschäft aus. Dr. Hans Schleicher, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA, gratuliert den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse: „Bei der Förderung des bayerischen Mittelstands waren Sie im vergangenen Jahr Spitzenreiter. Das kommt den Unternehmen vor Ort zu Gute, die sich durch Ihr Wissen und Ihre Beratung passgenau und günstig finanzieren können. □

Gemeinsam helfen wir so dabei, den Wirtschaftsstandort Bayern langfristig zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue Stellen zu schaffen.“

Mit dem Förderprofi 2018 wurden folgende Sparkassen ausgezeichnet:

Sparkasse Allgäu: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Schwaben und Sieger bayernweit

Sparkasse Ansbach: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Mittelfranken

Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Unterfranken und Sonderpreis der LfA für den höchsten Volumen-Anteil an LfA-Zusagen am gesamten gewerblichen Kredit-Neugeschäft

Sparkasse Bayreuth: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Oberfranken

Sparkasse Ingolstadt Eichstätt: Sonderpreis Umwelt – höchste Anzahl an Zusagen im KfW-Abwärmeprogramm

Kreissparkasse Kelheim: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Niederbayern und die höchste Anzahl an Rentenbank-Zusagen

Sparkasse Mainfranken Würzburg: Höchste Anzahl an KfW-Zusagen

Stadtsparkasse München: Höchste Anzahl an LfA-Zusagen

Sparkasse Neumarkt i. d. Opf.-Parsberg: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in der Oberpfalz

Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn: Höchster Volumen-Anteil des Fördermittel-Neugeschäfts am gesamten Kredit-Neugeschäft einer Sparkasse in Oberbayern. □



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

Finanzgruppe

Bayern LB

Trotz Nullzins-Politik der EZB:

Stadtsparkasse München hält am Erfolg fest

Zinserträge geringer / Mietpreisbremse bei eigenen Wohnungen

Auch wenn unterm Strich das Ergebnis geringer ausgefallen ist als im Jahr zuvor, sieht sich die 1842 gegründete Stadtsparkasse München, mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 18,2 (17,39) Mrd. Euro größte Sparkasse in Bayern und fünftgrößte in Deutschland, weiter auf Erfolgskurs. Und trotz der durch die Nullzins-Politik der EZB (Europäische Zentralbank) unverändert schwierigen Lage für den gesamten Finanzsektor und der ständig zunehmenden Regulierungsaufgaben durch Brüssel und oft auch noch zusätzlich durch Berlin, ist diese Einschätzung durch den Vorstandsvorsitzenden Ralf Fleischer in der Bilanzpressekonferenz durchaus nachvollziehbar. Auch für das laufende Jahr ist der Chef der Stadtsparkasse optimistisch. Sein Fazit: „Wir wollen weiter wachsen, auch wenn 2019 ein sehr anspruchsvolles Jahr wird.“

Die ersten zwei Monate seien jedenfalls sehr erfreulich verlaufen. Wenn es zu keinen großen Verwerfungen komme, sei in etwa das Niveau von 2018 wieder zu erreichen. Dabei geht Fleischer davon aus, dass sich an der Zinspolitik der EZB vorerst nichts ändern wird. Stattdessen hofft er, dass sich unter dem Nachfolger von EZB-Chef Draghi die Politik der Zentralbank nicht nur wie bisher an finanztechnischen Fragen orientiert, sondern den Blick auch auf andere Aspekte richtet.

Kosten für Negativzins

Der Negativzins von 0,4 %, den die Banken für ihre Einlagen bei der EZB zahlen müssen, hat die Münchner Stadtsparkasse 2018 rund 10 Mio. Euro gekostet. Zählt man die zusätzlichen Zinssicherungsmaßnahmen, die getroffen wurden, dazu, mussten sogar 13 Mio. Euro aufgebracht werden. Von größeren Geschäftskunden verlangt die Sparkasse für Einlagen den gleichen Negativzins, den auch sie bei der EZB zahlen muss. Für Privatkunden hat sie bisher die Weitergabe des Strafzinses ausgeschlossen, würde ihn aber dann berechnen, wenn andere große Banken damit vorgehen sollten.

Die Niedrig- oder auch Nullzins-Politik hat sehr stark das Geschäftsmodell des Instituts verändert, wie die Zahlen zeigen. So ist der Zinsüberschuss, das ursprünglich originäre Geschäft jeder Bank, weiter um 3,2 % auf 247 (256) Mio. Euro zurückgegangen. Und heuer wird er auch

wieder schrumpfen. Dagegen konnte der Provisionsüberschuss mit 124 Mio. Euro, dem historisch besten Ergebnis des Instituts, konstant gehalten werden, womit der Rückgang im Zinsergebnis teilweise kompensiert werden konnte. Aber diese Ausgleichsmöglichkeit wird zunehmend geringer. Durch „konsequentes Kostenmanagement“ wurde der Verwaltungsaufwand leicht um 0,4 % auf 260 (261) Mio. Euro gedrückt. Dadurch konnten die „alljährlichen Tarifsteigerungen“ beim Personalaufwand aufgefangen werden.

Geringeres Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis vor Bewertung, also im operativen Bereich vor Steuern und Wertberichtigungen in der Bilanz, fiel mit 134 (143) Mio. Euro um 7 % oder fast 9 Mio. Euro geringer aus als im Vorjahr. Nach Abzug des saldierten Bewertungsergebnisses von Zu- und Abschreibungen inklusive Vorsorgeaufwendungen von 17 Mio. Euro erreichte das Betriebsergebnis nach Bewertung 117 (93) Mio. Euro (+ 26,7 %), was darauf schließen lässt, dass im Vorjahr der Bewertungsaufwand wesentlich höher war als im Berichtsjahr. Als Jahresüberschuss, auch neutrales Ergebnis genannt, werden 37 (41) Mio. Euro ausgewiesen, was einem Rückgang um 8,8 % entspricht und zu einer leicht erhöhten Cost-Income-Ratio von 65,9 (64,2) % geführt hat. Das Eigenkapital wurde auf 1,7 (1,54) Mrd. Euro aufgestockt. Dass Volumen

der Vorsorgereserven bleibt Geschäftsgeheimnis.

Das gesamte Kreditvolumen legte um 6,8 % auf 13,9 (13,0) Mrd. Euro zu. Während aber die Ausleihungen an Privatkunden nur ein Plus von 0,1 % erreichten und damit bei etwa 5,2 Mrd. Euro stagnierten, stiegen die Kredite an Firmenkunden um 11,5 % auf 8,2 (7,4) Mrd. Euro. Hier, so Fleischer, zeigten sich die robuste Konjunktur in der Region um München und der boomende Immobilienmarkt. Die Stadtsparkasse sagte im Berichtsjahr knapp 5000 Baufinanzierungen im Volumen von 1,7 Mrd. Euro zu.

Wertpapieranlagen

Die gesamten Kundeneinlagen nahmen um 5,7 % auf 15,7 (14,8) Mrd. Euro zu, wobei 13,1 (12,4) Mrd. Euro (+5,2 %) von Privatkunden stammen. Die aber hielten zum Jahresende 68 % ihrer Einlagen in täglich kündbaren Sichteinlagen. Dennoch nahm die Zahl der Depots bei der Stadtsparkasse leicht auf 81.000 (80.000) zu. Der durchschnittliche Depotwert, der 2016 bei 53.950 Euro lag und 2017 sogar 63.500 Euro erreichte, ging im Berichtsjahr auf 60.450 Euro zurück. Der Rückgang könnte mit der Kursentwicklung an den Börsen zu tun haben. Insgesamt haben die Sparkassenkunden 4,9 Mrd. Euro in Wertpapieren angelegt. Dazu gehören auch vermittelte Fonds-Sparpläne, deren Zahl von rund 10.000 in 2016 über 12.000 in 2017 auf 14.000 im Berichtsjahr stieg. Im vergangenen Jahr hat die Stadtsparkasse München zusammen mit der LBBW, einer Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, den Mischfonds SSKM Invest für sicherheitsorientierte Kunden aufgelegt. Der Stadtsparkassen-Chef: „Wir entwickeln uns zu einer Wertpapierbank.“

Wie sehr sich die Ertragslage der Stadtsparkasse München (und nicht nur bei ihr) in den zurückliegenden fünf Jahren verändert hat, zeigt folgende Übersicht: Während vom Gesamter-

trag von 266,1 Mio. Euro in 2014 noch 33 % aus dem Passivgeschäft (Einlagengeschäft), 37 % aus dem Aktivgeschäft (Kreditgeschäft) und 30 % aus Provisionen stammten, trugen 2018 bei einem Gesamtertrag von 271,3 Mio. Euro das Einlagengeschäft nur noch 4 %, das Kreditgeschäft aber schon 51 % und das Provisionsergebnis 45 % bei. Die Geschäftsschwerpunkte haben sich durch die Nullzinspolitik enorm verlagert. Fleischer geht davon aus, dass im laufenden Jahr das Passivgeschäft nichts mehr zum Gesamtertrag beiträgt, sondern negativ ausfällt. Die Vermittlungserfolge zeigen sich an folgenden Zahlen: Von 2016 auf 2018 nahm das Volumen an vermittelten Lebensversicherungen von 209 Mio. auf 232 Mio. Euro zu, an vermittelten Bausparverträgen von 411 Mio. auf 440 Mio. Euro und an vermittelten Konsumentenkrediten von 82 Mio. auf 139 Mio. Euro.

Die Zahl der Kunden in München ist mit 819.000 ungefähr stabil geblieben, aber die Zahl der Girokonten ist auf 515.000 (508.000) angewachsen. In der Stadt ist jeder zweite Münchner Kunde der Stadtsparkasse, und jedes dritte Münchner Unternehmen unterhält eine Geschäftsbeziehung zur Stadtsparkasse. „Damit sind wir Marktführer in Bezug auf die Hauptbankverbindung von Privat- und Firmenkunden“, freut sich die Sparkasse.

Neue Vertriebsstruktur

Durch die neue Vertriebsstruktur, durch die die Zahl der großen Beratungszentren von 7 auf 18 Einheiten erhöht wurde, sei ein flächendeckender Betreuungs- und Beratungseinsatz im ganzen Stadtgebiet gewährleistet, in dem es insgesamt 58 Filialen und damit das dichteste Filialnetz in der Stadt gebe. Hinzu komme die starke Zunahme des Online-Bankings (einschließlich der prämierten S-App). Über die Digitalisierung (Stichworte: BusinessLine und DirektFiliale) wird die Entwicklung weiter vorangetrieben. Dies alles wird bewerkstelligt mit 2212 (2262) Mitarbeitern.

Ein Bericht über das Geschäftsjahr wäre unvollständig ohne Hinweis auf das gesellschaftliche Engagement der Stadtsparkasse München. Sie hat dafür 2018 unverändert 3,4 Mio. Euro aufgewendet und über Spenden, Sponsorings und die fünf von ihr gegründeten und mit Kapital ausgestatteten Stiftungen 264 Projekte gefördert. Hinzu kommen etwa 3,5 Mio. Euro als Spendensammlerergebnis über die seit Ende 2016 von der Stadtsparkasse ins Leben gerufene Online-Spendenplattform (www.gut-fuer-muenchen.de). Die Spenden dieser Plattform kommen zu 100 % den Förderprojekten zugute, da die Kosten für das Portal von der Sparkasse getragen werden. Außerdem hat sich die Sparkasse, die etwa 1800 Wohnungen im Stadtgebiet hat, der neuen städtischen Mietpreisbremse angeschlossen, die dafür sorgt, dass die Mieten statt um maximal um 15 % in drei Jahren allenfalls um 10 % in fünf Jahren steigen.

Kooperation mit der Landeshauptstadt

Neu ist auch eine Kooperation der Stadtsparkasse mit der Landeshauptstadt München, um Start-Ups (junge, neu gegründete Unternehmen) mit einer Crowd-Finanzierung (Schwarm- oder Gruppenfinanzierung) den Start in die berufliche Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die Stadt übernimmt anteilige Kosten bis maximal 3.000 Euro für die Durchführung der Online-Crowd-Kampagne. Die weitere Finanzierung des Unternehmenswachstums übernimmt danach die Stadtsparkasse. **dhg.**



Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer (3.v.l.) und seine Vorstandskollegen Stefan Hattenkofer (l.), Marlies Mirbeth (2.v.l.) und Dr. Bernd Hochberger (r.) stellen die Zahlen des Geschäftsjahres 2018 vor. □

Gutes Geschäftsjahr für die Kreissparkasse Augsburg

Die Kreissparkasse Augsburg blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurück. Zukunftsorientiertes Handeln und konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Kunden ermöglichen ein positives Ergebnis – und zugleich die Grundlage, die gute Arbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Nicht nur die Digitalisierung verändert die Gesellschaft und auch die Finanzbranche in einem rasanten Tempo. Das nach wie vor niedrige Zinsniveau, verändertes Kundenverhalten und eine immer weiter zunehmende Regulierung im Bankensektor sind weitere Herausforderungen, mit denen sich die Kreissparkasse bereits seit Jahren konfrontiert sieht. Die vorläufigen Geschäftszahlen zeigen, dass es gelungen ist, hier die richtigen Schritte zu gehen und auf die Entwicklung aktiv zu reagieren.

Die Bilanzsumme belief sich zum Jahresende 2018 auf 3.608 Millionen Euro und lag damit um rund 162 Millionen Euro bzw. 4,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Grund dafür sind unter anderem kurzfristige Großeinlagen institutioneller Kunden, die zum Jahreswechsel zu Sondereffekten führten. In der längerfristigen Betrachtung verzeichnet die Kreissparkasse einen stabilen Wachstumstrend.

Höhere Gesamteinlagen

2018 betrug die Gesamteinlagen 2.748 Millionen Euro – rund 133 Millionen Euro bzw. 5,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil der Einlagen stammt mit 2.210 Millionen Euro (Vorjahr: 2.138 Millionen Euro), also plus 72 Millionen Euro) von Privatpersonen. Privatpersonen bringen ihr Geld trotz historisch niedriger Zinsen weiterhin zur Bank und zeigen damit ihr Vertrauen in die Kreissparkasse; statt in Sparanlagen belassen sie ihr Vermögen allerdings lieber auf onlinefähigen Geldmarktkonten oder gleich auf dem Girokonto, auf die sie flexibler zugreifen können. Ebenso verhalten sich Unternehmen und Kommunen – Liquidität wird in der Regel kurzfristig verfügbar vorgehalten.

Das Kreditgeschäft ist angesichts des niedrigen Zinsniveaus weiter gewachsen: 2.715 Millionen Euro hatte die Kreissparkasse Augsburg zum Jahresende 2018 an ihre Kunden ausgeliehen. Das entspricht einem Wachstum um 52 Millionen Euro bzw. rund 2,0 Prozent. Die Ausleihungen an Privatpersonen blieben mit 1.095 Millionen Euro auf nahezu unverändert hohem Niveau (Vorjahr: 1.093 Millionen Euro). Bei den Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige macht sich die Investitionsfreudigkeit der heimischen Wirtschaft bemerkbar: Sie stiegen – auch wegen großer Projektfinanzierungen – um 3,9 Prozent auf 1.580 Millionen Euro (Vorjahr: 1.521 Millionen Euro). Bemerkenswert ist dieses Wachstum deshalb, weil aufgrund des niedrigen Zinsniveaus hohe Sondertilgungen getätigt wurden.

Langfristige Wohnbaukredite sind ein wesentlicher Bestandteil des Kreditgeschäfts der Kreisspar-

kasse. In den vergangenen Jahren sind die Immobilienpreise in der Region stark gestiegen. Die Nachfrage von Privatleuten und Unternehmen ist ungebrochen hoch, insbesondere nach Finanzierungen mit langen Zinsfestbindungen. Die Kreissparkasse findet für ihre Kunden die günstigste Finanzierung und bindet dabei verstärkt Verbundpartner wie die LBS und die Versicherungskammer ein. Zusätzlich wurden zum Nutzen der Kunden zinsgünstige staatliche Fördermittel in Höhe von 58 Millionen Euro (Vorjahr: 81 Millionen Euro) in die Finanzierungen eingebunden. Eigene Darlehensauszahlungen für den Wohnbau lagen im Jahr 2018 mit 262 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Das Vermittlungsvolumen an Wohnbaudarlehen hingegen stieg auch 2018 wieder stark: um 28 Prozent auf 48,3 Millionen Euro.

Immobilienmarkt

Der Immobilienmarkt ist gekennzeichnet von hoher Nachfrage und geringem Angebot. In diesem angespannten Markt konnte die Kreissparkasse ihre Erfahrung und Kompetenz ausspielen und das Top-Ergebnis des Vorjahres fast erreichen: Das ImmobilienCenter ermittelte im Jahr 2018 165 Objekte (Vorjahr: 188) im Wert von rund 57,2 Millionen Euro (Vorjahr: 58,9 Millionen Euro) und belegt damit Platz 12 bei den 65 bayerischen Sparkassen.

„Bei der Finanzierung und Vermittlung von Immobilien gilt die Kreissparkasse in der Region Augsburg oft als wichtige Anlaufstelle“, so der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Horst Schönfeld. „Neben der Vermittlung von privaten Objekten war im vergangenen Jahr vor allem unsere Expertise bei der Vermittlung gewerblicher Objekte gefragt. Insgesamt ist die Nachfrage am Neubaumarkt im zweiten Halbjahr 2018 ruhiger geworden, aufgrund der Preisentwicklung verhalten sich insbesondere Kapitalanleger zunehmend zurückhaltender.“

Der Bilanzgewinn wird sich etwa auf 3,5 Millionen Euro belaufen (Vorjahr: 3,7 Millionen Euro). Die Gesamtkapitalquote beträgt 15,9 Prozent (Vorjahr: 15,6 Prozent). Damit erfüllt die Kreissparkasse die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III, die laufend steigen.

Die Kreissparkasse betreibt ein Netz von 25 Geschäftsstellen im Landkreis und in der Stadt Augsburg. In Neusäß richtete die Kreissparkasse zum Jahresanfang 2018 ein erweitertes KundenCenter ein und bietet nun neben dem telefonischen Service auch telefonische Beratung sowohl für Privat- als auch für Geschäftskunden an, die sehr gut angenommen wird. □

Das Smartphone lässt die einstigen Bauwerke wiederauferstehen:

Eine App für das gesamte Imperium

Den Römern auf der Spur: Durch die Advanced Limes Apps (ALAPP) lassen sich römische Relikte virtuell erleben – im niederbayerischen Eining wie in ganz Europa

Wie die Welt wohl vor 2.000 Jahren aussah, als sich noch der römische Grenzwall um das gesamte Imperium spannte? Seit 2016 arbeiten Wissenschaftler aus Bayern, Österreich und Schottland daran, das Römische Reich virtuell erlebbar zu machen. Im Rahmen des EU-Projektes Advanced Limes Apps (ALAPP) entwickelte ein Team der Projektpartner der Denkmalschutzbehörde „Historic Environment Scotland“, des Landesamtes für Denkmalpflege Bayern, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, des „Centre for Digital Documentation and Digitalisation“ der „Glasgow School of Art“ und „edufilm und medien GmbH“ eine App, die historische Funde an ihre Originalschauplätze zurückbringt.

Die Anwendung basiert auf früheren Apps für das Welterbe Limes in Mittelfranken und am Main, die von der Bayerischen Sparkassenstiftung zusammen mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern entwickelt wurden.

Zündende Idee

Die bayerische Idee zündete auch in Schottland: Dort realisierte die Denkmalschutzbehörde „Historic Environment Scotland“ als Kooperationspartner von ALAPP eine virtuelle Reise an die nördlichste Grenze des Imperiums, den Antoninuswall. Ein weiterer Ausbau ist möglich, denn die technische Struktur der App erlaubt einen Export des bisher gewonnenen Know-hows in

die weiteren Staaten entlang der römischen Reichsgrenze.

Testregion in Eining

Eine zweite bayerische Testregion befindet sich in Eining, wo die Mauer des Limes einst auf die Donau traf. Die römische Kulturlandschaft ist hier auch nach 2.000 Jahren noch unverändert erlebbar: Vom Kastell bis zum römischen Tempel finden Besucher zahlreiche Spuren der Vergangenheit. Die auf dem dortigen Weinberg ausgegrabenen Mauerreste lassen die einstigen Strukturen nur erahnen – heute ist es per Smartphone möglich, die vollständigen Bauwerke und Funde in Form von virtuellen Rekonstruktionen von allen Seiten zu bewundern.

Auf der Römer-Reise durch die

Region Eining denkt das Smartphone mit: Sobald einer der 16 Points of Interest in die Nähe rückt, meldet sich die App automatisch. Über 300 Stunden und die Arbeit von drei Wissenschaftlern waren notwendig, um den Blick in die versunkenen Römerwelten zu ermöglichen. Vorkenntnisse zum Welterbe „Grenzen des Römischen Reiches“ sind dabei nicht notwendig, denn die App führt anschaulich in die Thematik ein.

Die römische Donaugrenze in Bayern, Österreich, der Slowakei und Ungarn wurde im Januar 2018 bei der UNESCO als Welterbe beantragt. Eine Entscheidung über diesen Antrag wird Anfang Juli 2019 fallen.

Die in Bayern entwickelte App wurde in der Kreissparkasse Kelheim im Rahmen eines internationalen Kolloquiums der Öffentlichkeit vorgestellt. Anwesend waren unter anderem Dieter Scholz, Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse Kelheim, Landrat Martin Neumeyer sowie die Projektbeteiligten und -förderer.

Die App steht für die Betriebssysteme Android und iOS kostenfrei in den App-Stores zur Verfügung. □

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken setzen auf Wachstum:

Die Genossenschaftsbanken zählen zu den stabilsten Banken Europas

GVB-Präsident Jürgen Gros: „Zinswende kaum vor 2020“

Trotz anhaltender Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Belastungen an den Finanzmärkten haben Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken nach den Worten von Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), im Berichtsjahr 2018 eine gute Entwicklung genommen und einen respektablen Gewinn erwirtschaftet. Auch wenn das addierte Ergebnis vor Steuern der 236 (Vorjahr: 244) Genossenschaftsbanken um 16 % auf 1,241 (Vorjahr: 1.481) Mrd. Euro zurückgegangen sei, spiegle sich nach dem sehr guten Vorjahr darin eine Rückkehr zur Normalität. Trotz der eingetrübten Konjunkturaussichten zeigt sich der Verband für das laufende Jahr zuversichtlich, auch wenn mit einer Zinswende frühestens 2020 zu rechnen sei.

In dieser finanztechnisch schwierigen Zeit haben die Genossenschaftsbanken auf Wachstum gesetzt, und sie tun dies auch in Zukunft. Diese Politik zieht sich quer durch alle Sparten. So wurde die Bilanzsumme um 4,7 % auf 167,6 (160,1) Mrd. Euro ausgeweitet. Die Anlagen der Kunden wuchsen stärker als im Vorjahr und stiegen um 4,8 % auf 130,1 (124,1) Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung von Geldern, die bei Partnerunternehmen wie Union Investment oder Bausparkasse Schwäbisch Hall angelegt sind, betreuen die Genossenschaftsbanken Anlagen im Wert von 209,0 (202,5) Mrd. Euro, was einem Plus von 3,2 % entspricht. Grund für den Zuwachs sei insbesondere die gestiegene Sparquote der Privathaushalte, die zum Jahresende 2018 mit 10,3 % den höchsten Stand seit 2008 erreichte.

Gestiegenes Kreditvolumen

Die Einlagen bilden das Fundament für den wichtigsten Wachstumssträger, nämlich die Kredite,

vor allem die Firmenkredite. Ihr Kreditvolumen steigerten die Genossenschaftsbanken um 6,1 % auf 102,4 (96,5) Mrd. Euro. Wie schon 2017 war der Wachstumsmotor das Geschäft mit mittelständischen Kunden, denen die Banken zum Jahresende Kredite in Höhe von 53,2 (52,4) Mrd. Euro (+ 7,6 %) zur Verfügung stellten. Im Bau- und Immobiliengeschäft war das Wachstum weiterhin hoch, hat sich aber etwas verlangsamt. Andererseits nahmen die Darlehen an Betriebe aus anderen Branchen, wie dem Agrarsektor, dem Handel oder dem Verarbeitenden Gewerbe, stärker zu als im Vorjahr. Gros: „Erstmals seit 2012 haben die Institute in sämtlichen Branchen mehr Kredite ausgereicht als im Jahr zuvor.“ Neben diesen direkten Krediten entwickelten sich auch die über Verbundunternehmen vermittelten außerbilanziellen Kredite sehr erfreulich, denn sie nahmen um 11,1 % auf 14,7 (13,2) Mrd. Euro zu. Gefragt waren vor allem langlaufende Baufinanzierungen.

„Mit ihrem Wachstum im Kredit- und Einlagengeschäft knüpfen Bay-

erns Genossenschaftsbanken an die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der vergangenen zehn Jahre an“, sagte Gros in der Bilanzpressekonferenz. Dabei erhöhten sie die verwalteten Bestände an Kundeneinlagen und Darlehen stärker als der Marktdurchschnitt und weiteten ihre Bilanzsumme in diesem Zehnjahreszeitraum um 47 % aus. Laut Bundesbankstatistik kletterte der Marktanteil der bayerischen Genossenschaftsbanken im Firmenkundengeschäft zum Halbjahr 2018 auf 20,6 %, im Privatkundengeschäft wurden 25,0 % erreicht. Gros: „Die Genossenschaftsbanken haben ihre starke Stellung im Freistaat ausgebaut, dies insbesondere, weil der Mittelstand kräftig investiert hat.“

LfA-Förderkredite

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 2018 mehr als 680 Mio. Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern zugesagt. Das ist ein Zuwachs von rund 18 % gegenüber dem Vorjahr. Mit über 2.500 Zusagen an den bayerischen Mittelstand haben sie fast 50 % der zugesagten LfA-Programmkredite vergeben. Dies entspricht einem Anteil von rund 35 % des gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumens, teilt die LfA mit. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Unsere Kooperation mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken bleibt ein Erfolgsmodell für den bayerischen Mittelstand, und Gros

ergänzte: „Die Förderangebote der LfA ermöglichen der Wirtschaft im Freistaat Investitionen und Innovationen zu starken Konditionen.“

Natürlich wurde die Ertragslage durch die Zinssituation belastet. Die Zinsspanne sank auf 1,81 (1,93) % der durchschnittlichen Bilanzsumme. Der Zinsüberschuss ging um 1,9 % auf 2,956 (3,013) Mrd. Euro zurück. Ein noch stärkerer Rückgang konnte durch die Ausweitung des Kreditvolumens vermieden werden. „Daraus folgt“, so Gros, „dass unsere Banken auf ein nachhaltiges Neugeschäft angewiesen sind. Bei einem stagnierenden Bilanzvolumen wäre der Zinsüberschuss nicht nur um 57 Mio. Euro, sondern um fast 200 Mio. Euro gesunken.“ Positiv wirkte sich auch die Steigerung des Provisionsüberschusses um 6,2 % auf 1,094 (1,030) Mrd. Euro aus. Die Provisionsspanne blieb mit 0,67 (0,66) % nahezu unverändert.

Zur Ertragslage hat auch das Kostenbewusstsein beigetragen. Zwar legten die Kosten, vor allem wegen der Personalkosten, leicht um 0,8 % auf 2,613 (2,591) Mrd. Euro zu, doch blieben sie bei einer Kosten-/Nutzen-Relation (CIR) von 64,7 (64,1) % deutlich unter dem Branchendurchschnitt. Die Zahl der Mitarbeiter ging leicht auf 31052 (31763) zurück, die Zahl der Banken bei 8 Fusionen auf 236 (244), die der Geschäftsstellen auf 2254 (2382). Leicht rückläufig war auch die Zahl der Kunden auf 6,451 (6,489) Mio., „dies vor allem aus demographischen Gründen“. Nahezu unverändert blieb die Zahl der Mitglieder (Genossen) mit 2,669 (2,677) Mio. Heuer dürfte es wieder zu etwa 8 Fusionen kommen.

Bewertungszahlen

Die Stabilität der Genossenschaftsbanken zeigt sich in den Bewertungszahlen. Im Kreditgeschäft konnten auf Grund der guten Wirtschaftslage im Verbandsgebiet Risikovorsorgen von 49 (31) Mio. Euro aufgelöst werden. Im Wertpapierbestand waren (einstweilen buchhalterische) Wertberichtigungen von 310 (62) Mio. Euro Abschreibungen nötig, vor allem wegen der Kursrückgänge an der Börse. Im Eigen depot haben die Banken Wertpapiere über etwa 70 Mrd. Euro. „Weil die Genossenschaftsbanken ihr Eigenkapital erneut aufgestockt haben – das Kernkapital legte um 1,1 % auf 15,0 (13,9) Mrd. Euro zu, was die Kernkapitalquote auf 15,7 (15,3) % erhöhte –, gehören Bayerns Genossenschaftsbanken zu den stabilsten Banken Europas“, stellte Gros fest.

Zwar werde das Wachstum heuer sowohl im Kredit- als auch im Einlagengeschäft langsamer vorankommen, jedoch gebe es keinen Grund für Depressions-Pessimismus. Immerhin betrage das Wachstum noch 0,8 %. Da die Zinswende frühestens 2020 komme, rechnet man bei den Genossen etwa im Jahr 2023 mit dem Zinstief. Die Konsolidierungsphase werde weiter gehen, wenn auch etwas moderater als bisher.

Wünsche an die Politik

Anlässlich der bevorstehenden Europawahlen äußerte der Genossenschaftsverband seine Wünsche an die Politik. So fordert er hinsichtlich der Bankenunion Risikoabbau und mehr Prävention, mehr finanziellen Verbraucherschutz durch Regelvereinfachung und Bürokratieabbau, ein nachhaltiges Finanzwesen durch eine stabilitätsorientierte Finanzmarktregulierung einschließlich der Vermeidung von Ökobürokratie. Des Weiteren stehen auf der Forderungsliste, die EU-Finanzaufsicht möge neue Risiken angemessen regulieren, für bessere Rechtsetzung und mehr Bürokratieabbau eintreten, in der Energiepolitik den Fokus auf regenerative und dezentrale Energien legen und die gemeinsame Agrarpolitik zielgerichtet weiterentwickeln. **dhg.**



GVB-Präsident Jürgen Gros (l.) und GVB-Vorstand Alexander Büchel beim Bilanzpressegespräch 2019 der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern.

Staatsminister Füracker:

Genossenschaften sind bedeutender Teil der bayerischen Heimat

„Die Genossenschaften sind ein wichtiger Stützpfeiler der Wirtschaft im ländlichen Raum“, stellte Heimatminister Albert Füracker fest. „Die kleinteilige Struktur der bayerischen Landwirtschaft mit ihren vielen Familienbetrieben beispielsweise wäre ohne das Genossenschaftswesen kaum vorstellbar.“

Die Genossenschaften tragen seit jeher zur Tradition und zum typischen Landschaftsbild Bayerns bei. Gleichzeitig ist die Rechtsform der Genossenschaften heute aktueller denn je. Nicht umsonst hat sich die Bundesregierung – nicht zuletzt auf bayerische Initiative hin – im Koalitionsvertrag eine Stärkung der Genossenschaften auf die Fahnen geschrieben.

Der Erhalt des einzelnen Unternehmens innerhalb der genossenschaftlichen Strukturen bewahrt nicht nur die unternehmerischen Möglichkeiten vor Ort, son-

dern auch die regionale Vielfalt. „Unsere Genossenschaften stehen auch für bürgerschaftliches Engagement und Solidarität“, führte Füracker anlässlich eines Symposiums für Genossenschaften, das das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veranstaltete, aus. „Daher ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen für die Genossenschaften angesichts aktueller Herausforderungen, etwa durch den zunehmenden globalen Wettbewerb und die Digitalisierung, in Zukunft stets überprüft und – wenn nötig – angepasst werden.“

Schlüsselrolle der Genossenschaften

BMW-Symposium für gleichwertige Lebensverhältnisse mit Genossenschaften

„Genossenschaften sind ein unverzichtbarer Markenkern unserer Sozialen Marktwirtschaft. Sie unterstützen den Mittelstand und fördern damit den Wettbewerb insgesamt“, unterstrich Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie auf dem vom BMWi veranstalteten Symposium. Bei dem Symposium „Genossenschaften und Wissenschaft“ ging es insbesondere um zukunftsorientierte Rahmenbedingungen, vor allem auch um die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Wettbewerbs- und Kartellrecht, und um gleichwertige Lebensverhältnisse mit Genossenschaften.

Bezüglich der Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Wettbewerbs- und Kartellrecht greift das BMWi eine Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag auf, die mehr Rechtssicherheit in diesem Bereich schaffen will.

Mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe kooperieren in Genossenschaften, um strukturelle Nachteile gegenüber größeren Wettbewerbern auszugleichen. Dementsprechend regelt das Genossenschaftsrecht den Rahmen für die Kooperationsmöglichkeiten und die gegenseitige Förderung. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht fokussiert hingegen Vereinbarungen und Verhaltensweisen, die den Wettbewerb untereinander beschränken. Diese Wechselwirkungen bildeten einen Schwerpunkt der Diskussionen des Symposiums.

„Die Förderung des Wettbewerbs und die genossenschaftliche Kooperation widersprechen sich nicht. Im Gegenteil. Mit genossenschaftlicher Kooperation werden Mittelständler in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt“, machte Wittke deutlich.

Lokale, inhabergeführte Unternehmen des Handels, des Handwerks und des Dienstleistungssektors sowie landwirtschaftliche Betriebe stehen heute vielfach im Wettbewerb mit global agierenden Konzernen, Internetanbietern oder Filialnetzen mit hohem finanziellen Investitionskapital. Für die meisten dieser kleinen und mittleren Unternehmen ist die genossenschaftliche Ko-

operation die einzige Möglichkeit, um im Wettbewerb mit den Großen mithalten zu können. Doch diese Zusammenarbeit wirkt auch kartellrechtliche Fragen auf.

„Es ist dringend notwendig, dass das Kartellrecht die Schlüsselrolle der Genossenschaften für die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen und landwirtschaftlicher Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe deutlich stärker berücksichtigt. Genossenschaften müssen die gleichen Handlungsmöglichkeiten wie Großkonzerne, Filialunternehmen oder Internetplattformen haben“, betonte Günter Althaus, Präsident des DGRV und des MITTELSTANDSVERBUND – ZGV, „dazu gehört auch, dass sie den Rahmen des Genossenschaftsgesetzes vollumfänglich nutzen dürfen, ohne an kartellrechtliche Grenzen zu stoßen.“

Im Vergleich zu Filialsystemen oder Internetanbietern seien Genossenschaften aus ihrer Sicht beispielsweise dadurch im Nachteil, dass sie die Potentiale der Digitalisierung entlang der Wertschöpfungskette – etwa bei der Preissetzung, der Datennutzung oder des Informationsaustausches – nicht konsequent ausschöpfen dürften. Die fortschreitende Digitalisierung biete somit weniger Chancen, sondern werde vielmehr zur Existenzbedrohung.

Hervorgehoben wurde auch die Notwendigkeit zukunftsorientierter Rahmenbedingungen für Genossenschaften als nachhaltige

Unternehmen mit einem grundsoliden Geschäftsmodell. So sind Genossenschaften keine Kapitalsammelstellen für Investoren, sondern gemeinschaftliche Unternehmen mit dem Förderzweck, Leistungen für ihre Mitglieder zu erbringen. Die genossenschaftlichen Prüfungsverbände überprüfen in regelmäßigen Abständen die wirtschaftlichen Verhältnisse und die ordnungsgemäße Geschäftsführung der Genossenschaften. Sie tragen damit wesentlich zu dem wirtschaftlich stabilen und seriösen Charakter der Genossenschaften bei.

Ein weiteres zentrales Thema auf dem Genossenschaftssymposium waren die gleichwertigen Lebensverhältnisse hierzulande. Viele ländliche Regionen verlieren aufgrund von mangelnder Infrastruktur und immer weniger Dienstleistungen an Attraktivität. Das wirkt sich auch auf die Wohnungsmärkte aus.

„Es geht jetzt darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, indem schrumpfende Regionen auch jenseits der Metropolen aufgewertet werden“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW. „Gerade genossenschaftliches Engagement ist prädestiniert dafür, gleichwertige Lebensverhältnisse in verschiedenen Bereichen zu stärken – neben dem Bereitstellen von bezahlbarem Wohnraum, beispielsweise auch beim Ausbau der digitalen Infrastruktur und der ärztlichen Versorgung.“

Franz-Josef Holzenkamp, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, forderte die Stärkung genossenschaftlicher Kooperationen zum Erhalt der Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen. Er warnte zugleich vor Eingriffen in die Satzungsautonomie und damit in die demokratischen Entscheidungsprozesse innerhalb der Genossenschaften. **dhg.**



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Beiträgen und Benutzungsgebühren leitungsgebundener Einrichtungen
- Berechnung Beitrags- & Gebührensätze
- Satzungsarbeiten und Dokumentation
- Unterstützung bei der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr
- Ermittlung 12%-Erheblichkeitsschwelle
- Ermittlung gebührenpflicht. Flächen
- Information der Bürger und der politischen Gremien

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Ein ganz besonderer Geist

Bernhard Seidenath will mehr Menschlichkeit in den Gesundheitssektor bringen. Dafür gründete der Landtagsabgeordnete im Landkreis Dachau gerade seine dritte Genossenschaft. Warum?

Wer sich mit Bernhard Seidenath über die Vorteile von Genossenschaften im Gesundheitswesen unterhalten möchte, kann seinen Fragenkatalog getrost zur Seite legen – die Antworten kommen auch so. Denn das Thema liegt dem Landtagsabgeordneten aus Dachau am Herzen. Deswegen legt er im Gespräch einfach los, ohne die Fragen abzuwarten. Seidenath ist Initiator von zwei Genossenschaften im Landkreis Dachau, der 2012 gegründeten SAPV Dachau eG (Palliativteam Dachau) und der 2018 gegründeten Genossenschaft zur Stärkung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Dachau eG. SAPV steht für Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung. Aktuell treibt der 50-jährige Jurist die Gründung einer dritten Genossenschaft voran, die 2019 an den Start gehen soll.

Seidenath lebt seit 1998 in Haimhausen im Landkreis Dachau. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen und einem Referendariat beim Oberlandesgericht Nürnberg berief ihn 2001 die damalige Sozialministerin Christa Stevens zum Pressesprecher ihres Hauses. Dort kam er auch mit der Rechtsform eG in Kontakt. Das Sozialministerium förderte schon damals die Gründung von Sozialgenossenschaften. 2012 mündete dieses Engagement schließlich in die „Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften“. Die Impulse aus dem Ministerium nahm Seidenath mit, als er 2008 als Abgeordneter für den Stimmkreis Dachau in den Landtag einzog. Mittlerweile leitet der Vater von zwei Söhnen den Landtagsausschuss für Gesundheit und Pflege.

Gerechte Unternehmensform

„Genossenschaften überzeugen nicht nur in der Theorie, sondern vor allem in der Praxis, denn dahinter steht eine gerechte Unternehmensform, die alle Beteiligten auf Augenhöhe zusammenbringt“, sagt Seidenath. Das ist nach seiner Ansicht gerade im Gesundheitsbereich von Bedeutung, der von einem harten Wettbewerb gekennzeichnet ist. Auch bei der Versorgung sterbender Menschen sei das der Fall gewesen, bevor die SAPV Dachau eG gegründet wurde.

„Die Anbieter waren sich nicht grün und haben sich kritisch geäußert“, berichtet der Landtagsabgeordnete über die Situation vor 2012. Dennoch einte alle Akteure ein Ziel: Sie wollten die Situation zum Besseren verändern. Denn schwerstkranke Menschen möchten ihr Lebensende meist nicht in einer Klinik, sondern in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung verbringen. Das funktioniert allerdings nur, wenn eine adäquate ambulante Betreuung gewährleistet ist.

Bündelung der Kräfte

Also ergriff Seidenath die Initiative und brachte die Wohlfahrtsverbände, den Elisabeth-Hospizverein, das örtliche Klinikum, Pflegedienste sowie Ärzte und Apotheken an einen Tisch, um die Kräfte in der ambulanten Palliativversorgung zu bündeln. In den Gesprächen überzeugte er sie von den Vorteilen einer Genossenschaft. „Alle Akteure sind durch die Generalversammlung der SAPV Dachau eG eingebunden. So können sie sicher sein, dass es in der Genossenschaft gerecht zugeht und ihre Interessen gewahrt bleiben, obwohl sie teils in Konkurrenz zueinander stehen“, sagt der Landtagsabgeordnete. Aus diesem Grund sei die SAPV von Beginn an ein Erfolgsmodell gewesen.

Umfassendes Versorgungsnetzwerk für Patienten

Anfang 2012 nahm das Palliativteam Dachau seine Arbeit auf, das von der Genossenschaft getragen wird. Das Team be-

steht aus sechs spezialisierten Palliativmedizinern, fünf Palliativ-Pflegefachkräften, der kaufmännischen Leitung, zwei Verwaltungskräften, einer Sozialpädagogin sowie einer Seelsorgerin. Sie kümmern sich jedes Jahr um rund 180 todkranke Patienten und sorgen dafür, dass diese in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung zum Beispiel bei ei-



Bernhard Seidenath, MdL.

Bild: Büro Bernhard Seidenath

ner Krebserkrankung im Endstadium, schmerzfrei bleiben.

Das Palliativteam Dachau versorgt Patienten im Landkreis Dachau sowie in Ober- und Unterschleißheim. Es arbeitet dabei eng mit dem jeweiligen Hausarzt sowie verschiedenen ambulanten Pflegediensten zusammen. Auf Wunsch entlasten Hospizhelfer die Angehörigen bei der Betreuung. Bei Bedarf können auch Psychologen oder weitere Fachkräfte wie Physio- oder Atemtherapeuten hinzugezogen werden. So entsteht rund um das Palliativteam ein umfassendes, rund um die Uhr verfügbares Versorgungsnetzwerk für die Patienten.

Wertvolle Erfahrungen

Die guten Erfahrungen mit der SAPV Dachau eG animierten Seidenath dazu, 2018 mit der Genossenschaft zur Stärkung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Dachau das nächste Projekt anzugehen. Für fünf Jahre gewährt der Freistaat jährliche Mittel von 50.000 Euro aus dem Programm „Gesundheitsregion Plus“, der Landkreis Dachau schießt noch einmal 20.000 Euro pro Jahr zu.

Seidenath sah die Chance, alle Akteure und Einrichtungen von der Klinik über die Apotheken bis zu den Fachärzten zu vernetzen und so die Gesundheitsversorgung in der Region voranzubringen. Im nördlichen Landkreis Dachau ist es zum Beispiel schwer, Nachfolger für Hausarztpraxen zu finden. Außerdem fehlen vielerorts Pflegekräfte.

Weitere Akteure lassen sich jederzeit einbinden

„Über die Genossenschaft bündeln wir auch hier unsere Kräfte. Und vor allem können wir über diese Rechtsform jederzeit weitere Akteure einbinden, indem sie Mitglied werden“, sagt Seidenath, der als Vertreter der Politik in den Aufsichtsrat ge-

wählt wurde. Darüber hinaus gleicht die Rechtsform eG auch in diesem Fall unterschiedliche Interessen aus. Seidenath: „Wie bei der SAPV hatten die Akteure zuvor ein argwöhnisch distanziertes Verhältnis zueinander. Dieses Gegeneinander hebt die Genossenschaft auf. Deshalb ist diese Rechtsform für mich die erste Wahl, wenn man im Gesundheitsbereich etwas voranbringen will.“

Persönliche Motivation

Das hohe Engagement des Landtagsabgeordneten ist auch persönlich motiviert. „In der Hilfe für Schwerkranken und Sterbende zeigt sich die Humanität einer Gesellschaft. Sie sind die Schwächsten in unserer Mitte und brauchen besonders viel Menschlichkeit. Mein Ziel ist es, alle Leute mit ähnlichen Gedanken zusammenzubringen, um auf diese Weise etwas zum Positiven zu verändern“, sagt Seidenath. Abgesehen davon bietet die Rechtsform eG allen Privatleuten eine gute Möglichkeit, die Ziele einer Genossenschaft zu unterstützen – ganz einfach, indem sie Mitglied werden. „Wenn ich mich dazu entscheide, Teil einer Genossenschaft zu werden, dann gebe ich damit auch ein Statement ab, zum Beispiel für eine bessere Gesundheitsversorgung in meiner Heimatregion“, sagt Seidenath.

Hemmschuh Fachkräftemangel

Manchmal stehen diesen hehren Zielen jedoch gewichtige Probleme entgegen. Rund um München zum Beispiel sind sich alle sozialen Einrichtungen schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Denn wegen der hohen Mietpreise finden diese kaum noch bezahlbaren Wohnraum. „Der Fachkräftemangel ist der größte Hemmschuh für eine bessere Gesundheitsversorgung, nicht nur im Landkreis Dachau“, sagt Seidenath. Deshalb setzt der Landtagsabgeordnete auch hier – wie soll es anders sein – auf eine Genossenschaft. Sie wird gerade gegründet und geht noch dieses Jahr an den Start. Arbeitstitel: „Habt ein Herz für soziale Berufe!“

Wohnungen für Fachkräfte im Gesundheitswesen

Seidenath hat herausgefunden, dass im Landkreis Dachau rund 1.800 Wohnungen aus verschiedensten Gründen leer stehen – etwa weil die Besitzer nicht auf die Mieteinnahmen angewiesen sind oder aber sich eine Renovierung nicht leisten können. Wenn wenigstens ein kleiner Teil dieser Wohnungen für Pflegekräfte, medizinische Fachkräfte und Angehörige sozialer Berufe wie etwa Erzieherinnen zur Verfügung stünde, wäre den sozialen Einrichtungen im Landkreis Dachau schon sehr geholfen, so die Überlegung des Gesundheitspolitikers. Also holte er die Caritas, das Klinikum Dachau und Sozialservice-Gesellschaft des Bayerischen Roten Kreuzes als Mitglieder ins Boot. Sie sollen die neue Genossenschaft tragen.

Zerschlagung des gordischen Knotens

„Ich begleite die Gründung sehr eng, weil es mir ein Anliegen ist, das Wohnproblem in den Griff zu bekommen. Mit der Genossenschaft wollen wir diesen gordischen Knoten zerschlagen“, sagt Seidenath. Sie soll leerstehenden Wohnraum anmieten und ihren Mitgliedern

zur Verfügung stellen. Diese können dann neue Mitarbeiter mit einer Wohnung locken, die es auf dem freien Markt nicht gibt. „Große Wohnungen fehlen komplett. Für Fachkräfte mit Familie ist es deshalb nicht attraktiv, in den Landkreis Dachau zu ziehen“, sagt Seidenath.

Rundum-Sorglos-Paket für Mieter und Vermieter

Weil die Genossenschaft die Wohnungen nur untervermietet, bleiben diese den Mitgliedern bei einem Mieterwechsel erhalten. „Die Vermieter erhalten dafür ein Rundum-Sorglos-Paket und müssen sich um nichts kümmern“, sagt Seidenath. So helfe die Genossenschaft gleich vierfach: Der Vermieter bekommt zuverlässig sein Geld, die Mitarbeiter sparen sich die mühsame Wohnungssuche, die sozialen Einrichtungen finden schneller Personal, und damit ist auch den Bürgern gedient, wenn wieder mehr Erzieher, Pfleger und Ärzte im Landkreis Dachau arbeiten wollen.

Obwohl sie noch gar nicht aktiv ist, zeichnet sich für die Genossenschaft ein guter Start ab. „Mich haben schon einige Anfragen von Hausbesitzern erreicht, die unsere Idee gut finden und deshalb bevorzugt an die Genossenschaft vermieten wollen. Außerdem verfolgen weitere Institutionen unsere Pläne sehr interessiert. Wenn unser Konzept aufgeht, wollen sie einsteigen“, berichtet Seidenath.

Sorgfältige Prüfung, engmaschige Betreuung

„Die sorgfältige Prüfung sorgt bei den Mitgliedern für eine Wohlfühlatmosphäre.“ In diesem Kontext nennt er noch eine weitere Stärke von Genossenschaften im Freistaat: die sorgfältige Prüfung durch den Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in Verbindung mit einer engmaschigen Betreuung. Denn die neue Genossenschaft wird viel Geld investieren müssen, um ihren Geschäftszweck zu erfüllen. Deshalb brauche es klare, transparente Regeln und einen strengen Richter, damit sich kein Mitglied benachteiligt fühlt. Dafür sei die Unterstützung durch den Verband von Vorteil.

„Natürlich kostet das Geld. Dafür werden die Genossenschaften nicht allein gelassen und durch die sorgfältige Prüfung kann sich jeder sicher sein, dass akkurat gewirtschaftet wird. Das ist psychologisch ein dicker Pluspunkt und sorgt bei den Mitgliedern für eine Wohlfühlatmosphäre“, so Seidenath.

Ideen für die Zukunft

Jetzt, wo er in Fahrt ist, könnte sich der Gesundheitspolitiker durchaus vorstellen, weitere Gründungen anzustoßen. Der Bedarf sei da, es brauche nur die richtigen Leute. „In Genossenschaften herrscht immer ein ganz besonderer Geist, weil der Wettbewerb der Mitglieder einem Fairness-Gedanken Platz macht“, sagt Seidenath. Konkrete Projekte hat er noch nicht, aber viele Ideen, zum Beispiel ein Senioren-Kompetenzzentrum. „Dort können sich Senioren gegenseitig unterstützen – je nachdem, was sie wollen oder können. Das ist doch ein bestechender Gedanke, oder?“

Die von Bernhard Seidenath angestoßenen Gesundheitsgenossenschaften:

- Die SAPV Dachau eG (Palliativteam Dachau)
 - Die Genossenschaft zur Stärkung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Dachau eG
- Autor: Florian Christner, Redaktion „Profil“ – das bayerische Genossenschaftsblatt** □



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (l.) gemeinsam mit LfA-Vorstand Hans Peter Götter. Bild: Michael McKee

Bayerns Handwerk mit 275 Mio. Euro gefördert

LfA unterstützt rund 950 Handwerksbetriebe

Die LfA Förderbank Bayern hat dem bayerischen Handwerk 2018 rund 275 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Das ist ein Zuwachs von knapp 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Mittel gingen an rund 950 kleine und mittlere Betriebe, die so Investitionen von rund 430 Millionen Euro finanzieren konnten.

„Das Handwerk ist ein wichtiger Motor der bayerischen Wirtschaft. Um die Betriebe bei nötigen Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft zu unterstützen, stellt die LfA umfassende und flexible Förderangebote zur Verfügung. Dadurch konnten allein im letzten Jahr 830 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, über 18.600 wurden gesichert. Wir tun alles, um diesem wichtigen Bereich unserer Wirtschaft den Stellenwert zu verschaffen, den er verdient“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Hans Peter Götter, Mitglied des Vorstands der LfA, ergänzt: „Das Förderangebot der LfA ist beim bayerischen Handwerk sehr gefragt. Ein Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr auf Investitionen in neue Gebäude und Maschinen. Darüber hinaus verzeichneten wir deutliche Zuwächse bei der Nachfrage nach unseren Angebo-

ten für gewerbliche Umwelt- und Energiemaßnahmen. Diese Investitionen kommen sowohl der Umwelt als auch den Betrieben zugute, die durch einen geringeren Energieverbrauch und unsere Tilgungszuschüsse dauerhaft Geld sparen.“

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl, erläutert: „Die bayerischen Handwerksbetriebe zeichnen sich durch hohe Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft aus. Zur Finanzierung der Investitionen in ihre Wettbewerbsfähigkeit ist die LfA zusammen mit den Hausbanken ein attraktiver, verlässlicher und langfristiger Finanzierungspartner.“

Die LfA stiftet bereits zum 13. Mal die Preise für junges Kunsthandwerk des Bayerischen Kunstgewerbevereins (BKV-Preis). Die Preise wurden durch LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Götter auf der IHM überreicht. □

Avalon Business Park in Madrid:

MünchenerHyp finanziert Ankauf

Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) finanziert mit einem langfristigen Darlehen in Höhe von 76,5 Mio. Euro den Ankauf des Avalon Business Parks in Madrid. Die Bank agiert dabei als Sole Arranger.

Das Objekt wurde von Barings Real Estate erworben, einem der weltweit größten diversifizierten Immobilien-Investmentmanager, im Auftrag eines institutionellen Investors.

Der aus insgesamt neun hochwertigen Bürogebäuden bestehende Businesspark mit einer Fläche von 46.952 qm befindet sich im Stadtteil Julian Camarillo, dem am Flächenumsatz gemessen größten

Teilmarkt Madrids im Jahr 2018.

Jan Polland, Leiter Gewerbliche Immobilienfinanzierungen der MünchenerHyp: „Dieser Geschäftsabschluss ist ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Entwicklung unserer internationalen Aktivitäten in den letzten Jahren und bestätigt unsere Strategie, großvolumige Finanzierungen von ausländischen Core-Investments auszubauen.“ □

Basel III-Finalisierung:

Mittelstandsfinanzierung nicht erschweren

Die bayerischen Kammern und Bankenverbände fordern eine mittelstandsgerechte Umsetzung des vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) finalisierten Regulierungspaketes Basel III.

Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen dürften durch die vorgeschlagenen Regeln nicht unter Druck geraten, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier. Der europäische Gesetzgeber müsse deshalb bei der Umsetzung die Besonderheiten des deutschen Marktes berücksichtigen. Die verlässliche Versorgung mit Bankkrediten sei insbesondere auch in Bayern ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die mittelständische Wirtschaft.

Die bayerischen Kammern und Bankenverbände treten unter anderem dafür ein, den in der Praxis bewährten „KMU-Faktor“ im Zu-

ge der Basel III-Finalisierung dauerhaft beizubehalten. Dieser Faktor sorgt bislang für eine risikogerechte Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten und stellt somit angemessene Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Betriebe sicher. Außerdem sprechen sich Kammern und Bankenverbände dagegen aus, das sogenannte „Granularitätskriterium“ zu härten. Dies hätte zur Folge, dass kleinere Banken Kredite ab einer bestimmten Größenklasse in Zukunft nur noch zu ungünstigeren Konditionen ausreichen dürften. **Link: <https://www.gv-bayern.de/positionspapier-basel3>** □



Grünes Zentrum Kaufbeuren:

Bilder: krall-photographie.de / Rubner Holzbau

Einklang von Form und Inhalt

Das im Oktober 2018 eröffnete Grüne Zentrum in Kaufbeuren vereint nicht nur mehrere „grüne Einrichtungen“ unter einem Dach, sondern setzt auch die vielfältigen Anforderungen „grünen Bauens“ konsequent um. Das Konzept reicht vom nachwachsenden Baumaterial Holz bis hin zum Passivhausstandard.

Die Bündelung von Organisationen der Land- und Forstwirtschaft unter einem Dach besitzt in Bayern schon zahlreichen Vorbilder. Bereits die 18. Einrichtung ihrer Art stellt das Grüne Zentrum in Kaufbeuren dar. In ihm sind das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) und die Landwirtschaftsschule untergebracht – außerdem die bayernweit ein-

zige, staatliche Technikerschule für Ernährungs- und Versorgungsmanagement. Somit bietet es Fachleuten und Laien geballte Kompetenz in allen land- und hauswirtschaftlichen Fragen.

Kurze Bauzeit durch Vorfertigung



Auf Wunsch der beiden Bauherren – dem Freistaat Bayern und dem Landkreis Ostallgäu – wurde das dreigliedrige Bauwerk in Holzrahmenbauweise mit Brettsperrholz-Wandscheiben, Holz-Beton-Verbunddecken, Bandfassaden und Fensterbändern in Holz realisiert. Bei der Entscheidung spielte insbesondere die Möglichkeit der Vorfertigung und die hieraus resultierende Verkürzung der Bauzeit sowie die einfachere Baustellenlogistik eine entscheidende Rolle. Die beengte Situation auf dem Grundstück erlaubte nämlich nur einen einzigen Container als Lagerfläche. Entsprechend lieferte das ausführende Unternehmen weitgehend komplette

Großelemente just-in-time an. Dadurch hielt sich die Belastung der Verkehrswege und Anwohner während der Bauzeit auf minimalem Niveau. Weit gespannte Holz-Beton-Verbunddecken ermöglichen große, weitgehend stützenfreie Räume und reduzieren die Lärmbelastung in den Klassenzimmern und Behördenbüros.

Der Weg dorthin beginnt für alle Mitarbeiter, Schüler und Besucher im zentralen Zwischenbau. Der eingeschossige, vollflächig verglaste Baukörper dient als Eingangsbereich und Foyer, beherbergt aber auch zwei Veranstaltungssäle und die Großküche, die Schule und Kantine gleichermaßen bedient. Zudem führt er in den zentralen, mit bedruckten Glasfronten künstlerisch gestalteten Innenhof und erschließt darüber hinaus die seitlich angrenzenden Flügel mit dem Schul- und dem Ämtertrakt.

Hochwärmegedämmte Außenhülle

Ein einheitliches Äußeres erhält das Ensemble über die an die Trapezblechfassaden der be-

In dem Informationsschreiben werden die wesentlichen Verbesserungen der neuen Verbilligungsrichtlinie (VerbR 2018) beim Verkauf von bundeseigenen Flächen an Kommunen vorgestellt. Hierzu zählt zum Beispiel ein Preisnachlass in Höhe von 25.000 Euro je neu geschaffener Sozialwohnung im Geschosswohnungsbau. Zudem gibt es für die Städte, Landkreise und Gemeinden jetzt auch die Möglichkeit, verbilligt erworbene Liegenschaften ohne Rückzahlung des Preisnachlasses an private Dritte weiter zu veräußern, wenn diese sich verpflichten, den Verbilligungszweck zu erfüllen. Darüber hinaus wird erläutert, wie die BlmA den Wert von Liegenschaften ermittelt. Auch das angewendete Wertermittlungsverfahren, das den üblichen Gepflogenheiten auf dem Immobilienmarkt entspricht, wird genauer dargestellt.

Vergünstigungen auf den Kaufpreis

Werden die Voraussetzungen gemäß der Verbilligungsrichtlinie erfüllt, kann die BlmA den Kommunen beim direkten Erwerb von entbehrlichen Grundstücken des Bundes Vergünstigungen auf den Kaufpreis gewähren. Diese können im Einzelfall mehrere Millionen Euro ausmachen. Zudem existiert mit der neuen Verbilligungsrichtlinie keine Kappungsgrenze mehr. Der Abschlag beim Kaufpreis eines Grundstückes von 25.000 Euro pro neu geplanter Sozialwohnung kann sich bis zur Höhe des Gesamtkaufpreises addieren.

Weitere Informationen zur Erstzugriffsmöglichkeit der Gebietskörperschaften und zur Verbilligung gibt es auf den Internetseiten der BlmA unter www.bundesimmobilien.de/7948394/erstzugriff-und-verbilligung □

nachbarten Industriebauten erinnernde Außenhaut. Diese besteht jedoch nicht aus Metall, sondern einer partiell grün gestrichenen Holzschalung, die je nach Blickwinkel unterschiedliche Ansichten eröffnet. Das Konstruktionsmaterial Holz blieb überall dort sichtbar, wo es möglich war, und kreiert so im gesamten Gebäude eine angenehme Atmosphäre.

Die hochwärmegedämmte Außenhülle ist zudem Basis für den niedrigen Heizenergiebedarf und die Erfüllung aller Kriterien des Passivhausstandards. Beheizt wird der Gebäudekomplex durch eine Holzpelletsanlage in Kombination mit einer Gas-Brennwerttherme und einer Luft/Luft-Wärmepumpe. Die Heizdecken werden im Sommer als Kühldecken genutzt. Zudem gibt es in Abschnitten auch eine Fußbodenheizung. Die auf den Dächern installierte Photovoltaikanlage liefert den dafür benötigten Strom und garantiert zusammen mit den anderen haustechnischen Einrichtungen, dass das Grüne Zentrum vom Baumaterial bis zum laufenden Betrieb nachhaltig ist.

Geballte Kompetenz für „grüne Zukunft“

Mit seinen rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das AELF Kaufbeuren für rund 2.600 landwirtschaftliche Betriebe, 19.000 Waldbesitzer, 77.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche und 45.000 Hektar Wald im Landkreis Ostallgäu und der kreisfreien Stadt Kaufbeuren verantwortlich. Dank der beiden Fachzentren Rinderhaltung und Ökologischer Landbau ist es zudem überregionaler Ansprechpartner und Berater. In der im Nachbartrakt untergebrachten Technikerschule für Ernährungs- und Versorgungsmanagement werden Hauswirtschaftlerinnen und Hauswirtschaftler in zwei bzw. drei Jahren zu Führungskräften ausgebildet.

Christine Ryll

bauma 2019:

Baumaschinenbranche setzt auf digitale Lösungen

Mehr Sicherheit durch intelligente Assistenzsysteme

Die vergleichsweise hohe Zahl an Messeneuheiten in diesem Bereich zeigt: Die Digitalisierung ist das Top-Thema der bauma 2019. Die Baumaschinenbranche macht sich daran, die Möglichkeiten der Digitalisierung für sich zu erschließen und digitale Lösungen zu standardisieren. Wie weit die Branche schon ist, zeigt die bauma, die weltweit führende Messe für Baumaschinen, Baustoffmaschinen, Bergbaumaschinen, Baufahrzeuge und Baugeräte, vom 8. bis 14. April 2019 auf dem Münchner Messegelände.

Digitales Maschinenmanagement und Telematiklösungen sind offenbar auf dem Weg, der neue Standard der Baubranche zu werden. Die auf der bauma von zahlreichen Herstellern aus unterschiedlichsten Produktsegmenten präsentierten Sensoren und Programme geben Antworten auf Fragen wie: Wo befindet sich die Maschine? Wie viele Betriebsstunden hat sie geleistet? Liegen Störungs_codes vor? Wann sind wieder Wartungs- und Servicemaßnahmen erforderlich?

Sensor macht bestehende Geräte smart

Dass „analoge“ Geräte schon für nicht mal 20 Euro „smart“ werden können, zeigt das Waiblinger Unternehmen Stihl. Zentrales Element ist dabei der Stihl Smart Connector – ein Sensor mit einem Durchmesser von knapp fünf Zentimetern, der auf den Maschinen montiert wird. Er erfasst die Betriebsstunden und übermittelt diese via Smartphone oder Tablet des Anwenders an eine Cloud als zentralen Datenspeicher. Auf Wunsch wird dabei auch die Geo-Position übertragen. Den Anwendern

Forschungsbericht veröffentlicht:

Compliance Management und Unternehmensethik in der Bauwirtschaft

Auditierungssysteme von ICG und EMB positiv bewertet

„Will sich ein Unternehmen langfristig erfolgreich am Markt behaupten, führt an Compliance Management und einer wertorientierten Führungskultur kein Weg vorbei“, äußerten vor kurzem gemeinsam Richard Weidinger, Vorsitzender des EMB-Wertemanagement Bau e.V. (EMB), und Thomas Zinnöcker, Vorsitzender des Instituts für Corporate Governance in der deutschen Immobilienwirtschaft e.V. (ICG).

Anlass für dieses gemeinsame Statement ist die aktuelle Veröffentlichung des Forschungsberichts „Compliance Management und Unternehmensethik in der Bauwirtschaft“. Dieses Forschungsvorhaben wurde im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom BWI-Bau Institut der Bauwirtschaft, Düsseldorf, in der Zeit von Herbst 2016 bis Sommer 2018 durchgeführt.

„Eine Branche mit vielen tausend Akteuren kämpft gegen den Reputationsverlust durch das Fehlverhalten Einzelner. Es war höchste Zeit, dass dieser aktuelle Forschungsbericht die erfolgreichen Aktivitäten der beiden Wirtschaftszweige für eine rechtstreu und wertebasierte Unternehmenskultur aufzeigt“, so Weidinger weiter.

Obwohl der EMB-Trägerverein bereits 1996 ins Leben gerufen worden ist und auch das ICG auf ein mehr als 16-jähriges Bestehen verweisen kann, scheinen erst jetzt diese beiden Initiativen und ihr wertebasiertes Compliance Management-System in der Bau- und in der Immobilienwirtschaft in den Fokus von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu gelangen. Bester Beleg hierfür ist die positive Bewertung der Systeme beider Organisationen im genannten Forschungsbericht. „Der Erfolg beider Managementsysteme beruht – wie der Forschungsbericht eindrucksvoll belegt – auf deren wirtschaftsethischer Grundausrichtung“, führt Zinnöcker weiter aus.

Beide Initiativen setzen auf die Elemente Kodifizierung, was die Schaffung einer schriftlich niedergelegten, verbindlichen Unternehmenskultur voraussetzt. Ferner müssen sich die Mitglieder beider Trägervereine zur Einhaltung konkreter Verhaltensstandards, insbesondere zur strikten Ablehnung rechtswidriger Verhaltensweisen im Unternehmen, verpflichten. Schließlich sehen beide Managementsysteme die Durchführung externer Auditverfahren vor. Erst das erfolgreich absolvierte Audit ist das „Qualitätssiegel“ für praktizierte Rechtstreu, Werteorientierung und Integrität im Unternehmen.

„Unsere beiden Brancheninitiativen haben bisher eher unabhängig voneinander agiert, doch weist der Forschungsbericht auf wichtige Gemeinsamkeiten hin, die uns über mögliche partnerschaftliche Aktivitäten nachdenken lassen sollten. Wir könnten uns hier gut die gegenseitige Anerkennung der Auditierungen oder den Abschluss von Fair Business-Vereinbarungen vorstellen“, so die beiden Vorsitzenden abschließend. □

Flächen für bezahlbares Wohnen mobilisieren

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) und die Kommunen wollen enger kooperieren. Ziel ist es, möglichst schnell entbehrliche bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Dafür haben die BlmA sowie der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein gemeinsames Informationsschreiben unterzeichnet.

Mit der Wohnraumoffensive haben es sich der Bund, die Länder und die Kommunen zum Ziel gesetzt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Die BlmA und die Kommunen wollen deshalb möglichst schnell Flächen mobilisieren, um bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen. Eine wichtige Aufgabe nehmen die Kommunen wahr. Aufgrund ihrer Planungshoheit schaffen sie die planungsrechtlichen Grundlagen für den Wohnungsbau und die damit zusammenhängende Infrastruktur.

Einen weiteren wichtigen Beitrag leisten dafür die für Bundeszwecke entbehrlichen Grundstücke im Eigentum der BlmA, dem zentralen Immobilienunternehmen des Bundes. So können Kommunen oder kommunale Wohnungsbauunternehmen diese Flächen erwerben und darauf neuen Wohnraum schaffen. Oder es können gemeinsame Projekte von BlmA und Kommunen auf diesen Liegenschaften realisiert werden.

Eigene Bauvorhaben

Darüber hinaus plant die BlmA, eigene Wohnungsbauvorhaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge für die Unterbringung von Beschäftigten des Bundes umzusetzen und dadurch ebenfalls zu einer Entlastung angespannter Wohnungs-

märkte beizutragen. „Das Informationsschreiben dient dazu, den Städten, Landkreisen und Gemeinden das Verfahren zum beschleunigten und verbilligten Kauf von Bundesimmobilien aufzuzeigen, um möglichst schnell neuen Wohnraum zu schaffen“, erläutert Paul Johannes Fietz, Vorstandsmitglied der BlmA. „Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden damit einen weiteren Beitrag zur Wohnraumoffensive leisten und darüber hinaus unsere gute Zusammenarbeit noch weiter vertiefen können.“

Enge Kooperation mit den Kommunen

„Wir unterstützen gemeinsam die auf dem Wohngipfel im Herbst 2018 beschlossene ‚Gemeinsame Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen‘. Es geht darum, den Wohnungsbau zu erleichtern, dem Mangel an Bauland zu begegnen und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen. Dafür ist eine enge Kooperation von BlmA und Städten, Landkreisen und Gemeinden überaus hilfreich“, sagen die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg.

der Cloud. Die Maschinen werden über einen QR-Code identifiziert und mithilfe individueller Checklisten am Smartphone überprüft. Dabei können Nutzer und Vermieter Schäden und Mängel digital dokumentieren.

Digitale Helfer bei Schalungen

Bei den Schalungstechnikspezialisten gehören digitale Planungshilfen zum Repertoire. So präsentiert Planitec die nächste Version seiner vollautomatischen Planungssoftware. Mit diesem Tool ist auch eine Materialdisposition möglich.

Beim Mitbewerber DokaXact kommt eine Mess-Sensorik zum Einsatz, die an definierten Punkten der Schalung angebracht wird und drahtlos mit einer zentralen Recheneinheit kommuniziert. Die Sensorik hat eine Systemgenauigkeit von ± 2 mm. Mit dieser Lösung ist Doka einer der Nominierten für den bauma Innovationspreis 2019 in der Kategorie „Digitale Systeme“.

Sensorgestützte Personenerkennung

Die Liebherr-International AG kommt unter vielem anderem mit einem Gesamtpaket von intelligenten Assistenzsystemen für die XPower-Großradlader zur bauma. Dazu gehört eine neue aktive Personenerkennung. Sie unterscheidet mit Hilfe von Sensoren selbstständig zwischen Menschen und statischen Objekten. Bei Personen im Gefahrenbereich warnt das System auf größere Entfernung als bei Wänden oder Säulen. Das trägt dazu bei, unnötige Warnsignale zu vermeiden, was die Belastung für den Maschinenführer reduziert. □

Mietmaschinen schnell und strukturiert prüfen

An die Vermietunternehmen der Baubranche wendet sich die App klickcheck der Zeppelin Lab GmbH. Einfach in der Handhabung sammelt sie alle Dokumente, die bei der Geräteübergabe benötigt werden, in

Verleihung des Bayerischen Holzbaupreises:

Baustoff mit Zukunft

Sechs herausragende Holzbauten sind von Forstministerin Michaela Kaniber in München mit dem Bayerischen Holzbaupreis ausgezeichnet worden. Zudem erhielten sieben weitere der insgesamt 193 eingereichten Projekte eine Anerkennung. Wie Kaniber unterstrich, „hat das Bauen mit Holz Zukunft, das zeigen die Preisträger eindrucksvoll. Der ökologische Baustoff Holz mit seinen hervorragenden Eigenschaften ist bei Architekten und Bauherren beliebt wie nie zuvor.“

Mit jeweils 1.500 Euro wurden die vier Sieger-Projekte bedacht. Der Neubau des Kindergartens St. Laurentius in Neustadt an der Donau (Landkreis Kelheim), lädt über sein farbiges Entrée ins Innere ein. Nach dem Betreten gelangt man in ein hölzernes Foyer mit einem lichtdurchfluteten freundlichen Innenhof, um diese staffeln sich über zwei Etagen die Gruppenräume. Die Sichtflächen des hölzernen Gehäuses, zum Teil fein texturiert, geben dem großen Gemeinschaftsraum viel Wärme und bestechen durch die klare und präzise Detaillierung.

Ein ebenfalls prämiertes Einfamilienhaus in Herrsching (Landkreis Starnberg) besticht durch seinen knappen klaren Baukörper, der der Länge nach in Blickrichtung See positioniert ist. Dem natürlichen Verlauf des Hanges folgend, sind die Raumzonen abgestuft organisiert, so dass sich eine Höhenstaffelung in Richtung See ergibt. Im Inneren ist der Bau so durchlässig gestaltet, dass die gesamte Länge des Hauses aus einer Perspektive erfasst werden kann. Dadurch werden Wohnräume voller Transparenz und Leichtigkeit geschaffen, was auch durch die großflächigen Glasfenster unterstützt wird.

Durch eine Aufstockung mit Wand-, Decken- und Dachele-

menten aus massivem Brettsperrholz wurde in Königsbrunn (Landkreis Augsburg) eine Beton-Doppelgarage in ein Bürohaus mit einzigartigem Charakter verwandelt. Die Komposition aus Alt und Neu, mit einem Eingang durch das ehemalige Garagentor, hellen Arbeitsräumen mit raumbreiter Verglasung und einem 45 Grad-Pultdach, liefert ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten der Nachverdichtung im urbanen Raum durch einen kreativen Umgang mit dem Vorhandenen.

Alpenländisches Bauen modern interpretiert

Ein ausgezeichnetes Gemeinschaftsprojekt in Garmisch-Partenkirchen, das alpenländisches Bauen modern interpretiert, überzeugt zunächst durch die sensible Ergänzung des Ortsbildes, verdichtetes Bauen und durch nachhaltiges Bauen mit Holz. Die mit Brettsperrholz ausgeführten Reihen- und Doppelhäuser sowie teilweise Geschosswohnungsbauten umschließen einen gemeinschaftlich genutzten Raum, dessen Blickachse auf die Pfarrkirche und einen Ausläufer des Kramerspitz ausgerichtet ist. Die Fassadengestaltung orientiert sich an der im Alpenraum traditionell üblichen Holzbauweise.

Sonderpreise in Höhe von 1.000 Euro bekamen ein temporärer Eingangs- und Ausstellungspavillon für die Alte Pinakothek in München sowie der Neubau einer Kirche mit außergewöhnlicher Formensprache in Holzkirchen (Landkreis Miesbach). Das erste Projekt ist ein Paradebeispiel dafür, dass sich ein temporäres Einsatzkonzept und hohe planerische und handwerkliche Qualität nicht ausschließen. Der klare Kubus mit der schwarzen Fassung der Hülle und den entstehenden Lichtwellen gibt dem Bauwerk einen abstrakten Charakter. Die klare und funktionale Gliederung des Innenraums mit den wechselnden Ausblicken fesselt und bindet den Betrachter weit mehr als man dies beim Betreten erwarten kann.

Außergewöhnliche Formensprache

Der Neubau der Pfarrkirche St. Josef in Holzkirchen besticht wiederum durch seine außergewöhnliche Formensprache und Materialität. Die anspruchsvolle Tragkonstruktion der kegelförmigen Kirchengebäude zeigt die aktuellen technologischen Möglichkeiten im Ingenieurholzbau. Auch komplexe und anspruchsvolle Geometrien können mit dem Baustoff Holz realisiert werden. Der Innenraum lebt von der sichtbaren Gitterschalengerüstkonstruktion mit ihren hochpräzise ausgeführten Knotenpunkten. Dadurch entsteht eine beeindruckende räumliche Qualität.

Eine Anerkennung erhielt u.a. der Wiederaufbau der Hofstel-

le Stiegler in Cadolzburg/Gonnersdorf. Die neu auf der alten Hofstelle errichteten Gebäude fügen sich mit überzeugender Klarheit hinsichtlich Proportion und Dachform zu einem städtebaulich gelungenen Ensemble. Die neu in Holzbauweise errichteten Wohn- und Wirtschaftsgebäude sind sowohl konstruktiv als auch auf der Detailschicht nach der jeweiligen Nutzung fein ausdifferenziert und geben der Hofstelle ein vollkommen neues und in sich stimmiges Gesicht.

Die Verwendung des Baustoffes Holz ermöglicht einen hohen Vorfertigungsgrad und eine kurze Bauzeit – ideal für die Errichtung von kurzfristig benötigtem Wohnraum. Die Wohngebäude für Asylbewerber in Zolling an der Amper zeigen musterhaft, wie Wohnraum kostengünstig, schnell und mit einer hohen architektonischen Qualität in Modulbauweise errichtet werden kann. Die ruhig gegliederte Fassade mit dem umlaufenden Balkon verleiht den Gebäuden ein stimmiges Erscheinungsbild.

Der Neubau des Gründerlabors Würzburg überzeugt durch seine klare Formensprache und ansprechende Außenraumgestaltung. Die Tragkonstruktion aus Brettstichholz in Kombination mit einer bedruckten Polycarbonatpaneele bildet den Raum für die eingestellten Boxen. Durch die transparente Hülle wird die Holz-Tragkonstruktion auch im öffentlichen Raum wahrnehmbar. Das Gebäude besticht weiter durch die ansprechende Innenraumgestaltung und der multifunktionalen räumlichen Nutzungsmöglichkeit.

Bei der Preisverleihung verwies Ministerin Kaniber auf die herausragende Ökobilanz des Baustoffs Holz und seine vielfältigen Einsatzbereiche, gerade im urbanen Bauen. Ein Kubikmeter Holz entzieht der Atmosphäre beim Wachsen im Wald eine Tonne Kohlendioxid und spart durch Substitution anderer Baustoffe weitere Treibhausgase ein. Die Digitalisierung werde zudem dem Bauen mit Holz weitere Türen öffnen, da sie die Herstellung individueller Bauteile wirtschaftlicher ermöglichen.

Der Holzbaupreis wird seit 1978 alle vier Jahre vergeben. Er ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forstministeriums, des Landesbeirats Holz Bayern und pro Holz Bayern, unterstützt durch die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau. **DK**

Bundesingenieurkammer warnt:

Wegfall verbindlichen Preisrechts gefährdet Qualität am Bau

Im Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) hat Generalanwalt Szpunar in seinen Schlussanträgen zum Ausdruck gebracht, dass er die Verbindlichkeit der Mindest- und Höchstsätze der Honorar- und Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) für unvereinbar mit dem EU-Recht hält. Aus seiner Sicht behindern diese in unzulässiger Weise die Niederlassungsfreiheit, weil sie Ingenieuren und Architekten nicht die Möglichkeit gäben, sich über niedrigere Preise im Markt zu etablieren.

Sollte der EuGH den Ausführungen des Generalanwalts folgen, befürchtet die Bundesingenieurkammer große Nachteile vor allem für die Verbraucher. „Ein Wegfall des Preisrahmens, den die HOAI vorgibt, würde die Qualität beim Planen und Bauen massiv gefährden“, betonte der Präsident der Bundesingenieurkammer, Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer.

Wer beim Planen spart, zahlt beim Bauen drauf

„Jeder weiß, dass für einen zu niedrigen Preis keine hinreichende Qualität geliefert werden kann – das gilt auch für Ingenieurleistungen. Daher befürchteten wir, dass nach einem Wegfall der Mindestsätze der HOAI nur noch der Preis darüber entscheidet,



Unser Bild zeigt von links: Waldkönigin Johanna Gierl, Stefan Degle, Ministerin Michaela Kaniber, Stephan Rauch, Andreas Matievits, Martin Goldbrunner, Lydia Haack (Jury-Vorsitzende) und Felix Bembé. Bild: Seyfarth/StEMELF

Ideenwettbewerb zu energieeffizientem Bauen und Wohnen

Auf der Weltleitmesse BAU 2019 in München wurden die Gewinner des Ideenwettbewerbs „RE:frame Energieeffizienz: Neue Ideen für klimafreundliche Gebäude“ von Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, und von Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena), prämiert. Ausgezeichnet wurden insgesamt neun Ideen für neue kommunikative Ansätze oder Geschäftsmodelle in drei Kategorien, darunter in der Kategorie „Bürgermeister*innen von kleinen und mittelgroßen Gemeinden“.

Jedes Jahr verursachen die etwa 186.000 öffentlichen Gebäude in Deutschland rund sechs Milliarden Euro Energiekosten. Energieeffizienz ist daher auch für die öffentliche Hand ein zentrales Thema. Geht es um die energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestands, so sind Bürgermeister die entscheidenden Treiber. Mit effizienten Gebäuden können sie punkten und den kommunalen Haushalt entlasten.

Virale Mitmachaktion

Eine zeitlich begrenzte, virale Mitmachaktion im lokalen Umfeld einer kleineren Stadt oder Gemeinde ist die prämierte „Pepp-dein-Heim-Challenge“, erdacht von Larissa Mathiszik (Moers) und Monika Löber (Düsseldorf): Die virale Mitmachaktion für Kommunen funktioniert nach dem Schneeballprinzip. Der Bürgermeister gibt den Startschuss, indem er eine energetische Sanierungsmaßnahme vorstellt. Dann nominiert er fünf

weitere Hausbesitzer, die drei Monate Zeit haben, eine Effizienzmaßnahme ihrer Wahl umzusetzen. Ist das geschafft, dürfen sie eine Plakette am Haus anbringen und jeweils fünf weitere Hausbesitzer nominieren. Die Kampagne macht die große Spannweite möglicher Effizienzmaßnahmen sichtbar.

Mit einer weiteren Auszeichnung bedacht wurde die Idee „Grüne Viertel, glückliche Bürger“ von Andreas Franke, VNG ViertelEnergie GmbH, Leipzig mit Unterstützung von Benedict Rehbein, pionier communications GmbH, Leipzig.

Die Idee verbindet Energieeffizienz mit Begrünung. Jede energetische Sanierung im Quartier soll durch die Kommune demonstrativ begrünt und mit einem Infoschild darauf aufmerksam gemacht werden. Begrünte Quartiere machen Klimaschutz nach außen sichtbar, verbessern die Luft und erhöhen die Lebensqualität. Kommunen können mit ihrem Vorbild Unternehmen und Eigenheimbesitzer zur Nachahmung anregen.

Transparente und sichtbare Sanierungsideen

Ein Mitmach-Wettbewerb, der Bürger, Unternehmen und Kommunalverwaltung für den Klimaschutz zusammenbringt, ist die Aktion „Die Energiewender – Unsere Kommune für unser Klima“ von Dr. Franziska Lietz, Hildesheim und Ramona Klatt, Hannover. In einem Wettbewerb werden Kommunen, Bürger, Unternehmen und öffentliche Verwaltung gleichermaßen einbezogen. Am Ende gewinnt die Gemeinde den Titel „Die Energiewender – Klimakommune 20XX“, die den größten Einsatz für den Klimaschutz im Gebäudebereich nachweisen kann. Der Internet-App-basierte Wettbewerb macht alle Sanierungsideen transparent und sichtbar. So finden sich auch über die Gemeindegrenzen hinaus Nachahmer.

Der Ideenwettbewerb ist Teil des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 der Bundesregierung. Dieses beschreibt strategische Maßnahmen, um die energiepolitischen Ziele bis 2020 zu erreichen, und soll dem Gebäudebereich neue klimagerechte Impulse geben. Ziel ist es, bis zum Jahr 2050 einen energieeffizienten und nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu verwirklichen. **DK**

Parlamentarischer Abend des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden:

„Jeder will bauen – aber die Kiesgrube nebenan, bitte nicht“

Zwei brennende Themen bewegen aktuell die Baubranche und die Medien in Bayern. Es ist die Rede von „... der Sand wird knapp“ und „...dann müssen wir eben mehr recyceln“. Der Präsident des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V., Mike Edelman, brachte es vor Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und rund 150 Gästen aus Politik, Verwaltung, Institutionen und Medien im Bayerischen Hof auf den Punkt: „Ich kann Ihnen versprechen, der Sand geht nicht aus! Deutschland ist reich an mineralischen Baurohstoffen und benötigt auch keinen Import – heute und morgen nicht. Was allerdings immer schwieriger und teilweise unmöglich wird, ist neue Vorrangflächen oder Genehmigungen zu erhalten.“

Nutzungskonkurrenz durch anderweitige Schutzbelange, fehlende Bereitschaft zur Veräußerung von Grundstücken, hoher bürokratischer Aufwand bei Genehmigungsverfahren oder oftmals fehlende Akzeptanz vor Ort verhindern die Ausweisung von Gewinnungsflächen. „Jeder will bauen – aber die Kiesgrube nebenan, bitte nicht.“

Auch zu „irreführenden Äußerungen, dass durch Recycling unserer Rohstoffbedarf gedeckt werden könne“ machte Edelman eine klare Aussage. „Bayern hat einen

durchschnittlichen Bedarf an mineralischen Rohstoffen von 150 Mio. Tonnen pro Jahr. Nur ein Bruchteil von rund 5% kann durch Recyclingbaustoffe aus Abbruchmassen ersetzt werden“. Es müssten ganze Städte abgerissen werden, um den Bedarf an Bau-Rohstoffen durch Sekundärrohstoffe nur annähernd decken zu können. Der BIV bekennt sich trotz vieler Hemmnisse darüber hinaus ausdrücklich zum Einsatz von RC-Baustoffen dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist und die erforderlichen Qualitäten garantiert werden können.

Die heimische Rohstoffgewinnung ist in Bezug auf Nachhaltigkeit und Ökonomie alternativlos. Alle sprechen von CO₂-Belastung und zunehmendem Verkehr – müssten Rohstoffe von weiter transportiert werden, würde sich allein die CO₂-Bilanz schon auf mittleren Strecken von 50 km dramatisch verschlechtern, von Feinstaub- und Verkehrsbelastung ganz zu schweigen. Zudem müssten Bauherren künftig mit höheren Kosten rechnen. Eine 2018 von forsa Politik- und Sozialforschung GmbH durchgeführte repräsentative Umfrage in Bayern hat ergeben, dass 76 % der Bevölkerung die künftige heimische Rohstoffgewinnung befürworten, unter anderem wegen kurzen Transportwegen und einer unabhängigen Rohstoffversorgung.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hob in seinem anschließenden Vortrag hervor, dass Bayern mit Baden-Württemberg die Spitzenreiter in Sachen Ablehnung von Infrastruktur-Projekten durch die Öffentlichkeit seien. Der Staat wiederum sei Spitze in Sachen Investitionen. „Deutschland baut – Bayern baut“, so der Minister, zwei Milliarden Euro für Straßen. 800 Baustellen alleine 2018 und immerhin 600 im aktuellen Jahr 2019, mit einigen Großprojekten. Aber auch das Image der Baustellen sei schlecht, obwohl für Fortschritt und Infrastruktur unerlässlich. Als Bundesverkehrsminister unterstrich er die Haltung des BIV zum Thema Nachhaltigkeit. Kritikern würde er entgegen, wie umweltfreundlich es wäre, wenn Rohstoffe über weite Strecken mit proportional verschlechterter CO₂-Bilanz und hohem Verkehrsaufkommen in Regionen „importiert“ werden müssten, die ja eigentlich über ausreichend Rohstoffvorkommen verfügen. **□**



V.l.: Pius Geiger (2. Vizepräsident des BIV), Mike Edelman (Präsident des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)), Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur), Kerstin Schreyer (Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales), Andreas Moßandl (1. Vizepräsident des BIV), Dr. Bernhard Kling (Geschäftsführer BIV). **□**

Weltwassertag am 22. März:

„Niemand zurücklassen – Wasser und Sanitärversorgung für alle“

Das Motto des 27. Weltwassertags am 22. März lautet „Leaving no one behind – water and sanitation for all“, zu deutsch: „Niemand zurücklassen – Wasser und Sanitärversorgung für alle“. Wasser und Sanitärversorgung für alle? „In Deutschland brauchen wir nur den Wasserhahn aufzudrehen und schon sprudelt sauberes Trinkwasser heraus. Spätestens seit dem heißen, trockenen Sommer 2018 wissen wir jedoch, dass sich die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser immer und überall, auch in Deutschland, in Zeiten des globalen Wandels, mittelfristig zum Problem entwickeln kann. Wir müssen vernünftig haushalten“, so Pfaffenhofens Landrat Martin Wolf.

Cornelia Teubner vom Gesundheitsamt Pfaffenhofen: „Von den über siebzig Prozent Wasser, das unseren „blauen Planeten“ bedeckt, steht nur ein winziger Bruchteil (ca. 2,5 %) als trinkbares Süßwasser zur Verfügung - und dieses ist weltweit alles andere als ‚gerecht‘ verteilt.“

40 Prozent der Weltbevölkerung kennen Wassermangel – und das beim steten Wachstum der Bevölkerung.“ Schon aufgrund klimatischer, saisonaler und geografischer Gegebenheiten steht vielen Menschen kaum bzw. gar kein direkter Trinkwasserzugang zur Verfügung. Doch auch die politischen Machtverteilungen, Korruption oder Missma-

nagement im Wasserbereich, verhindern eine gerechte Aufteilung der Lebensgrundlage Wasser. Durch den ständig zunehmenden Wasserbedarf entsteht ein regelrechter Wettkampf zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen wie Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft, Energieversorgung oder Industrie.

Jeder Deutsche braucht im Schnitt pro Tag ca. 120 Liter Trinkwasser – eine Menge, die noch nicht einmal eine Badewanne füllen würde. Wir benötigen das Wasser zum Kochen, Waschen, Duschen, für die Toilettenspülung usw. Verschwindend gering ist dieser Bedarf gegenüber der Menge an virtuellem Wasser, das wir täg-

lich benötigen. Laut UNESCO versteht man unter dem Begriff virtuelles Wasser „...die Gesamtmenge an Wasser, die während des gesamten Herstellungsprozesses eines Produktes, Lebensmittels oder einer Dienstleistung verbraucht bzw. verschmutzt wird oder dabei verdunstet – der sogenannte ‚Wasserfußabdruck‘. Dabei wird jeder einzelne Schritt im Herstellungsprozess mit einbezogen.“

Täglich ca. 4.000 Liter Wasser pro Einwohner

Insgesamt kommen wir dabei auf ca. 4.000 Liter Wasser pro Einwohner am Tag in Deutschland, das zum Beispiel für jede Jeans, die wir tragen, jeden Kaffee oder Wein, den wir trinken oder jedes Stück Obst oder Fleisch, das wir essen, benötigt wird. Wenn wir nun überlegen, woher wir all diese Produkte beziehen, werden wir feststellen, dass ein Großteil des Wassers zur Herstellung unserer Güter in den ohnehin wasserarmen Gebieten der Erde verbraucht wird.

Immer häufiger befinden sich in diesen meist generell sehr armen Ländern Wasserversorgungsanlagen bis hin zum gesamten Wasservorkommen in den Händen privater Unternehmer. Das Wasser wird dann teuer in Flaschen oder Kanistern verkauft und dient ausschließlich der Gewinnorientierung, statt der Grundversorgung der einheimischen Bevölkerung. Dabei hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 das Recht auf Wasser als Menschenrecht an-

Regelwerk – Neuerscheinung:

Abwasserfiltration durch Raumfilter

Arbeitsblatt DWA-A 203

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat das Arbeitsblatt DWA-A 203 „Abwasserfiltration durch Raumfilter nach biologischer Reinigung“ veröffentlicht. Es befasst sich mit der Filtration von kommunalem Abwasser.

Das Arbeitsblatt bezieht sich auf die Bemessung und Auslegung der Raumfiltration. Mit der aktuell diskutierten Thematik der Entfernung von Spurenstoffen, beispielsweise durch den Einsatz von Aktivkohle oder Ozon, wird der Abwasserfilter aus einem neuen Gesichtspunkt betrachtet. Ebenfalls ist mit dem Raumfilter eine verbesserte Entfernung von Mikroplastik möglich, wodurch diese Technik auch zukünftig als ein wichtiges Element der weitergehenden Abwasserreinigung Bestand hat.

Änderungen

Die Bemessungsansätze sind im vorliegenden Arbeitsblatt einer Überprüfung unterzogen worden. Gegenüber dem Arbeitsblatt ATV-A 203 (04/1995) wurden im vorliegenden Arbeitsblatt DWA-A 203 folgende Änderungen vorgenommen:

- Anpassung an die europäische Normung und zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen der Regelwerke
 - Differenzierung bei der Wahl der Filtergeschwindigkeit
 - Einführung einer Raum- und/oder Flächenbelastung bei der Dimensionierung
 - Darstellung der kontinuierlichen Filtration
 - Erweiterung und Überarbeitung des Rechenbeispiels
 - Bezug zur Entfernung von Spurenstoffen und Mikroplastik
 - Einbindung von Betriebserfahrungen mit der Abwasserfiltration.
- Das Arbeitsblatt wurde von

erkannt. Die Verfügbarkeit von Wasser ist also ein Politikum.

Weltweit kämpfen viele Hilfsorganisationen, wie zum Beispiel Unicef, Brot für die Welt, Viva con aqua oder Caritas für eine sozial gerechte Wasserpolitik. Mithilfe humanitärer finanzieller Unterstützung wird u.a. beim Bau von Brunnen, Handpumpen, Auffangbecken, Filteranlagen und Wasserleitungen in robuster, einfach zu wartender Bauweise geholfen, damit die Einwohner ihre Anlagen auch selbst bedienen und vor allem auch instand halten können. Es werden einfache Latrinen und Toiletten gebaut und dabei die wichtigsten Hygieneregeln geschult, um z.B. durch regelmäßiges Händewaschen die oftmals tödlichen Durchfallerkrankungen zu minimieren. Auch die organisierte Müll- und Abwasserentsorgung und die dazu notwendigen Infrastrukturen stehen im Fokus.

Cornelia Teubner: „In deutschen Haushalten wird meist auf den sparsamen Umgang mit Wasser geachtet, jedoch ist Deutschland auch eines der führenden Konsum- und Importländer der Welt. Laut Bundesverband für Paket- und Expresslogistik verschicken Deutsche allein über 3,35 Mrd. Kurier-, Express- und Paketsendungen pro Tag.“

Konsumbedürfnis verschlingt Energie und Wasser

Nicht selten werden Waren, die bei Nichtgefallen wieder zurückgehen, aus Kostengründen danach einfach entsorgt und lieber neu produziert, statt sie dem Handel wieder zur Verfügung zu stellen. Es wird erwartet, dass jedes Produkt, zu jeder Zeit, in mehr als ausreichender Menge zur Verfügung steht. Auch bei den Lebensmitteln orientieren wir uns viel zu selten an saisonalen und regionalen Produkten, sondern verlangen nach der großen bunten Vielfalt,

10. und 11. April 2019:

5. Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut

Am 10. und 11. April 2019 findet in Landshut die 5. Süd- und Ostbayerische Wassertagung statt. Über 100 Aussteller werden rund um die Themen Wasser und Abwasser neue Ideen und bewährte Produkte präsentieren. Parallel zur Messe findet ein Forum mit branchenspezifischen Vorträgen statt. Hier werden neue Technologien, Projekte und Verfahren aus der Wasserwirtschaft vorgestellt.

Das Fachprogramm widmet sich den aktuellen Herausforderungen und den zukunftsweisenden Themen für die bayerische Wasserwirtschaft, wie zum Beispiel Kanalnetzbewirtschaftung 4.0 und biologisch abbaubare Feuchttücher. Parallel zur Messe wird wieder die Fortbildung der Wasserwerksnachbarschaften angeboten.

Die Messe richtet sich insbesondere an Werksleiter, Geschäftsführer, Bürgermeister und Betriebsleiter sowie technisches Betriebspersonal von Wasserversorgungs- und entsorgungsbetrieben, an Vertreter von Industrie, Fachfirmen, Ingenieurbüros und Fachbehörden ebenso Vertreter der Wissenschaft und Interessierte rund um das Thema Wasser und Abwasser.

Die Süd- und Ostbayerische Wassertagung wird veranstaltet vom Umweltcluster Bayern, der ARGE Wasser Abwasser Niederbayern/Oberpfalz und der ARGE Oberbayern. Kooperationspartner sind der Bayerische Gemeindetag, die Bayerische Verwaltungsschule, die Mösslein GmbH, die Vulkan-Verlag GmbH und die Wasserwerksnachbarschaften Bayern e.V. Schirmherr ist Rainer Haselbeck, Regierungspräsident von Niederbayern.

Weitere Informationen: www.wassertagung.de

deren Erzeugung, Import bis hin zum Verbraucher neben Energie eben auch viel Wasser verschlingt, das den Menschen im Exportland zum Leben - oft Überleben - fehlt.

„Niemand zurücklassen – Wasser und Sanitärversorgung für alle“. Jeder, vor allem diejenigen, denen Wasser und die finanziellen Mittel ausreichend zur Verfügung stehen, können etwas dafür tun:

- Hierzulande ist die Trinkwasserqualität gut. Warum also kein Leitungswasser trinken? Und wenn es schon Flaschenwasser sein muss, dann zumindest regional bzw. ohne lange Transportwege.
- Lebensmittel wie Rindfleisch, Schokolade, Kaffee, Avocados usw. führen die Liste der Lebensmittel an, die das meiste virtuelle Wasser verbrauchen. Der massive Anstieg des Fleischkonsums führt zudem zu Intensivtierhaltung, die nicht selten importiertes Kraftfutter benötigt. Um ca. 1 kg Rindfleisch zu produzieren, werden neben fast 50 kg Getreide und Rohfutter, gut 150 Liter Wasser benötigt. Zusätzlich kommen noch mehrere 10.000 Liter Wasser für die Futterherstellung dazu. Die Verschmutzung des Wassers beim Versickern von Dünger und Mist ist dabei noch nicht einmal mit eingerechnet.

Die Bekleidungsindustrie ist seit Jahren in der Kritik. Neben den schlechten Arbeitsbedingungen und dem Einsatz giftiger Chemikalien (z.B. zum Bleichen) - die letztlich auch im Wasser landen - ist u.a. auch der wasserintensive Anbau von Baumwolle bedenklich.

- Im Urlaub gehen wir oft verschwenderischer mit Wasser um, als wir dies normalerweise Zuhause tun würden. Sei es bei den

Handtüchern, die im Hotel für das tägliche Waschen auf dem Badezimmerboden landen, oder der übermäßige Konsum am All-you-can-eat-Buffer, von dem die Hälfte auf den Tellern liegen bleibt, um dann als Abfall entsorgt zu werden.

• Bei übertriebener Sparsamkeit bzw. falschem Nutzverhalten im Haushalt kann das Wasser in den Leitungen stagnieren, was wiederum die Qualität verschlechtert und zu Legionellenproblemen im Leitungssystem führen kann. Dennoch kann man durch Duschen statt einem Vollbad deutlich Wasser sparen und das Wassernetz trotzdem ausreichend spülen.

„Wir können also allein durch bewusstes Konsumverhalten Verantwortung übernehmen und einen wertvollen Beitrag leisten“, so Teubner. An dieser Stelle sei auf ein afrikanisches Sprichwort verwiesen, das auch in der Informationsbroschüre „Virtuelles Wasser – Verstecktes Wasser auf Reisen“ des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz nachzulesen ist: „Wenn viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, viele kleine Schritte tun, können sie das Gesicht der Welt verändern.“

Die Bereitstellung von Trinkwasser ist in Deutschland kommunale Pflichtaufgabe und selbst wenn die Wasserpreise hin und wieder steigen, ist es aufgrund der guten Einkommen und sozialen Sicherungssysteme so gut wie unmöglich, dass irgendjemand hierzulande seinen Zugang zu sauberem Trinkwasser verliert. Ein Stück weit hat jeder Einzelne von uns die Möglichkeit, in vielen kleinen Schritten, an vielen kleinen Orten, etwas zu verändern.

Volkach:

Generalsaniertes Hallenbad eingeweiht

Freude in Volkach (Landkreis Kitzingen): Dort fand die Einweihung des generalsanierten, rund 40 Jahre alte Hallenbades statt. Von den insgesamt investierten 6,7 Millionen Euro muss die Stadt vier Millionen Euro selbst aufbringen. Den Rest übernimmt die Regierung von Unterfranken.

Neben der neuen Auskleidung des Schwimmbeckens und der Erneuerung der Betriebstechnik wurde das Gebäude energetisch generalsaniert sowie Duschen und Umkleiden modernisiert. Das Bad verfügt außerdem über behindertengerechte Zugänge, eine Wartezone für Schüler und einen neuen Bademeisterraum.

Erstmals in Betrieb genommen wurde das Volkacher Hallenbad im Herbst 1970. Seit der Jahrtausendwende waren immer wieder Sanierungsarbeiten nötig. 2008 wurde deshalb diskutiert, ob sich die Stadt Volkach zwei Bäder, nämlich das Hallenbad und ein Freibad, leisten kann. Schließlich votierte der Stadtrat für die Sanierung des Hallenbades. Baubeginn war im Januar 2017.

Nach Auffassung von Bürgermeister Peter Kornell ist das

Hallenbad für die Infrastruktur der Stadt und der Mainschleife von großer Bedeutung. Dem Stadtrat sei es wichtig gewesen, dass Schulkinder auch künftig in Volkach schwimmen lernen können. Zudem habe der Gesundheitsaspekt für Einwohner und Umland eine Rolle gespielt.

Region wird attraktiver

Laut stellvertretendem Landrat Paul Streng „war die Generalsanierung eine weise Entscheidung der Stadt“, mache sie doch die gesamte Region attraktiver. Regierungsvizepräsident Jochen Lange sprach seinerseits von einem „gelungenen Werk“. Gerade für den Schulsport sei das Hallenbad von großer Bedeutung. Die Bereitschaft der Stadt, den Großteil der Kosten zu tragen, stelle die Grundlage der Förderung dar. **DK**

Bewerbungsauftrag für Stiftungspreis 2019:

„Das beste kommunale Schwimmbad“

Die gemeinnützige Stiftung „Lebendige Stadt“ ruft Städte und Gemeinden auf, sich für den diesjährigen Stiftungspreis 2019 „Das beste kommunale Schwimmbad“ zu bewerben. Dabei soll die Bedeutung für die Gesundheit und Fitness von kommunalen Schwimmbädern hervorgehoben werden. Als Preissumme ist ein Betrag von 15.000 Euro ausgesetzt. Vergeben wird der Stiftungspreis 2019 am 17. September im Vonovia Ruhrstadion in Bochum.

Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit

Konkret geht es dabei um Hallen- und Kombibäder, die insbesondere zur Gesundheitsförderung und Stärkung des Gemeinschaftssinns der Kommune beitragen. Außerdem spielt die ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit der Bäder bei der Beurteilung eine wichtige Rolle, so dass sie ökologisch vereinbar sein sollen und damit langfristig zur Lebensqualität der Kommune beitragen.

Ziel des Stiftungspreises ist die Auswahl eines „Best-Practice-Beispiels“, das als Vorbild- und Innovationsfunktion für übrige Schwimmbäder dienen soll. Dadurch wird erhofft, dass ein „Know-how“-Austausch zwischen den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern stattfindet, der zur allgemeinen Verbesserung und Entwicklung europaweiter Schwimmbäder sorgt. **DK**



Qualität fordern, Werte schaffen

www.kanalbau.com

Würzburg:

Entwässerungsbetrieb führt integriertes Managementsystem ein

540 Kilometer Kanalleitungen, 50 Regenrückhaltebecken, eine komplexe Infrastruktur unter der Erde – der städtische Entwässerungsbetrieb ist ein „Hightech-Dienstleister für die Region“, wie es der ehemalige Werkleiter Professor Christian Baumgart formuliert. Wenn nur einer der etwa 200.000 Menschen in der Region eine Toilettenspülung drückt oder Waschwasser in den Abfluss lässt, ist es Aufgabe des Entwässerungsbetriebs, das Abwasser zum Klärwerk in die Mainaustraße zu transportieren.

Das Kanalnetz ist über Jahrhunderte gewachsen, wird ständig bedarfsgerecht angepasst und sorgt dafür, dass bei starkem Niederschlag das Regenwasser in die Bäche und das Schmutzwasser in die Kläranlage läuft. Zentrale Aufgabe des Entwässerungsbetriebs sind nicht nur Auffangen von Regenwasser, Reinigen von jährlich 20 Millionen m³ Abwasser und Betreiben der Kanäle, sondern ganz besonders der Hochwasser- und Gewässerschutz. Täglich sorgen die 120 Mitarbeiter für Klarschiff unter Würzburgs Oberfläche und stellen durch die geregelte Abwasserreinigung das ökologische Gleichgewicht der Gewässer sicher – für die Stadt Würzburg wie auch 16 Umlandgemeinden. Getreu dem Motto „Wir haben eine große Aufgabe, können aber immer noch besser werden“, hat sich der EBW einem integrierten Umwelt- und Qualitätsmanagement unterzogen und sich vom TÜV Süd zertifizieren lassen.

D&S Rohrsanierung baut Schlauchliner in Ertfstadt ein:

Kleiner Schlauch – große Wirkung

Bei der Sanierung eines Mischwasserkanals aus den 1960er Jahren in einem Wohngebiet im Ortsteil Kierdorf haben sich die Stadtwerke Ertfstadt aufgrund der Gegebenheiten vor Ort für eine grabenlose Sanierung entschieden. Neben den eingeschränkten Platzverhältnissen und der Art der Schäden gaben insbesondere wirtschaftliche und zeitliche Aspekte den Ausschlag für den Einzug eines GFK-Schlauchliners durch die Niederlassung Rhein-Ruhr der DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG in Gelsenkirchen. Der Liner wurde aufgrund des relativ kleinen Profils der beschädigten Haltung vom Hersteller maßgeschneidert geliefert.

Dichte Abwasserleitungen und -kanäle sind von großer Bedeutung für eine funktionierende Infrastruktur. Nicht zuletzt deswegen wurde die Selbstüberwachungsverordnung Kanal (SüwV Kan) 1996 initiiert, die eine regelmäßige optische Kontrolle der Abwasserkanäle vorsieht. Vor diesem Hintergrund werden auch in Ertfstadt die Abwasserleitungen und -kanäle alle 15 Jahre mittels einer Kamerabefahrung auf ihren Zustand untersucht. Dabei wurden an einem Mischwasserkanal aus den 1960er Jahren in einem Wohngebiet im Ortsteil Kierdorf Schäden festgestellt, die eine umgehende Sanierung erforderlich machten. Der Kanal aus Beton mit einem Eiprofilquerschnitt DN 375 / 250 und einer Länge von gut 42 m liegt in einer geringen Tiefenlage von rund 95 cm in einer schmalen Anliegerstraße. Die Planung der Sanierungsmaßnahme wurde von den Ingenieuren der ITAS Salzgitter GmbH ausgeführt.

Grabenlos erste Wahl

Bei den festgestellten Schäden handelte es sich um durch Risse in den Betonrohren und Muffenversätze verursachte Undichtigkeiten. „Unser Ziel ist es, dichte Abwasserkanäle zu betreiben, um Infiltrationen und Bodeneinträge in den Kanal zu verhindern“, erläutert Dipl. Ing. Lutz Halfen, Technische Abteilung Abwasser, Wasser und Nahwärme, Stadtwerke Ertfstadt, die Veranlassung der Sanierung. Dipl.-Ing. Carsten Bolz von ITAS Salzgitter ergänzt: „Die sehr engen örtlichen Begebenheiten in der Anliegerstraße, in Kombination mit den Streckenschäden, die der Kanal aufwies, haben zu der Entscheidung geführt, ein grabenloses Sanierungsverfahren

Oder: Kanalreiner stellen täglich eine Vielzahl von kaputten Steigeisen in den Kanalzugängen fest und melden diese. Taten sie dies bisher per Telefon, wurde nun ein fester Ablauf vereinbart, mit dem alle Meldungen auf gleiche Weise dokumentiert werden. So wird sichergestellt, dass die Stolperfallen baldmöglichst behoben werden. Ein wichtiger Beitrag für die Arbeitssicherheit.

Verbesserte Arbeitsprozesse

Mitgearbeitet haben an dem Managementsystem alle 120 Mitarbeiter des Entwässerungsbetriebs, von der Mülltrennung bis in die Werkstätten wurden alle Arbeitsprozesse dokumentiert, überprüft und verbessert. „Eine riesige Aufgabe“, sagt Professor Christian Baumgart, unter dessen Leitung die Zertifizierung begonnen wurde. In einer kleinteiligen Arbeit innerhalb von nicht ganz zwei Jahren wurde die Zertifizierung unter Mitwirkung eines Berliner Fachbüros nun abgeschlossen. Das integrierte Umwelt- und Qualitätsmanagementsystem des EBW basiert in allen Bereichen auf DIN-Vorschriften, wie die Abteilungsleiterin Kanalbetrieb und Klärwerk, Christine Neuland, erklärt. Auf Basis dieser DIN-Vorgaben nahm der

TÜV Süd das Managementsystem nach einwöchigen Audits im Betrieb ab. Ausruhen auf dem Zertifizierungszeugnis kann sich der EBW aber nicht. Qualitätsmanagementbeauftragter Klaus Lurz wird weiterhin jedes Jahr die Arbeitsprozesse begutachten und interne Audits organisieren. „Es ist eine fortlaufende Arbeit, den EBW immer besser und umweltfreundlicher zu machen“, so stellvertretender Werkleiter Jörg Roth.

Umweltmanagement

Früher beschäftigte sich betrieblicher Umweltschutz vor allem mit der systematischen Kontrolle der Umweltauswirkung am Standort, insbesondere mit Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften. Heute arbeitet ein professionelles Umweltmanagement strategisch: Mit einer ISO 14001 Zertifizierung werden Schwachstellen im Umweltmanagement aufgedeckt und die Grundlage für einen kontinuierlichen und nachweisbaren Verbesserungsprozess geschaffen. Umweltrisiken werden reduziert, natürliche Ressourcen geschont und die Umwelleistung nachhaltig verbessert.

Qualitätsmanagement

Qualitätsmanagement umfasst alle Maßnahmen, Tätigkeiten und Zielsetzungen zur Sicherung und Verbesserung der Produkt- und Prozessqualität. Zu berücksichtigen sind alle gültigen Gesetze, die Wirtschaftlichkeit, Umweltaspekte sowie die Forderungen und Ansprüche aller beteiligten Interessengruppen (wie Kunden, Mitarbeiter, Lieferanten usw.).

Ein wesentlicher Effekt eines Qualitätsmanagements ist die Standardisierung der organisatorischen Prozesse. Die strukturierte Aufbereitung der Arbeitsabläufe verleiht dem Betrieb deutlich mehr Ordnung und Transparenz. Prozesse und Abläufe können sachlicher diskutiert und Probleme leichter aufgespürt und identifiziert werden. Insgesamt wird die gezielte Steuerung der Unternehmensabläufe deutlich vereinfacht.

Für die Mitarbeiter können die standardisierten Arbeitsbeschreibungen eine große Unterstützung darstellen, insbesondere für Tätigkeiten, die nur unregelmäßig ausgeführt werden müssen. So können z.B. auch neue Mitarbeiter deutlich leichter in die Unternehmensprozesse eingearbeitet werden. Der kontinuierliche Verbesserungsprozess ist ein Grundprinzip des Qualitätsmanagements, bei dem fortwährend in kleinen Schritten die Unternehmensprozesse überarbeitet werden. Dies trägt langfristig zu effizienteren und effektiveren Arbeitsabläufen bei. Der Qualitätsgedanke muss dazu von allen Prozessbeteiligten gelebt werden. Das kann nur gelingen, wenn es eindeutig festgelegte Abläufe und Handlungsvorgaben gibt und Verantwortung auf jeden einzelnen Beschäftigten übertragen und kontrolliert wird. Ein Qualitätsmanagement trägt somit zur Einführung einer „Qualitätskultur“ bei, um damit sowohl die Effektivität und die Betriebssicherheit als auch die Zufriedenheit der Bürger zu steigern. □

Schächten abgetrennt. Der Ringspalt zwischen dem Mischwasserkanal und dem Liner wurde bei der Schachtabbindung mit Mörtel dauerhaft abgedichtet. Die Wiedereinbindung der Seitenzüge wurde mit Hilfe eines Roboters durchgeführt. Dieser fräste zunächst die beiden Öffnungen und verpresste dann die Anschlüsse mit Epoxidharz. „Nachdem der GFK-Schlauchliner nun erfolgreich eingebaut worden ist, gehen wir davon aus, dass der Mischwasserkanal für weitere 50 Jahre dicht ist“, so Halfen. Bei dieser erfolgreichen Sanierungsmaßnahme in nur einem Tag zeigten sich die Beteiligten sehr zufrieden. □



Freuen sich über die Zertifizierung des Entwässerungsbetriebs. V.l.: Oliver Menz (Kanalbetrieb), Klaus Lurz (Verfahrenstechnik Klärwerk), Eberhard Oehler (Leiter Kanalbetrieb), Christine Neuland (Abteilungsleiterin Kanalbetrieb und Klärwerk), Prof. Christian Baumgart (ehem. Werkleiter), Benjamin Schneider (Werkleiter Entwässerungsbetrieb), Jörg Roth (stv. Werkleiter Entwässerungsbetrieb). Bild: Claudia Lothar

33. Oldenburger Rohrleitungsforum:

Klimawandel sorgt für Stress bei Rohrleitungen

Das Oldenburger Rohrleitungsforum mit begleitender Fachausstellung konnte wieder mit den gewohnt beeindruckenden Zahlen aufwarten: Rund 3.500 Besucher aus dem In- und Ausland sowie ca. 400 Aussteller und etwa 145 Referenten und Moderatoren bildeten den Rahmen für eine gelungene Veranstaltung, welche die Jade Hochschule am Studienort Oldenburg wie gewohnt an ihre Kapazitätsgrenzen brachte. 75 studentische Hilfskräfte hatten fast 5.000 Stunden gearbeitet, um Gebäude und Gelände auf den Ansturm vorzubereiten.

Mit ihrem Engagement schufen die Studenten die Basis für den reibungslosen Ablauf eines Forums, das in diesem Jahr unter dem Leitthema „Rohrleitungen – Transportmedium für Trinkwasser und Abwasser“ stand.

Dementsprechend handelten viele der diesjährigen Referate von Trinkwasser und Abwasser bzw. den entsprechenden Netzen und deren Beeinflussung durch einen globalen Klimawandel. Dies bildete gleichsam den inhaltlichen roten Faden einer Diskussion, die durch die Wetterentwicklung in Mitteleuropa und in Deutschland im vergangenen Jahr besonders aktuell geworden ist.

Marktplatz der Meinungen

Der sehr lange und warme Sommer führte 2018 jedenfalls in einigen Gebieten zu erheblichen Ernteinbußen in der Landwirtschaft, mancherorts gab es auch Beeinträchtigungen der Trinkwasserversorgung – ein Sachverhalt, dessen konkrete Auswirkungen auf die Arbeit von Kommunen und Netzbetreibern vorgestellt wurden. Davon unabhängig fanden in zahlreichen Vorträgen immer auch andere, spannende und aktuelle Themen aus der Rohrleitungswelt Eingang in die Programmvielfalt des Oldenburger Rohrleitungsforums.

Wie in den Vorjahren eröffnete Prof. Thomas Wegener, Vorstandsmitglied des Instituts für Rohrleitungsbau an der Fachhochschule Oldenburg e. V., Geschäftsführer der iro GmbH Oldenburg und Vizepräsident der Jade Hochschule, am Vorabend das Forum im ehemaligen Plenarsaal des Oldenburger Landtages. Einführungsvorträge von Prof. Dr. Daniela Jacob, Direktorin des Climate Service Center Germany, einer wissenschaftlichen Organisationseinheit des Helmholtz-Zentrums Geesthacht, Hamburg, Dr.-Ing. Dirk Waider, Mitglied des Vorstands der GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, Vizepräsident Wasser des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Bonn, und Dipl.-Kfm. Karsten Specht, Geschäftsführer (Sprecher) des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV), Brake, Vizepräsident Wasser des Verbandes Kommunaler Unternehmen, Berlin, schufen die fachliche Basis und Diskussionsgrundlage für die fünf thematischen Handlungsstränge mit insgesamt

30 Veranstaltungen auf dem zweitägigen Forum.

Vieles drehte sich dabei um die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere unterirdische Infrastruktur. Mit Blick auf die Entwicklung – insbesondere die Zunahme von Hitzewellen und Trinkwasserknappheit, Starkregen und Überschwemmungen – sehen Experten Stress für die Rohrleitungen voraus. Stress, der letztendlich auch auf die Netzbetreiber zukommt. In Mitteleuropa muss schon heute mit einer sehr großen Variabilität von Wasserbedarf und Regenwasseraufkommen gerechnet werden – auch hierin sind sich die Fachleute einig. Unter anderem gilt es, leitungsgebundene Infrastrukturen und kommunale Entwässerungssysteme wassersensibel anzupassen und konstruktiv auf den Wechsel zwischen lange anhaltenden Trockenperioden und punktuell auftretenden Starkregenereignisse einzustellen.

Praxisberichte und Forschungsvorhaben

Strategische Anpassungsplanung an die zu erwartenden Veränderungen, so beispielsweise Möglichkeiten der Optimierung des Netzbetriebs in Form von weiterer Vernetzung und Digitalisierung wurden ebenso vorgestellt, wie aktuelle Forschungsvorhaben oder die Praxiserfahrungen von kommunalen Netzbetreibern wie HAMBURG WASSER oder dem OOWV in Brake, der ebenso wie viele andere Versorger in Deutschland die Folgen des sogenannten Jahrhundertssommers 2018 im wahrsten Sinne des Wortes ausbaden hatte.

Ein Wandel in der Nachfrageentwicklung hatte eine veränderte Auslastung des Versorgungssystems zur Folge, so ein Sprecher des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes. Mehrere Jahre in Folge mit ähnlichen Wetterkapriolen würden die Wasserversorger an die Grenzen ihrer Leitungsfähigkeit bringen, so der Tenor.

Vor diesem Hintergrund sind Versorger und Entsorger gut beraten, sich auf die unterschiedlichen Szenarien vorzubereiten und einen möglichen Plan B in der Schublade zu haben. Voraussetzung hierfür ist nicht zuletzt das gemeinsame Ziehen an einem Strang von Politik und Gesellschaft, Wissenschaftlern vieler Fachrichtungen, Stadtplanern und Netzbetreibern. □

Innenminister Joachim Herrmann stellt Konzept „Mobile Police“ vor:

Vollvernetzt auf Streife dank innovativer Technik

122 Millionen Euro-Paket für die bayerische Polizei

Die bayerische Polizei investiert kräftig in die Digitalisierung: Das Programm ‚Bayern Digital‘ der Bayerischen Staatsregierung sieht über einen Zeitraum von fünf Jahren rund 122 Millionen Euro für neue IT-Technik und 86 neue IT-Mitarbeiter vor. „Mit unserem Konzept ‚Mobile Police‘ statten wir die Bayerische Polizei mit hochmoderner Ausrüstung und innovativer Technik aus“, erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. „Investitionen in dieser Größenordnung sind bundesweit einmalig und werden unserer Polizei über Jahre hinweg eine Spitzenstellung im Bereich der Digitalisierung sichern.“

Wie der Minister erläuterte, ist ‚Mobile Police‘ ein wichtiger Schritt in Richtung des digitalisierten Streifenwagens und des vollvernetzten Streifenpolizisten. „Mit dem ortsunabhängigen Zugriff auf alle erforderlichen Informationen beschleunigen wir polizeiliche Arbeitsabläufe, entlasten unsere Einsatzkräfte und erhöhen ihre Präsenz weiter“, betonte Herrmann. „Wir versprechen uns insbesondere eine wertvolle Unterstützung bei der Fah-

nung nach Kriminellen, der Suche nach Vermissten, dem Auffinden von Diebesgut und der Gefahrenabwehr.“

Convertibles und Smartphones

Wie Herrmann erläuterte, soll zukünftig jedes der rund 5.000 Einsatzfahrzeuge der Bayerischen Polizei über eine Vollausrüstung mit Convertibles und Smartphones verfügen. Mittelfristig soll jeder Kollege und jede Kollegin ein

eigenes dienstliches Smartphone besitzen. Die Basis bilden mehr als 5.000 Smartphones, rund 3.500 Notebooks und mehr als 1.200 Convertibles, die seit dem Jahreswechsel bereits im Einsatz sind beziehungsweise aktuell in das Polizeinetz integriert werden.

Fingerscan

Beispielsweise geht es um die mobile Personenidentifizierung mittels Fingerscan. Damit können Polizisten auf Streife innerhalb kurzer Zeit Personen online zweifelsfrei identifizieren, deren Fingerabdrücke bereits im ‚Automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystem‘ (AFIS) gespeichert sind.

„Mit Blick auf das elektronische Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS)

Rettungsleitstelle Würzburg:

Reanimiert via Telefon

Seit drei Jahren erhalten Anrufer beim Wiederbeleben Hilfe

„Drücken Sie tief, mindestens fünf Zentimeter, so tief wie ein Tennisball!“, forderte Nancy Jungk Anrufer Chris B. (Name geändert) am Telefon auf. Am anderen Ende der Leitung hörte die Disponentin der Integrierten Leitstelle (ILS) in Würzburg ein leises Stöhnen. „Sie machen das sehr gut!“, motivierte sie den Mann, der sie vor wenigen Minuten kontaktiert hatte, weil er seine 80 Jahre alte Mutter bewusstlos fand: „Sie war am Küchentisch zusammengebrochen.“

Nancy Jungk ist eine von 30 Disponenten, die in der Integrierten Leitstelle Dienst tun. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Noteinsätze zu planen. Nancy Jungk und ihre Kollegen helfen, wenn es in Main-Spessart, Würzburg oder Kitzingen brennt, wenn jemand einen Unfall hat, akut erkrankt ist oder in eine Klinik gebracht werden muss. In allen diesen Bereichen steigen die Zahlen, sagt Harald Rehmann, der als Chef der Würzburger Berufsfeuerwehr für die ILS hauptverantwortlich ist. Vor allem die Feuerwahrereinsatzzahlen schnellten 2018 in die Höhe. Was laut Leitstellenleiter Gerhard Möldner am Sturmtief „Fabienne“ lag.

Schulung aller Mitarbeiter

Die Aufgaben der Disponenten erschöpfen sich jedoch nicht darin, Rettungsmittel zu einem Unfall oder Brand zu schicken. 2015 wurden alle Leitstellenmitarbeiter geschult, Reanimationen am Telefon anzuleiten. „Im Durchschnitt tun wir das an jedem zweiten Tag“, sagt Möldner. Diese Interventionen stellen für die Disponenten eine große Herausforderung dar. Denn die wenigsten Anrufer haben schon einmal einen Menschen wiederbelebt. Zwar hat fast jeder Bürger irgendwann einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert. Sonst hätte er keinen Führerschein erhalten. Doch das liegt oft Jahrzehnte zurück.

Auch Chris B. traute sich erst nicht zu, seine Mutter wiederzubeleben. Als ihm die Disponentin anbot, ihn Schritt für Schritt zu begleiten, willigte er schließlich ein. Jungk erklärte ihm, dass er den Handballen auf das obere Ende des unteren Brustbeindrittels legen und mit der zweiten Hand senkrecht darauf drücken müsse: „Drücken Sie bitte nicht in die Magengrube.“

Dann begann sie, zusammen mit Chris B. zu zählen. 100 Mal in der Minute, hatte sie ihm zuvor erklärt, müsse er drücken. Das kostet Kraft: „Selbst wir Disponenten kommen aus der Puste.“ Muss doch zwischen dem raschen Zählen Mut gemacht

und motiviert werden. Solange bis der Rettungswagen eintrifft.

Nicht alle Anrufer sind bereit zu reanimieren. „Wir hatten unlängst eine Frau, die sich das nicht zugetraut hatte“, so Möldner. Auch sie hatte ihren Mann bewusstlos gefunden. War aber wie gelähmt. Der Mann verstarb. Wobei niemand sagen kann, ob er überlebt hätte, wäre seine Frau inmitten gewesen, mit der Reanimation zu beginnen. Auch im Fall von Chris B. gelang es nicht, die Mutter zu retten. Doch für Chris B. war es gut gewesen, etwas zu tun. Untätig auf das Eintreffen des Rettungswagens oder des Notarztes zu warten, hätte er als viel schlimmer empfunden.

Nancy Jungk ist seit 1996 als Disponentin tätig. In dieser Zeit hatte die gelernte Rettungsassistentin Tausende Routineeinsätze erledigt. Und manches Kuriose erlebt. Unvergessen bleibt eine Seniorin, die aufgeregt anrief, weil sie einen Hörsturz befürchtete: „Es piepst dauernd im Ohr!“

Nancy Jungk stutzte: „Denn ich hörte das Piepsen ja selbst durchs Telefon.“ Sie versuchte, die Frau zu beruhigen: „Das muss in ihrer Wohnung sein!“ Doch die Seniorin war nicht von der Idee abzubringen, dass etwas mit ihrem Kopf passiert wäre. Jungk schickte einen Feuerwehrkommandeur los: „Er fand sofort heraus, dass der Rauchmelder piepste.“ Die Dame hatte nicht gewusst, dass sie so etwas besaß.

Ständige Herausforderungen

In einer Integrierten Leitstelle tätig zu sein, bedeutet, sich permanent auf neue Herausforderungen einstellen zu müssen. „Als ich vor über 20 Jahren begann, arbeiteten wir noch nicht mit Computern“, sagt Jungk. Heute sitzt jeder Disponent vor fünf großen Bildschirmen. Die „Kunst“ besteht darin, die Anrufer dazu zu bringen, in kürzester Zeit alle relevanten Fakten und Daten zu berichten, so dass der Computer eine Einsatzstrategie vorschlagen kann.

der EU brauchen wir auch die Möglichkeit, Fingerabdrücke von jedem, der in den Schengenraum einreist, nehmen zu können, wie das in den USA gang und gäbe ist“, so der Minister.

Außerdem wird in Kürze auf dem dienstlichen Smartphone eine neue Personen-Abfrage-App freigeschaltet, mit der mobil alle relevanten polizeilichen Datenbanken genutzt werden können. Unter anderem lässt sich dadurch feststellen, ob die kontrollierte Person zur Fahndung ausgeschrieben ist.

Sicherer Messenger-Dienst

Bereits seit 2017 können bayerische Polizeibeamte einen sicheren Messenger-Dienst zur digitalen Übermittlung wichtiger Einsatzinformationen aller Art wie Ermittlungshinweise, Fotos und Einsatzbefehle nutzen. Zusätzlich steht den Beamten auf ihren Convertibles eine integrierte Auslese- und Kontrollsoftware zur Verfügung. Damit können Lenk- und Ruhezeiten sowie die aufgezeichneten Geschwindigkeiten im gewerblichen Personen- und Schwerlastverkehr mobil überprüft werden. „Mit dem Digitalfunk als primärem Kommunikationsmittel, dem mobilen Arbeitsplatz auf Notebooks und Convertibles, dem Smartphone und der Einbindung all dieser Geräte in die Einsatzfahrzeuge sind alle Facetten des polizeilichen Einsatzalltags abgedeckt“, fasste der Innenminister zusammen.

Laut Herrmann legt ‚Mobile Police‘ großen Wert auf bestmöglichen Datenschutz und höchstmögliche Datensicherheit: „Deshalb setzen wir nur auf vollkommene sichere und zuverlässige Verfahren und Produkte.“

Mehrfacher Schutz der Endgeräte

Alle polizeilichen Daten und Apps laufen in eigenen abgeschirmten Bereichen, strikt getrennt vom Smartphone. Eine eigene Datenhaltung findet auf den mobilen Geräten grundsätzlich nicht statt. Nur in Ausnahmefällen, wenn zum Beispiel gerade kein Mobilfunkempfang vorhanden ist, werden Daten besonders geschützt zwischengespeichert. „Außerdem verstärken wir die Sicherheitsmechanismen mit weiteren technischen und organisatorischen Vorkehrungen wie der Verschlüsselung der Datenhaltung und –übermittlung oder der biometrischen Erkennung der Zugriffsberechtigten“, ergänzte Herrmann.

Die Endgeräte seien damit mehrfach gegen eine unrechtmäßige Nutzung im Betrieb oder im Falle eines Verlustes geschützt. Zudem werden Apps und Infrastruktur durch weltweit anerkannte externe Spezialfirmen fortwährend auf mögliche Sicherheitslücken hin überprüft. □

Bamberger Stadtspitze und Bayerische Staatsregierung:

Einigung zum neuen Polizeistandort

Die Stadtspitze und die Bayerische Staatsregierung haben sich über die Bedingungen zur Grundstücksübertragung „Am Tännig“ für den neuen Polizeistandort geeinigt. OB Andreas Starke: „Wir wollen die Entwicklung der Polizei in Bamberg nach Kräften unterstützen. Mehr Polizei bedeutet mehr Sicherheit und damit mehr Lebensqualität.“

Der zuständige Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, Gerhard Eck, bedankte sich für die konstruktiven Gespräche im Bamberger Rathaus, „weil die Infrastruktur der Bamberger Polizei den wachsenden Aufgaben angepasst werden muss“.

An den Verhandlungen nahm neben der Stadtspitze auch Staatsministerin Melanie Huml teil. Alle waren sich darüber einig, dass der geplante Standort „Am Tännig“ sehr gut geeignet ist, um dort die Verkehrspolizeiinspektion Bamberg, die Polizeiinspektion Bamberg-Land, sowie ein PE-Zen-



Freude bei der Hochbrücker Feuerwehr und Rathauschef Dietmar Gruchmann (rechts). Bild: Stadt Garching

Garchings Bürgermeister bei „Stadt Land Fluss Plus“:

1.000 Euro für Hochbrücker Feuerwehr

Mit nur vier Kästen Bier – dem Trostpreis für alle Teilnehmer – wollte sich der Garchinger Bürgermeister nicht zufrieden geben: Dietmar Gruchmann holte beim schnellen Begrifferaten „Stadt Land Fluss Plus“ des Radiosenders TOP FM den Wochensieg. „Die Hochbrücker haben mich da angemeldet, und da dachte ich mir: Wenn schon, denn schon!“ Als letzter Kandidat der Woche gewann er dann auch am Morgen des 1. März mit acht richtigen Begriffen des Buchstaben „O“ 1.000 Euro für die Hochbrücker Feuerwehr.

Vor kurzem nun übergab TOP FM-Moderator Markus Pöpperl den vierstelligen Scheck an Thomas Furchtsam, den Vereinsvorsitzenden der Feuerwehr Hochbrück, und seine Mannschaft. Die Finanzspritze für die Floriansjünger geht für Gruchmann genau an die Richtigen: „Unsere Feuerwe-

ren setzen sich jeden Tag mit viel Verantwortung und auch persönlichem Risiko für uns alle ein; sie haben es verdient!“ Und „30 schnelle und aufregende Radio-Sekunden“ gab’s zu der sonst üblichen Verwaltungsroutine auch noch obendrauf, schmunzelt der Stadtvater. □

Feuer unterm Dach

Brandgefahr durch Elektrogeräte

Elektrogeräte wie Smartphones, Toaster und Wäschetrockner werden nahezu täglich genutzt. Sind sie jedoch veraltet oder defekt, können sie im schlimmsten Fall zum Wohnungsbrand führen. Jeder zweite durch Elektrizität verursachte Brandschaden entsteht durch Elektrogeräte im Haushalt. Das ergab eine Untersuchung des Instituts für Schadenverhütung und Schadenforschung e.V. der öffentlichen Versicherer (IFS). Ein paar Maßnahmen und die richtigen Versicherungen helfen, sich gegen Elektrobrände zu schützen.

Ein defektes Kabel kann ausreichen, um einen Brand auszulösen. Ist bei einem Wäschetrockner ein Kabel defekt, werden die Pole der Spannungsquelle direkt miteinander verbunden. Da sich dem Strom kein Widerstand entgegensetzt, steigt dann die Stromstärke so sehr an, dass sich die Leiter erhitzen und es zu einem Kurzschluss kommt. Die Folge ist ein Brand. Bis die Feuerwehr eintrifft, können die Flammen schon einen Großteil der Einrichtung zerstört haben. Auch Installationsmängel, eindringende Feuchtigkeit und Produktionsfehler sind Ursachen für Brände bei Elektrogeräten.

So lässt sich die Brandgefahr minimieren

Mit ein paar Handgriffen lässt sich vorsorgen: Bei Elektrogeräten wie Toaster oder Waschmaschine empfiehlt es sich, nach Gebrauch den Stecker zu ziehen. Denn die erhöhte Luftfeuchtigkeit im Zimmer kann einen Kurzschluss verursachen. Wenn der Wäschetrockner oder die Spülmaschine eingeschaltet ist, sollte man das Haus nicht verlassen. Akkus von Smartphones und Tablets, die bereits vorgeschädigt sind oder sich nicht mehr vollständig aufladen lassen, sollten unbedingt ausgetauscht werden, dass es nicht zu einem Brand kommt. Beim Laden der Geräte sollte man zudem auf Abstand zu brennbaren Gegenständen achten.

Weist ein Elektrogerät einen Mangel auf, sollte man es unter keinen Umständen weiter benutzen, sondern zum Fachhändler bringen. Zusätzliche Sicherheit bieten Rauchmelder in den entsprechenden Räumen (siehe <https://www.vkb.de/content/magazin/haus-wohnen/rauchwärmelder/index.html>).

Mit passenden Versicherungen sollten sich Verbraucher gegen die finanziellen Folgen von Brandschäden schützen. „Eine Hausratversicherung sollte jeder abgeschlossen haben“, erklärt Sigrid Reichardt, Hauptabteilungsleiterin für private und gewerbliche Sachversicherungen bei der Versicherungskammer Bayern. Die Hausratversicherung greift beispielsweise, wenn ein Feuer neben dem Wäschetrockner auch die Badezimmerreinigung zerstört hat. Über die Wohngebäudeversicherung sichern Hausbesitzer Schäden am Haus, Gartenhaus und an der Garage ab. „Wichtig ist bei einem Schadenfall, sofort den Versicherer zu benachrichtigen“, rät Reichardt. „Im Idealfall kann der Kunde Fotos vom Schadenfall sowie eine Liste aller beschädigten Gegenstände übermitteln, damit der Berater sich einen ersten Überblick verschaffen kann.“

So kann man Brandschäden durch Elektrogeräte vorbeugen:

- Mehrfachsteckdosen nicht überlasten
- Nach Gebrauch eines Elektrogeräts den Stecker ziehen
- Bei einem aufziehenden Gewitter ebenfalls Stecker ziehen
- Nicht das Haus verlassen, wenn die Waschmaschine, Spülmaschine oder der Trockner läuft
- Defekte Geräte vom Fachhändler überprüfen lassen
- Keine brennbaren Materialien in der Nähe von Elektrogeräten aufbewahren
- Rauchmelder in allen Räumen anbringen.

Informationen zum Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung e.V. der öffentlichen Versicherer (IFS) und Video zur Schadenverhütung unter www.ifs-ev.org □



Rita Röhl, stv. Bezirksstagspräsidentin; Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl; Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Josef Fröschl, Direktor der Bezirksverwaltung.

Bild: Bezirk Niederbayern, J. Fröschl

Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich feierte seinen 40.:

„Ein absoluter Glücksfall“

Seinen 40. Geburtstag feierte dieser Tage Bezirkspräsident und Erster Bürgermeister der Stadt Freyung Dr. Olaf Heinrich im engsten Familien- und Freundeskreis. Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl, die weitere Stellvertreterin Rita Röhl und Josef Fröschl, Direktor der Bezirksverwaltung, ließen es sich nicht nehmen, dem Vollblutpolitiker ein kleines Präsent zu überreichen. „Ein absoluter Glücksfall für die Stadt Freyung, den Landkreis Freyung-Grafenau und vor allem für den Bezirk Niederbayern“ so Pröckl.

Seit 2003 gehört Dr. Olaf Heinrich dem Bezirkstag von Niederbayern an, 2013 wählten ihn die Mitglieder des Gremiums zu ihrem Vorsitzenden. Damit trat Heinrich als jüngster Bezirksstagspräsident in der Geschichte der bayerischen Bezirke sein Amt an, in dem er bei der Bezirkswahl im September 2018 erneut bestätigt wurde. Auch als Bürgermeister seiner Heimatstadt Freyung übernahm er als damals 29-jähriger sehr früh Verantwortung.

Soziale Themen, Bildung, Kultur, die niederbayerischen Heil- und Thermalbäder, die wirtschaftliche Entwicklung – Olaf Heinrich geht seine umfangreichen Aufgaben mit Begeisterung, Pflichtbewusstsein, Sachverstand, Weitblick und mit viel Herzblut an.

- ck -



Die Fotodokumentation zu den Restaurierungsarbeiten präsentierte Dr. Wilfried Hartleb (v.l.) Landrat Franz Meyer und Leitender Baudirektor Edgar Küblbeck.

Die Sanierung der Neuburg in Bildern

Förderkreis Neuburg am Inn gibt Fotodokumentation heraus
Tag der offenen Tür am 14. Juli

Passau/Neuburg a.Inn. Die Neuburg wurde in den letzten Jahren aufwendig saniert und restauriert. Wie die alten Schlossanlagen zuvor ausgesehen haben, können sich heute viele nicht mehr vorstellen. Auf rund 150 Seiten zeigt deshalb der Förderkreis Neuburg a.Inn mit Bildern die umfangreichen Sanierungsarbeiten an der Neuburg seit Ende des 20. Jahrhunderts. Den Bildband hat der ehemalige Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb, der jetzt Kreisheimatpfleger des Landkreises Passau ist nun offiziell bei Landrat Franz Meyer vorgestellt.

Die Schlossanlagen der Neuburg waren bis Mitte des 20. Jahrhunderts weitestgehend sich selbst überlassen. „Es war uns deshalb wichtig, die Restaurierung der Neuburg im Einklang von Denkmalpflege und Naturschutz durchzuführen,“ betonte Hartleb.

1985 wurde der Förderkreis Neuburg am Inn gegründet und seit dieser Zeit laufen die umfangreichen Maßnahmen an dem historischen Gebäudekomplex. „Dass der Landkreis Passau 1998 Eigentümer der Neuburg wurde, ist mehr als ein Glücksfall,“ so Hartleb. Der Kreisheimatpfleger und Vorsitzende des Förderkreises, der regelmäßig Führungen auf der Neuburg anbietet, weiß um die Fragen der interessierten Teilnehmer, die sich beim heutigen Anblick nach den vielen Maßnahmen nur schwer vorstellen können, wie die Burg zuvor ausgesehen hat. Diese Fotodokumentation ze-

ge deutlich den Zustand vor und nach den zahlreichen Restaurierungsmaßnahmen und gebe einen ausführlichen Einblick, wie in den letzten 25 Jahren rund um die Mauern der Neuburg gearbeitet wurde, sagte Wilfried Hartleb.

Landrat Franz Meyer und Leitender Baudirektor am Landratsamt Passau, Edgar Küblbeck, der für die Sanierungsmaßnahmen verantwortlich ist, freuen sich über die Fotodokumentation. Und: Um der Bevölkerung den neuen Glanz der Neuburg in natura zu zeigen, soll nach dem Abschluss der Maßnahmen der letzten Jahre am 14. Juli von 14 bis 17 Uhr ein Tag der offenen Tür stattfinden.

Die Fotodokumentation in gedruckter Form kann über den Förderkreis Neuburg am Inn zum Selbstkostenpreis erworben werden. Kontakt: Dr. Wilfried Hartleb, E-Mail: wilfried.hartleb@googlemail.com.

Studentenwohnungen dringend gesucht!

Bamberger Oberbürgermeister und Landrat appellieren gemeinsam an die Bürgermeister im Landkreis

Die Wohnungssituation für Studierende in Bamberg ist weiter sehr angespannt. Verschärft wird sich die Situation ab dem Sommersemester 2019 durch den notwendigen Abriss des Pestalozziheims. Neben dem Aufruf an lokale Vermieter, zusätzlichen Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen, haben Oberbürgermeister Andreas Starke und Landrat Johann Kalb alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises eingeladen, um gemeinsam nach Lösungen für die Schaffung von studentischem Wohnraum zu suchen. „Wir rufen eindringlich dazu auf, zusätzlichen Wohnraum für Studentinnen und Studenten zur Verfügung zu stellen und dabei alle Möglichkeiten auszuschöpfen“, betonen Oberbürgermeister Andreas Starke und Landrat Johann Kalb in dem gemeinsamen Appell.

Bei einem von der Stadt und dem Landkreis anberaumten „Runden Tisch“ mit Studierendenvertretern und der Universitätsleitung sowie 11 Bürgermeistern aus den stadtnahen Gemeinden, wurden aktuelle Kapazitäten überprüft. Mehrere Bürgermeister berichteten über Leerstände in Gebäuden, die entwickelt werden können. Zudem wurde die Schaffung einer gemeinsamen „digitalen Wohnbörse“ diskutiert. Deutlich wurde bei dem Gespräch aber auch, dass, vor allem in den stadtnahen Gemeinden, der Wohnraum begrenzt und mittlerweile teuer geworden ist. Der kurzfristige Leerstand, der nach dem Abzug der Amerikaner entstanden sei, „ist längst vorüber“, berichteten gleich mehrere Bürgermeister.

Informationskampagne

Die Teilnehmer verabredeten sich zu einer Informationskampagne: „Manchem Studierenden muss möglicherweise zunächst nähergebracht werden, wie schön, attraktiv und gut erreichbar der Landkreis ist“, so Landrat Johann Kalb. Doch auch die privaten Vermieter im Landkreis haben die Studierenden als potentielle Mieter bisher kaum im Blick. „Dies soll sich ändern“, so Oberbürgermeister Andreas Starke. Man wolle ge-

meinsam Verantwortung übernehmen, um sowohl in der Stadt als auch im Landkreis alle Chancen zu nutzen.

In allen Gemeindeblättern soll für studentischen Wohnraum geworben werden. Schon jetzt bietet das Studentenwerk Würzburg einen zusätzlichen Service für Studierende und Vermieter: Unter www.studentenwerk-wuerzburg.de findet sich die Privatwermittlung, wo kostenfrei Wohnraum inseriert werden kann.

„Die weiterhin erfreulich hohen Studierendenzahlen der Universität sind eine Chance für ganz Oberfranken, die nicht durch Fehlen bezahlbaren Wohnraums vertan werden sollte. Erste Studienanfänger haben sich nach erfolgloser Wohnungssuche schon für andere Universitäten entschieden – hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.“ begrüßt der Vizepräsident Technologie und Innovation, Prof. Dr. Guido Wirtz, die gemeinsamen Anstrengungen von Stadt und Landkreis.

Starke und Kalb wollen auch über die vorhandenen Verkehrsbedingungen informieren: „Es gibt im Umkreis der Stadt zahlreiche Gemeinden, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. Dafür müssen wir die Werbetrommel rühren.“



Von links: David Köster (Stadt Bamberg), Landrat Johann Kalb, Lothar Riemer (Landkreis Bamberg), Lisa-Maria Graf (Koordinierungsstelle für den Landkreis), Esther Gratz (Evangelisches Bildungszentrum Bad Alexandersbad, Koordinierungsstelle für die Stadt), Martin Becher (Evangelisches Bildungszentrum Bad Alexandersbad, Geschäftsführer), Dr. Christian Lorenz (Landkreis Bamberg, Leiter des Bildungsbüros), Oberbürgermeister Andreas Starke.

Bild: Rudolf Mader

„Demokratie leben!“

Landrat Johann Kalb und Oberbürgermeister Andreas Starke setzen ein Zeichen für Demokratie

Zahlreiche Initiativen, Vereine und eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis und der Stadt Bamberg engagieren sich tagtäglich für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt Städte und Landkreise im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bei dieser wichtigen Arbeit und fördert den Aufbau von „Partnerschaften für Demokratie“ als regionale Bündnisse.

Verantwortliche aus Kommunalpolitik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft kommen hier zusammen, um eine Strategie für die jeweilige lokale Situation zu entwickeln.

Ziel ist es, vor allem Kinder und Jugendliche in Bezug auf rechtsextreme, antisemitische oder rassistische Aktivitäten sowie weitere demokratie- und rechtstaatsfeindliche Phänomene zu sensibilisieren und ihnen

die Möglichkeit zu geben, aktiv Demokratie mitzugestalten.

Beim gemeinsamen Fototermin gaben Landrat Kalb und Oberbürgermeister Starke offiziell den Startschuss für das Projekt. Ab sofort können sich gemeinnützige Organisationen um Mittel bewerben, mit denen Einzelprojekte gefördert werden. Weitere Informationen gibt es unter www.demokratie-leben-bamberg.de.



Freuen sich gemeinsam über die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung (v.l.): Stephanie Deimhard, Abteilungsleiterin des Amtes für Jugend und Familie, Jugendamtsleiterin Dietmar König, Kuratoriumsvorsitzender der Jugendsozialstiftung Dr. Bernd Rieder, Landrat Thomas Karmasin, stv. Vorsitzender des Kuratoriums Philippe Raths und Brigitte Maier, Koordinierungsstelle der Familienstützpunkte im Landkreis Fürstfeldbruck

Bild: LRA FFB

Kooperationsprojekt für Familien mit Fluchterfahrung:

„Gemeinsam spielen und lernen. Willkommen mit Impuls“ startet

„Hand in Hand für Familien“, so lautet der Slogan der Familienstützpunkte im Landkreis Fürstfeldbruck. Mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Kooperationsvereinbarung zwischen der Jugendsozialstiftung der Familie Dr. Rieder und dem Amt für Jugend und Familie des Landratsamts Fürstfeldbruck geht ein Pilotprojekt an den Start, bei dem verschiedene Akteure ein neues familienbildendes Angebot „Hand in Hand“ für Familien mit Fluchterfahrung in die Praxis umsetzen. Angeregt wurde das Projekt von der Jugendsozialstiftung.

Unter dem Namen „Gemeinsam spielen und lernen. Willkommen mit IMPULS“ lernen insbesondere Mütter mit kleinen Kindern ausgewählte, altersgerechte Aktivitäten kennen, mit denen sie im Alltag ihre Kinder spielerisch in ihrer Entwicklung begleiten können. Eigens für dieses Angebot weitergebildete Laien leiten die Gruppen, unterstützt von den Fachkräften der Familienstützpunkte. Die Spiel- und Lerneinheiten in den kleinen Gruppen fördern den Zugang zur deutschen Sprache und Kultur und

vermitteln Wissen über Erziehung und Elternverantwortung.

Die Übernahme der Kosten in Höhe von ca. 7.500 Euro für die Schulung, das Spiel- und Lernmaterial der IMPULS Deutschland Stiftung e.V. und die Personalkosten im ersten Jahr durch die Jugendsozialstiftung Familie Dr. Rieder ermöglicht die Umsetzung und Erprobung des Konzeptes an zwei Familienstützpunkten im Landkreis unter der fachlichen Begleitung durch die Koordinierungsstelle für Familienbildung im Amt für Jugend und Familie.

Denkmalschutz im Landkreis Günzburg:

70.000 Euro Fördermittel von der Bayerischen Landesstiftung

Die Kirche Mariä Opferung in Großanhausen wird statisch saniert und neu eingedeckt, die Bayerische Landesstiftung unterstützt die Aufwertung mit 25.000 Euro. Ein Bürgerhaus in Leipheim wird mit 45.000 Euro gefördert.

Günzburg. Die Bayerische Landesstiftung stellt Kulturdenkmälern und besonderen Bauprojekten im Landkreis Günzburg Fördergelder in Höhe von insgesamt 70.000 Euro zur Verfügung, wie Landtagsabgeordneter Alfred Sauter mitteilt. Das ehemalige Gasthaus zum Ochsen in der Marktstraße Leipheim erhält mit 45.000 Euro die höchste Förderung. Der katholischen Kirche Mariä Opferung in Großanhausen bei Burgau erteilt die Münchner Stiftung einen Förderzuschlag in Höhe von 25.000 Euro.

„Der Zuschuss der Landesstiftung unterstreicht die besondere Bedeutung der Bauprojekte in Leipheim und Burgau“, sagt Sauter. Die Fördergelder werden seit 1972 nur an modellhafte und überregional bedeutende Bauprojekte vergeben. „Wir haben eine lebendige Heimat mit eigenständigem Charakter“, so der Stimmkreisabgeordnete. „Sie weist eine Vielzahl an kulturell bedeutsamen Bauwerken und beachtlichen Denkmälern auf. Mithilfe der Landesstiftung bewahren wir unsere Kulturgüter, bringen neuen Glanz und weitere Lebensqualität in unsere Dörfer und Städte.“

„Die großzügige Zuwendung der Stiftung freut uns sehr“, sagt Leipheims Bürgermeister Christian Konrad. „Im aktuell leerstehenden Gebäude werden zukünftig Wohnungen, Büro- sowie Gastgewerbeflächen entstehen. Die Renovierung wertet unser Stadtbild auf und bringt neues Leben ins Zentrum.“

Römische Funde verweisen auf eine frühe Besiedlung Großanhausens. Erstmals urkundlich erwähnt ist der Ort 1207. Die heutige Kirche stammt aus dem Jahr 1795. Blickfang ist das Alterswerk des Künstlers Johann Baptist Enderle: Auf den beiden Fresken sind Szenen zur Geburt Jesu dargestellt, wie die Anbetung an der Krippe durch die Hirten sowie die Heiligen Drei Könige. Die Bayerische Landesstiftung leistet mit den Fördergeldern einen Beitrag dazu, dass die Kirche statisch saniert und das Dach neu gedeckt werden kann. **Charlotte Pross**

Schwandorf und Wunsiedel sind Kulturstädte:

Grenzüberschreitendes Leuchtturmprojekt

Finanzminister Albert Füracker: Über 593.000 Euro für EU-Projekt Kulturstadt Bayern-Böhmen

„Der Grenzraum zu unserem Nachbarn Tschechien ist eine einzigartige attraktive Heimat zum Leben und Arbeiten – und ein attraktiver traditionsreicher Kulturraum im Herzen Europas. Wo immer wir unsere Stärken gemeinsam nutzen, wird der Grenzraum zum gemeinsamen Begegnungsraum. Gerade hier trägt unsere bayerische Heimatstrategie Früchte. Motor des Erfolgs ist das Bayerisch-Tschechische Entwicklungsgutachten. Ein Leuchtturmprojekt im Nachgang zum Entwicklungsgutachten für den bayerisch-tschechischen Grenzraum ist das Projekt Kulturstadt Bayern-Böhmen. Das Heimatministerium unterstützt den Projektträger Bavaria Bohemia e.V./ Centrum Bavaria Bohemia mit Sitz in Schönsee mit mehr als 593.000 Euro, das sind 90 Prozent der Gesamtkosten“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit.

Das Projekt Kulturstadt Bayern-Böhmen sieht zwei „Kulturstädte“ in der Oberpfalz und in Oberfranken vor, die Städte Schwandorf und Wunsiedel.

Magnetwirkung für Tourismus

Das Projekt dient der Wahrnehmung der Grenzregion als attraktiver Kulturstandort. Mit seiner damit verbundenen Magnetwirkung für Tourismus werden zusätzliche wirtschaftliche Impulse ausgelöst. Das Kulturvorhaben fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit über neue Partnerschaften. Das Centrum Bavaria Bohemia e.V. organisiert Veranstaltungen im Rahmen der „Kulturstadt Bayern-Böhmen“ mit einem breiten bayerisch-tschechischen Kulturprogramm und einer „Woche der Nachbarn“ mit Beiträgen der gesamten bayerisch-tsche-

chischen Grenzregion. Zahlreiche Einzelveranstaltungen in den Kulturstädten Schwandorf im Jahr 2020 und Wunsiedel in 2021 werden unter dem Dach der „Kulturstadt Bayern-Böhmen“ gebündelt, aber in örtlicher Eigenverantwortung organisiert. Dabei erstellt der Projektträger ein Gesamtkonzept einschließlich Terminplanung, Rahmenorganisation für Veranstaltungen, PR, Marketing und Homepage. Ein Kulturstadtpavillon dient als Markenzeichen vor Ort.

„Ende 2019 jährt sich der Fall des Eisernen Vorhangs zum 30. Mal. Auch knapp 30 Jahre danach wollen wir weiter an der Brücke zwischen West und Ost bauen. Der Grenzraum zu unserem Nachbarn Tschechien ist eine einzigartige attraktive Heimat zum Leben und Arbeiten in der Mitte Europas“, betont Füracker. □

Endspurt für Wohnsiedlung auf dem Klosteranger in Weyarn

Vor den Toren Münchens entwickelt sich die Klostergemeinde Weyarn zum Quartier mit Vorbildcharakter. Wo sich anfangs nur ein brachliegendes Anger befand, steht jetzt ein besiedeltes Wohngebiet. Ende Februar starteten die Arbeiten für den letzten Bauabschnitt, in dem weitere 22 Wohneinheiten hinzukommen.

Noch heute machen die alten Klosteranlagen des ehemaligen Augustiner Chorherrenstift den Charme des Ortes Weyarn aus, der seinen ursprünglichen dörflichen Charakter beibehalten hat. Knapp 40 Kilometer von München entfernt nimmt der Klosteranger nach insgesamt achtjähriger Bauphase seine finale Gestalt an: Zwei Doppelhäuser und vier Reihenhäuser mit 22 Wohneinheiten müssen noch fertiggestellt werden, dann ist die Wohnsiedlung mit insgesamt 153 Wohneinheiten komplett. Die neuen Wohnungen, die bis 2021 bezugsbereit sein werden, entstehen im nördlichen Abschnitt des Areals. Bei den Reihenhäusern kommt nach den Entwürfen von LBGO-Architekten aus München ein Konzept zum Einsatz, das sich in der Wohnsiedlung bereits bewährt hat: eine je nach Gebäude unterschiedliche Kombination aus Atelier-, Galerie- und Lofthaus. „Hier entsteht eine besondere Symbiose aus Altem und Neuem. Mit den neuen Wohneinheiten und der sehr gut ausgeprägten Infrastruktur machen wir Wohnen auf dem Land wieder attraktiv“, sagt Dr. Max von Bredow, Vorstandsvorsitzender der Quest AG.

Lean Construction

Kurz vor Fertigstellung der letzten Wohneinheiten besteht die Herausforderung im letzten Bauabschnitt darin, dass jetzt nicht mehr auf der „grünen Wiese“ gebaut wird und der Platz durch die bereits fertiggestellten Häuser begrenzt ist. Drees & Sommer sorgt mit der Management-Methode Lean Construction dafür, dass der letzte Abschnitt effizient, schnell und

stabil umgesetzt werden kann. Dabei werden die aus der Automobilindustrie stammenden Lean-Prinzipien auf das Bauprojekt übertragen um Prozesse auf den Tag genau durchzutakten und die Kommunikation zwischen den einzelnen Gewerken zu fördern. So wurde bereits in der Planung klar festgelegt, welche Mitarbeiter, Maschinen und Baumaterialien zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort benötigt werden, sodass die einzelnen Gewerke Hand in Hand arbeiten können. „Gesteuert wird die Baustelle mit einer Planungsmappe mit Steckkarten. Sie macht deutlich, welches Gewerk mit welchen Arbeiten wo steht. Dadurch können wir Zeit und Kosten einsparen, Abläufe optimieren und Fehler vermeiden“, erklärt Josef Scharnagl, Projektpartner bei Drees & Sommer.

Im Einklang mit der Natur

Die Natur nimmt in der Wohnsiedlung eine wichtige Rolle ein. Viele Grünflächen prägen die Ortsmitte. Sie ist nur für Fußgänger und Radfahrer zugänglich. Die Flächen erstrecken sich bis auf das begrünte Dach des Supermarktes, der sich dadurch besonders gut in die Umgebung einfügt. Alle Häuser haben einen Garten, sie sind in nachhaltiger Bauweise erstellt, Fassadenelemente sind aus Holz und bei der Ausstattung kommen hochwertige Naturmaterialien zum Einsatz. Auch die Beheizung erfolgt umweltschonend über ein intelligent gesteuertes Nahwärmenetz. Dafür sind alle Gebäude an ein Hackschnitzelkraftwerk der Gemeinde angeschlossen. Es wird nur Restholz verwendet, das bei der nachhaltigen Holzzernte anfällt. □



Von links: Rainer Ankenbrand (Sparkasse Mainfranken Würzburg, stellv. Vorstandsmitglied und Bereichsdirektor Unternehmensentwicklung), Dr. Hülya Düber (Sozialreferentin Stadt Würzburg), Stefan Moos (Leiter der vhs Würzburg und Umgebung), und Sabine Klingert (Aktivbüro und Freiwilligenagentur), Christian Holzinger (Leiter Aktivbüro)

Bild: Kristina Gorr

Werde „MAIN-Held*in“

Neues Fortbildungsprogramm für Ehrenamtliche

Gemeinsam mit der vhs Würzburg und Umgebung legt die Freiwilligenagentur Würzburg erstmals ein Fortbildungsprogramm für Ehrenamtliche auf. Das Programm erscheint zweimal jährlich, jeweils im Frühjahr und im Herbst, mit fünf Modulen: **Soft Skills, Recht, Informations- und Datenverarbeitung, Gesundheit und Sprache & Kultur.** Alle Fortbildungen können im ersten Jahr durch die finanzielle Unterstützung der Sparkassenstiftung für Ehrenamtliche kostenfrei angeboten werden.

Für besonders fleißige Weiterbildungsinteressierte Ehrenamtliche hat sich die Freiwilligenagentur einen extra Anreiz überlegt: „MAIN-Held*in“ kann werden, wer mindestens vier von fünf Modulen absolviert. Selbstverständlich können die Module auch über einen längeren Zeitraum absolviert werden. Dieser zusätzliche Einsatz wird mit einem Zertifikat als Qualifikationsnachweis belohnt.

Freiwilligenagentur Würzburg

Das kostenfreie Weiterbildungsangebot soll Ehrenamtliche in Würzburg für den Einsatz weiterbilden und das Engagement anerkennen. Denn viele Bereiche des öffentlichen Lebens wären ohne ehrenamt-

liches Engagement nicht denkbar. Ob Feuerwehr, Vereine oder im Elternbeirat der Schule – der freiwillige Einsatz für die Mitmenschen und die Stadtgesellschaft braucht gute Rahmenbedingungen. Hier setzt die Freiwilligenagentur Würzburg an. Sie wurde im November 2017 gegründet und ist ein Kooperationsprojekt der Stadt Würzburg mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Würzburg Mainfranken. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, bürgerschaftliches Engagement in Würzburg zu fördern und Menschen und Organisationen rund um das Thema Ehrenamt zu beraten.

Das gesamte Programm ist ab sofort online unter www.wuerzburg.de/freiwilligenagentur zu finden. □

Dem Klimawandel auf der Spur

Erste Schüler-Klimawoche der MINT-Region Münchner Umland

Klimawandel und Klimaschutz sind hochaktuelle Themen. Das Klima ändert sich unaufhaltsam – und das bringt unterschiedlichste Auswirkungen für uns alle mit sich. Häufig auf gesellschaftspolitischer Ebene diskutiert, wird nicht immer deutlich, dass jeder von uns etwas tun kann, um dem Klimawandel entgegen zu wirken.

Vor diesem Hintergrund haben die Landkreise München und Dachau in Kooperation mit der Klima- und Energieinitiative 29++ des Landkreises München und den Kreisjugendringen München und Dachau sowie dem MINT-Campus Dachau die Schüler-Klimawoche ins Leben gerufen. Ihr Ziel: jungen Menschen klimabewusstes Denken und Handeln näherzubringen. Die erste Schüler-Klimawoche findet vom 11. bis 14. Juni 2019 statt.

Spannendes Ferienprogramm für Entdeckerinnen und Entdecker

Vier Tage lang sollen interessierte Schülerinnen und Schüler der siebten bis neunten Klassen aller Schularten aus den beiden Landkreisen mit der Klimawoche für das Thema sensibilisiert und mit dem nötigen Wissen und Handlungsideen ausgestattet werden, um sich aktiv für den Klimaschutz einzubringen. Im Rahmen der Klimawoche, die im Ferienprogramm der Kreisjugendringe München und Dachau angeboten wird, erforschen die Jugendlichen unter Anleitung der Expertinnen und Experten des KJR, was unter „Klima“ überhaupt zu verstehen

ist, wo Gefahren für unser Klima lauern, wie klimagerechtes Verhalten aussehen kann und welche Strategien bzw. Lösungsansätze es für den Klimaschutz gibt und welche Berufe es mit Schwerpunkt Klimaschutz gibt.

Vielfältige Themen und Upcycling-Workshop

Die Jugendlichen beschäftigen sich dabei unter anderem mit den Themen Energie, Ernährung und Nachhaltigkeit. Bei einem Upcycling-Workshop lernen sie, wie alte Dinge ganz einfach zu neuen umfunktioniert werden können und so länger im Gebrauch bleiben. Auch Exkursionen, etwa zum Dachau Amper Wasserkraftwerk, stehen auf dem Programm. Darüber hinaus versuchen die Jugendlichen bei eigenen Experimenten beispielsweise, eine Photovoltaik-Anlage im Kleinformat herzustellen. Die Teilnahme an der Schüler-Klimawoche ist kostenfrei.

Schülerinnen und Schüler, die Interesse haben, an der Klimawoche während der Pfingstferien teilzunehmen, können sich unter <https://www.kjr-dachau.de/ferien-freizeit/schueler-klimawoche> informieren und anmelden. □

Über Regionen lässt sich die Welt bewegen!

Zur 20-jährigen Erfolgsgeschichte des Tags der Regionen erscheint die Jubiläumsbroschüre „RegioPioniere“

Der Tag der Regionen: 20 Jahre. 20 000 Aktionen. 20 Millionen Besucher. Deutschlandweit. Über Regionen lässt sich die Welt bewegen heißt der Titel der Jubiläumsbroschüre „RegioPioniere“, in der das Aktionsbündnis nun seine „Best of's“ aus den letzten 20 Jahren präsentiert.

Denn der Tag der Regionen hat viel bewegt seit seiner 1. Auflage im Jahr 1999. Die Jubiläumsbroschüre „RegioPioniere – über Regionen lässt sich die Welt bewegen“ illustriert die Erfolgsgeschichten von über 20 Jahren Tag der Regionen.

Vorstellung der Akteure

Auf 32 Seiten werden neun langjährige Akteure des Tags der Regionen aus verschiedenen Bundesländern mit ihren Aktionen vorgestellt. Bilder und Interviews mit diesen RegioPionieren zeigen eindrucksvoll die

en Herausforderungen auseinandersetzen. Regionalität ist kein exotischer Begriff mehr, sondern in aller Munde. Glaubwürdige Regionalprodukte dafür noch lange nicht auf jedem Teller. Wertvolle Aufklärungsarbeit, wie sie die vielen und vielfältigen Akteure des Tags der Regionen an der Basis betreiben, ist daher nach wie vor unerlässlich.

Weil Heimat lebendig ist

Unter dem Motto „Weil Heimat lebendig ist“ sind auch in diesem Jubiläumsjahr wieder alle Akteure aufgerufen, mit Aktionen zum Tag der Regionen Deutschland zu bewegen und für Chancen und Potenziale regionaler Wirtschaftskreisläufe in einer globalisierten Welt zu werben. Der Aktionszeitraum erstreckt sich vom 27.09.2019 bis zum 13.10.2019, mit dem Kerntag am Erntedanksonntag, dem 6. Oktober.

Broschüre bestellen

Die Broschüre „RegioPioniere“ bietet neben Erfolgsgeschichten auch Inspiration und Organisationshilfen für Akteure, die Tipps und Anregungen für Ihren Tag der Regionen suchen. „RegioPioniere – über Regionen lässt sich die Welt bewegen“ kann auf der Website des Tags der Regionen unter <https://www.tag-der-regionen.de/mitmachen/werbe-und-infomaterialien/bestellformular.html> bestellt werden. □



Motivationen und Ziele, Highlights, aber auch die Veränderungen, die die Akteure in ihren Regionen sehen.

Seit dem ersten Aktionstag „Tag der Regionen“ vor 20 Jahren müssen sich die Akteure mittlerweile mit vielen neu-

„Soziale Stadt Kempten-Ost“

Vorbereitende Untersuchungen abgeschlossen und Quartiersmanagement auf den Weg gebracht

Der Stadtrat der Stadt Kempten hat auf der Grundlage von Vorbereitenden Untersuchungen die Einrichtung eines Sozialen Stadt-Gebiets für den Stadtteil Kempten-Ost (Auf dem Lindenberg und Bühl-Ost) beschlossen.

In den nächsten 10 Jahren sollen in Kempten-Ost umfassende städtebauliche und sozialintegrative Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil umgesetzt werden. Der Abschlussbericht der Vorbereitenden Untersuchungen inklusive einer Auflistung möglicher Maßnahmen für Kempten-Ost steht unter <https://www.kempten.de/soziale-stadt-983.html> zum Download zur Verfügung.

Einrichtung eines Quartiersmanagements

Grundvoraussetzung für die Koordination der Sozialen Stadt Kempten-Ost ist die Einrichtung eines Quartiersmanagements. Es ist Bindeglied zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und Quartiersbewohnern und Akteuren auf der anderen Seite.

Vorhandene Kräfte bündeln

Mit Hilfe des Quartiersmanagements können die vorhandenen Kräfte im Stadtteil gebündelt werden. Zu den Aufgaben des Quartiersmanagements gehören, neben der Funktion als zentrale Anlaufstelle, v.a. Kooperationen und Netzwerke bilden. Mit Hilfe von Aktionen und Projekten sollen die Quar-

tiersmanager auf die Bewohner und Bewohnerinnen zugehen, mit ihnen ins Gespräch kommen und zur Mitarbeit animieren. Es sollen Selbsthilfekräfte geweckt und Eigeninitiativen der Bewohner und Bewohnerinnen unterstützt werden.

Kooperationsgemeinschaft für zwei Jahre

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28.02.2019 beschlossen, das Quartiersmanagement für die Soziale Stadt Kempten-Ost für die Dauer von zunächst zwei Jahren an eine Kooperationsgemeinschaft aus Diakonischem Werk/Johannisverein Kempten Allgäu e.V. und dem Caritasverband Kempten-Oberallgäu e.V. zu vergeben. Beide Träger haben im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für das Quartiersmanagement erhalten.

Im Mai geht es los

Ab Mai 2019 soll das Quartiersmanagement mit zwei Vollzeitkräften seine Arbeit aufnehmen. Die Quartiersbüros sollen in den Räumlichkeiten der St. Ulrich Kirche (Auf dem Lindenberg) und in der Kindertagesstätte Mikado (Auf dem Bühl) untergebracht werden. □

Niederbayerischer Städtetag in Straubing:

Rathäuser zahlen die Zeche

Als „Schwarzes-Peter-Spiel zu Lasten der Kommunen“ hat der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, den Gesetzentwurf von CSU und Freien Wählern zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen für ältere Bauprojekte bezeichnet. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Bayerischen Städtetags seien empört, unterstrich er bei der Bezirksversammlung des niederbayerischen Städtetags in Straubing, die sich zudem mit den Themen digitale Klassenzimmer und Flutpolder befasste.

Durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes soll die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die von Art. 5a Abs. 7 Satz 2 KAG erfassten Altanlagen in das Ermessen der Kommunen gestellt werden. Nach Buckenhofers Einschätzung „war der Auftritt von Abgeordneten der Regierungskoalition ein durchsichtiger Versuch, vermeintliche Wohltaten zu verkünden“. Die Finanzierung dieser Wohltaten werde allerdings den Kommunen zugeschoben. „Damit kommen zwar einzelne Grundstückbesitzer in den Genuss günstiger Straßen – zahlen muss dafür die Allgemeinheit aller Steuerzahler.“ Der angekündigte Gesetzentwurf schafft keine Klarheit, sondern zusätzlich Verwirrung, monierte Buckenhofer.

Erschließungsbeiträge: Verwirrender Vorstoß

Die bisherige Rechtslage, wonach Kommunen verpflichtet sind, ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen und Erschließungsbeiträge für sog. Altanlagen zu verlangen, wurde durch die Koalitionsabgeordneten seit der Landtagswahl immer wieder in Frage gestellt. Daher hat sich der Bayerische Städtetag wiederholt an Innenminister Joachim Herrmann gewandt und um Klarstellung der Rechtslage gebeten. Statt einer Ant-

wort wurden die Kommunen nun mit einem Vorstoß zu einer Gesetzesänderung überrascht. Buckenhofer: „Wer etwas verspricht, muss auch bezahlen. Die Freien Wähler und die CSU versprechen Freibier, aber überlassen die Rechnung den Rathäusern und damit allen Steuerzahlern.“

Kommunalfindliche Behauptung

Dass die Vertreter der beiden Fraktionen in ihrer Pressekonferenz behauptet haben, die Kommunen würden nun vom Staat Klarstellung und Geld bekommen, ist aus Sicht des Bayerischen Städtetags unbefriedigend und kommunalfindlich. Die zur Diskussion stehenden Straßen seien von den Kommunen gerade nicht absichtlich 25 Jahre liegen gelassen worden, „sondern es entsprach in vielen Fällen dem Wunsch der Bürger, diese Straßen nicht erstmalig herzustellen, oder den Kommunen wurde der notwendige Grunderwerb verweigert, um eine Beitragspflicht gar nicht erst entstehen zu lassen“, erklärte Buckenhofer. „Dass Landtagsabgeordnete jetzt den Eindruck herbeireden, die Bürgermeister, die das geltende Gesetz ordnungsgemäß vollziehen, würden unnötigerweise die Bürger zur Kasse bitten, stößt die

Kommunalpolitiker vor den Kopf.“

Digitale Klassenzimmer

Stichwort Ausbau der digitalen Klassenzimmer: Hier reicht es nach Ansicht vieler Bürgermeister nicht aus, wenn sich der Freistaat bei der Finanzierung der IT-Ausstattung an Schulen nur mit einer befristeten Anschubfinanzierung beteiligt. Nach Erfahrung der Städte und Gemeinden stehen zu wenig Fördermittel für Investitionen, für den laufenden Betrieb und die Systembetreuung zur Verfügung. Wie Buckenhofer hervorhob, muss der Freistaat seiner Mitverantwortung für die digitale Infrastruktur an Schulen stärker als bislang gerecht werden. „Die Hoffnungen richten sich darauf, dass die Staatsregierung eine dauerhafte Förderung des digitalen Klassenzimmers und insbesondere für die Systembetreuung auf den Weg bringt.“

Für gleiche Bildungschancen

Das erklärte Ziel der Staatsregierung seien gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Hierfür brauche es gleiche Bildungschancen in allen Landesteilen. Buckenhofer: „Die Bildungsqualität darf nicht davon abhängen, in welcher Region ein Kind zur Schule geht. Die Ausstattung eines digitalen Klassenzimmers darf nicht von der Finanzkraft einer Kommune bestimmt sein, denn dann wären Schüler in strukturschwachen Regionen benachteiligt. Damit alle Kinder in allen Schulen Bayerns gleiche Chancen erhalten, braucht es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung und IT-Anwendung.“ Nötig seien digitale Lern- und Lehrstrategien und die Qualifizierung der Lehrkräfte.

Der Bayerische Städtetag erwartet, dass sich der Freistaat

angemessen an den Kosten des Investitionsaufwands für die IT-Ausstattung an Schulen beteiligt. Darüber hinaus geht es um die Kosten für die Wiederbeschaffung von Geräten, die Aktualisierung der Software und die Pflege der IT-Systeme. Laut Buckenhofer ist ein befristetes Anschubprogramm zur Digitalisierung von Klassenzimmern nur ein erster Schritt, da die Ausstattung wegen des technologischen Fortschritts und der begrenzten Lebensdauer der Geräte ebenso eine Daueraufgabe ist wie die Systembetreuung.

Die Finanzierung dieser Zukunftsaufgabe dürfe nicht allein den Kommunen auferlegt werden. Die Kommunen warteten seit geraumer Zeit auf die angekündigten Bundesmilliarden zur Digitalisierung der Schulen. Auf Bayern dürften nach ersten Schätzungen rund 770 Millionen Euro entfallen.

Unverzichtbare Polder

Auf den Nägeln brennt der Solidargemeinschaft der Donaurainer die Polder-Thematik. Wie bei der Tagung verlautete, werden die Pläne der neuen Staatsregierung, einige geplante Hochwasserschutz-Flutpolder nicht mehr zu errichten, äußerst kritisch gesehen. Doch besteht nach Auffassung des Bezirksvorsitzenden des Städtetags Niederbayern und Oberbürgermeister der Stadt Deggendorf, Dr. Christian Moser, durchaus Hoffnung. Umweltminister Thorsten Glauber habe in einem Schreiben erklärt, „dass es nicht so einfach ist, auf Polder zu verzichten“. Offensichtlich sei somit auch der Staatsregierung klar, dass am bestehenden Polderkonzept weiter festgehalten werden soll.

Das Konzept des Freistaats sieht vor, entlang der Donau mehrere solcher Polder zu schaffen, die in einem extremen Hochwassers ereignis gezielt geflutet werden. Ein Überströmen der Deiche, die lediglich auf hundertjährige, teilweise sogar nur auf dreißigjährige Hochwasserereignisse ausgelegt sind, soll so verhindert werden. **DK**

Entwicklung der Region München:

Mobilitätsverbund und Bevölkerungsprognosen

In der jüngsten Sitzung des Regionalen Planungsverbands München (RPV) in Oberhaching präsentierte Dr. Bernd Rosenbusch, Geschäftsführer der Münchner Verkehrsverbund GmbH (MVV), Konzepte zum Wandel des MVV hin zum Mobilitätsverbund. RPV-Geschäftsführer Christian Breu erläuterte die Bevölkerungsprognosen für die Jahre 2017 bis 2037. Die Gesamtfortschreibung des Regionalplans wurde für verbindlich erklärt und tritt am 1. April 2019 in Kraft.

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch forderte, den Großraum München vom Verkehr zu entlasten und die Mobilität in der gesamten Region sicherzustellen. Der gesamte Ballungsraum sei mobil, im Umkreis von mehr als 50 Kilometern pendelten die Arbeitnehmer. „Der Stau beginnt de facto schon in den Kreisstädten“, führte Rosenbusch aus. Und besonders an den Grenzen zum MVV-Gebiet leiden Gemeinden unter dem Autoverkehr. Verkehrsbelastung beginne im Außenraum der Region, dort gebe es allerdings noch keine nennenswerten und wirtschaftlichen Mobilitätsangebote wie Car, Bike Sharing oder gute Bedarfsverkehre als Zubringer zu den Regionalzügen.

Verkehrsbelastung

Abhilfe könne nur ein Mobilitätsverbund der Region München bringen: mit Schienen- und Tarifintegration der noch verbundfreien Gebiete sowie einer gemeinsamen, kundenfreundlichen Plattform für alle Mobilitätsangebote der Region München im Innen- und Außenraum. Die Basis dafür stellen ein starker ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und die Integration aller neuen Mobilitätsformen und -angebote dar, um Attraktivität, Akzeptanz und Nutzung bei den Pendlern zu erhöhen. Rosenbusch führte die Vorgehensweise aus: „Für eine echte Verbundintegration der noch nicht im MVV beteiligten Landkreise mit einem Tarif und abgestimmten Fahrplänen sind folgende Schritte nötig: Erhebungen durchführen, Nahverkehrspläne ergänzen, den rechtlichen Rahmen anpassen und die Finanzierung sichern.“

Ein Verbund – ein Tarif

Gespräche mit den umliegenden Landkreisen der Region fanden bereits statt, wie etwa mit dem Landkreis Landsberg am Lech oder Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach. Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach wollen zeitnah eintreten, um von einem Verbund und einem einheitlichen Tarif zu profitieren. Rosenbusch stellte fest: „Langfristig ist es für die Landkreise wichtig, bei einem Verbund mitzumachen. Ein einzelner Landkreis kann die Herausforderungen der Digitalisierung, wie elektronische Tarife und neue Vertriebswege, alleine nicht bezahlen und wird sich daher digital ins Abseits führen.“ Ebenfalls stehe der MVV in Sachen Verbund im intensiven Kontakt mit dem bayerischen Staatsministerium.

Bevölkerungsentwicklung Bayern und Region München

RPV-Geschäftsführer Christian Breu erläuterte die Bevölkerungsprognose des Freistaats Bayern, nach der die positive Bevölkerungsentwicklung in vielen Teilen Bayerns bis 2037 anhält. Der Zuwachs erfolge überwiegend aus dem Ausland. Bayernweit gebe es allerdings deutliche Unterschiede. So werde Bayern voraussichtlich um 480.000 Einwohner wachsen, von jetzt 13,0 auf 13,48 Millionen Einwohner in 2037. Dieses Wachstum finde überwiegend in der Region München statt: plus 320.000 der bayernweit 480.000 Einwohner. Allerdings falle das Wachstum prozentual geringer aus als früher.

Region München 2037 jüngste Region Deutschlands

Ohne Zuwanderung würde der Freistaat wegen des seit längerem bestehenden Geburtendefizits schrumpfen. Auch wenn das Durchschnittsalter der Zuwanderer deutlich geringer ist als das der Bestandsbevölkerung, werde sich die Altersstruktur in Bayern drastisch wandeln. Grund dafür seien die geburtenstarken Jahrgänge (ca. 1959 bis 1969) der Babyboomer-Generation. Das Durchschnittsalter im Freistaat steige von jetzt 43,7 auf 46 Jahre bis 2037 an.

In der Region München falle die Entwicklung bei Altersdurchschnitt und -aufbau der Bevölkerung durch eine altersselektive Zuwanderung junger Menschen aus dem Ausland (vor allem zwischen 18 und 30 Jahren) positiv aus. „Die Region München wird im Jahr 2037 eine der jüngsten Regionen deutschlandweit sein“, betonte Breu. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bürgermeisterwahlen:

Bayerische Ergebnisse

In mehreren bayerischen Orten haben Bürgermeisterwahlen stattgefunden. Neuer Rathauschef in Waging am See (Landkreis Traunstein) ist der bisherige zweite Bürgermeister Matthias Baderhuber. Der CSU-Politiker erhielt 71 Prozent der Stimmen. Seine Gegenkandidaten Walter Wimmer (Grüne) und Beppo Hofmann (UGW) kamen auf 14,9 Prozent bzw. 14,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,1 Prozent.

Ahorntal

In Ahorntal (Landkreis Bayreuth) triumphierte Florian Questel und ist damit der erste grüne Bürgermeister in Oberfranken. Bei einer Wahlbeteiligung von 83,4 Prozent setzte sich der 38-Jährige mit 71,8 Prozent gegen seinen Mitbewerber Stephan Wickles von der Wahlgemeinschaft durch, der 28,2 Prozent auf sich vereinte.

Bayerisch Gmain

Neuer erster Bürgermeister in Bayerisch Gmain (Landkreis Berchtesgadener Land) ist Armin Wierer (FWG). Er erreichte bei der Stichwahl 61,1 Prozent der Stimmen. CSU-Kandidat Wilhelm Färbingler kam auf 38,9 Prozent. Die Beteiligung betrug 49 Prozent. Die Wahl war nötig geworden, nachdem CSU-Bürgermeister Hans Hawlitschek aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden war.

Hainsfarth

In der Gemeinde Hainsfarth (Landkreis Donau-Ries) hat sich bei der Wahl zum neuen Bürgermeister Klaus Engelhardt mit 93,4 Prozent durchgesetzt. Er hatte sich als einziger Kandidat um die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen aus-

geschiedenen Amtsinhabers Franz Bodenmüller beworben. Der bisherige Vize war von der neu gegründeten Bürgerliste aufgestellt worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 59 Prozent.

Hopferau

Rudi Achatz (Freie Wähler) heißt der neue Bürgermeister von Hopferau im Landkreis Ostallgäu. Bei der Wahl kam er auf 51,7 Prozent. Karl Hitzelberger (Überparteiliche Wählergemeinschaft) erzielte 33,1, Josef Dopfer (CSU) 15,2 Prozent. Der bisherige Amtsinhaber Gregor Bayrhopf von der CSU war nach 29 Jahren nicht mehr angetreten.

Geroldshausen

Deutlich war der Vorsprung von Gunther Ehrhardt von der Unabhängigen Wählergemeinschaft Geroldshausen/Moos, der in Geroldshausen (Landkreis Würzburg) mit 58,3 Prozent der Stimmen gegen Armin Gardill (Freie Wählergemeinschaft Moos) die Oberhand behielt. Die Abstimmung war nötig geworden, nachdem der langjährige Amtsinhaber Josef Schäfer (Geroldshäuser Liste) aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hatte. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,4 Prozent.

Niederviehbach

Die Wahl zum Bürgermeister von Niederviehbach (Landkreis Dingolfing-Landau) hat Johannes Birkner (CSU) mit 79 Prozent der Stimmen für sich entschieden. Gegenkandidat Josef Retzer (SPD) kam auf 21 Prozent. Die Beteiligung lag bei 60 Prozent. Die Wahl war nötig geworden, nachdem Amtsinhaber Josef Daffner (CSU) bei einem Autounfall tödlich verunglückt war. **DK**

Nürnberg, Augsburg, Lindau:

Paukenschlag im Rathaus

2020 finden in Bayern die Kommunalwahlen statt. In zwei der größten Städte im Freistaat wird dann ein Wechsel des Rathauschefs vollzogen. In Nürnberg gab OB Dr. Ulrich Maly (SPD) bekannt, dass er nicht mehr kandidieren wolle. Kurze Zeit später verkündete auch in Augsburg Stadtoberhaupt Dr. Kurt Gribl (CSU) seinen Rückzug.

Nicht mehr Spitzenkandidat sein zu wollen, sei das Ergebnis einer sehr selbstkritischen Betrachtung, hatte Maly bei einer Pressekonferenz in Nürnberg mitgeteilt. Ein halbes Leben in der Politik sei genug. „Ich hab mal als jüngster Oberbürgermeister einer Großstadt begonnen und bin jetzt der Dienstälteste.“ Er wolle einen Generationswechsel ermöglichen, betonte der beliebte Kommunalpolitiker, der auch einen Wechsel in die Landes- oder Bundespolitik ausschließt. Der 58-Jährige hatte 2002 das Amt von CSU-Oberbürgermeister Ludwig Scholz übernommen. Bei der vergangenen Wahl 2014 hatte sich Maly mit 67,1 Prozent klar gegen seine Konkurrenten durchgesetzt.

Inzwischen hat Thorsten Brehm seinen Hut in den Ring geworfen. Auf einem Parteitag im Mai wird er sich als OB-Kandidat bewerben. Brehm wurde 2008 erstmals in den Stadtrat gewählt, seit 2015 ist er Chef der Nürnberger SPD.

„Einer umfassenden Abwägung vorausgegangen“ ist auch Kurt Gribls Entscheidung, sich „im richtigen Lebensalter“ neu auszurichten. Er habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Letztlich hätten verschiedene Gründe dagegen gesprochen, eine erneute Kandidatur anzustreben. Die Entscheidung sei mit Blick auf die Herausforderungen für die Stadt Augsburg geboten und stehe auch im Einklang mit der Neuausrichtung der CSU, die sich jünger, weiblicher und in ihrer Themenausrichtung gerade in Städten offener darstelle. Der heute 54-jährige Gribl hatte als politischer Seiteneinsteiger bei der Wahl 2008 den amtierenden SPD-Oberbürgermeister Paul Wengert besiegt.

„Seine Entscheidung kommt überraschend, aber verdient Respekt“, hob Ministerpräsident Markus Söder hervor. Zum Glück habe Augsburg eine starke Bürgermeisterin. Denn für die Wahl im März 2020 setzt die CSU nun auf Eva Weber, die seit 2014 als Finanz- und Wirtschaftsreferentin agiert. Allerdings muss die 41-Jährige noch offiziell bei einer Nominierungsversammlung gekürt werden.

Im Frühjahr 2020 stellt der Lindauer Oberbürgermeister Gerhard Ecker (SPD) seinen Posten vorzeitig zur Verfügung. Damit verzichtet der 61-Jährige auf vier Jahre seiner Amtszeit. **DK**

Bezirk Niederbayern installiert einen Fallmanager

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bedeutet einen Kraftakt für die Sozialverwaltung

Der Bezirk Niederbayern schafft in der Sozialverwaltung die neue Stelle eines „Fallmanagers“. Dies hat der Sozialausschuss des Bezirkstages bei seiner Sitzung unter der Leitung von Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl in Landshut beschlossen.

Zum Hintergrund: Träger der Lebenshilfe hatten sich 2017 mit der Bitte um Einberufung eines „Runden Tisches“ an den Bezirk gewandt. Dabei sollte diskutiert werden, wie man intelligenzgeminderte Kinder und Jugendliche mit psychiatrischer Diagnose und zusätzlichen massiven Verhaltensauffälligkeiten adäquater betreuen und begleiten kann. Eine Arbeitsgruppe, die unter anderem mit Vertretern der Regierung von Niederbayern, der Sozialverwaltung des Bezirks, Jugendämtern, der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Trägern der Behindertenhilfe besetzt war, kam zu dem Ergebnis, dass für solche Fälle unter anderem ein Fallmanagement eine geeignete Lösung wäre.

Aktive Fallsteuerung möglich

Das sogenannte Fallmanagement ermöglicht dem Kostenträger eine aktive Fallsteuerung. Die Fallmanagerin/der Fallmanager behält die Fäden bei der Lösung einer Problematik in der Hand und kann bei Bedarf nachsteuern. Damit kommt ihm eine Lotsenfunktion in einem komplexen Prozess mit vielen Beteiligten zu. Da Fallmanagement zeitintensiv ist, soll es nur unter bestimmten Voraussetzungen angewendet werden. Die Entscheidung, welcher Einzelfall aufgenommen wird, trifft die Fallmanagerin/der Fallmanager. Die Leiterin der Sozialverwaltung, Irmgard Kaltenstadler, sagte, falls sich dieses Instrument in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bewähren sollte, sei an die Ausweitung auf den Erwachsenenbereich gedacht.

Den Sozialausschuss des Be-

zirkstags Niederbayern beschäftigte überdies der Sachstand beim komplexen Thema Bundesteilhabegesetz (BTHG). Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23. Dezember 2016 hatte der Gesetzgeber weitreichende Änderungen der Eingliederungshilfe beschlossen, die sich direkt auf die Menschen mit Behinderungen, Leistungsträger und Leistungserbringer auswirken. Dabei handelt es sich um den größten Umbruch seit Jahrzehnten im Recht der Eingliederungshilfe.

Orientierung am individuellen Bedarf

Das Bundesteilhabegesetz zielt auf eine konsequente Ausrichtung der Eingliederungshilfe auf eine konkrete Person ab. Damit geht einher, dass sich die Assistenz am individuellen Bedarf der Person mit Behinderung und nicht an der Wohnform, in die diese lebt, orientiert. Daher konzentriert sich die Eingliederungshilfe zukünftig auf reine Fachleistungen. Aus diesem Grund müssen ab dem Jahr 2020 die sogenannten existenzsichernden Leistungen (z. B. für Wohnung, Heizung und Strom) und die Fachleistung in der jetzigen Eingliederungshilfe getrennt werden.

Mehraufwand in der Verwaltung

Die Einführung eines komplett neuen Systems mit völlig neuen Instrumentarien ist so aufwändig, dass in einem ersten Schritt zunächst Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen durch eine Überleitungs-

vereinbarung voneinander getrennt werden. In einem zweiten Schritt wird in der Übergangsphase bis 31.12.2022 die Möglichkeit geschaffen, in einem stabilen Umfeld neue, stärker personenzentrierte Fachleistungen und landesweite Finanzierungssystematiken zu entwickeln, modellhaft einzuführen und zu prüfen. Gleichzeitig wurde ein Berechnungstool erarbeitet, das die kalkulatorische und verwaltungstechnische Umsetzung der Übergangsvereinbarung für alle vollstationären Eingliederungshilfeeinrichtungen in Bayern ermöglicht.

Durch diese Aufteilung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen der Eingliederungshilfe entsteht für die Leistungserbringer (Träger der Wohnheime) ein erheblicher Verwaltungsmehraufwand. Für diesen Mehraufwand erhält der Leistungserbringer ab 2020 vom Bezirk Niederbayern einen Überleitungszuschlag in Höhe von 1,98 Euro pro Platz und Tag. In der Übergangsphase dürften die jährlichen Kosten für den Zuschlag rund 1,4 Millionen Euro betragen.

Der Bezirk fördert vier Einrichtungen

Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Niederbayern stimmte dem Raumprogramm für 24 Plätze in gemeinschaftlichen Wohnformen der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg e. V. in Mitterfels zu. Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Neubau für geistig und mehrfach behinderte Menschen und für Menschen mit erworbener Hirnschädigung. Die bauliche Struktur der Wohnanlage geht auf Menschen mit unterschiedlichen Handicaps ein. Die von der Regierung von Niederbayern als förderfähig festgestellten Gesamtkosten der Wohnanlage wurden in Höhe von rund 4,82 Millionen Euro genehmigt. Die Förderung des Bezirks Niederbayern erfolgt in Höhe von 10 Prozent, somit 482.070 Euro.

Wohnrichtung in Viechtach

Der Sozialausschuss genehmigte darüber hinaus den Kosten- und Finanzierungsplan für die geplante Wohnrichtung der Lebenshilfe Regen für behinderte Menschen mit 24 Plätzen und sieben Förderstättenplätzen in Viechtach. Die Wohnplätze werden verteilt auf eine Wohnpflegegruppe mit acht Plätzen für Rollstuhlfahrer, eine Wohngruppe für Werkstattgänger mit zehn Plätzen (vier davon für Rollstuhlfahrer) sowie eine Wohngruppe mit sechs Plätzen für Menschen mit schwerster, ausschließlich körperlicher Behinderung. Die Förderung des Bezirks Niederbayern erfolgt in Höhe von zehn Prozent – 520.730 Euro für Wohn- und Wohnpflegeplätze und 92.050 Euro für die Förderstätte.

Der Sozialausschuss anerkennt den Bedarf von vier weiteren Plätzen in der Förderstättengruppe der Lebenshilfe Landshut e. V. in Kelheim und stimmt einer Erhöhung von sechs auf zehn Förderstättenplätze zu.

Dem Kosten- und Finanzierungsplan für das geplante Wohnheim der Barmherzigen Brüder gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH für autistische Menschen mit 24 Plätzen und einer Förderstätte mit 36 Plätzen in Arnstorf wurde ebenfalls zugestimmt. Die Förderung des Bezirks beträgt 536.800 Euro für das Wohnheim und 474.970 Euro für die Tagesstätte.

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Gender-Sternchen, Binnen-I, Schrägstrich-in – es gibt ja jede Menge Ideen, die Sprache in den Dienst des antipatriarchalischen Kampfes und der geschlechtersensiblen Gesinnung zu stellen. Sind sich die Apologeten dieser Bestrebungen bewusst, wie sehr sie damit der Ästhetik der Sprache und der Lesbarkeit von Texten schaden?“ Mein Chef, der Bürgermeister, will unbedingt den Grundgedanken des Aufrufs „Schluss mit dem Gender-Unfug“ unterstützen.

Namhafte Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Politiker, aber auch einfach nur von den Auswüchsen der gendergerechten Sprache genervte Bürgerinnen und Bürger haben sich in einem Aufruf dagegen gewehrt, dass immer öfter künstliche Sprachkonstruktionen die

Der Mensch zählt und nicht das Symbol

Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuellen Identitäten manifestieren sollen, auch und gerade in Zusammenhängen, die nichts mit dem Geschlechterkampf zu tun haben.

Ein schönes Beispiel sind die im letzten Absatz erwähnten Bürgerinnen und Bürger, die den schlachten Bürger der 60er und 70er Jahre ersetzt haben. Daran hat man sich gewöhnt und eine solche Paarbildung stört weder den Lesefluss noch hindert es die mündliche Kommunikation, vor allem, wenn man es nicht übertriebt. Unvergessen hier der ehemalige Münchner Oberbürgermeister Ude, der so extensiv doppelte, dass der milde Spott des Nockherberg-Spiels ihm einmal die „sehr verehrten Telefonhörerinnen und Telefonhörer“ andichtete.

Gut auch, wenn man Doppelungen durch einen neutralen Begriff ersetzen kann, wie die Lehrerinnen und Lehrer durch Lehrkräfte. Schwindig wird einem allenfalls bei Studierenden und Fahrradfahrenden, weil man sich ernsthaft fragt, ob eine Studentin keine Studentin mehr ist, wenn sie gerade nicht studiert, sondern ein Bier trinkt, oder ob ein Fahrradfahrer diese Eigenschaft verliert, wenn er an der roten Ampel steht und von Rad absteigt. Vielleicht sprechen wir auch bald von Beschulten, statt von Schülerinnen und Schülern? Grenzwertig auch, wenn der oder die

Vorsitzende der Stadtratsfraktion zum vorsitzenden Mitglied und damit zu so etwas wie einem Neutrum wird.

Insofern wünsche ich der Bundeswehr eine glückliche Hand bei der Frage, ob der weibliche Hauptmann künftig Hauptmännin (wohl nicht ernsthaft!) oder Hauptfrau heißen soll, da die naheliegende Hauptperson aus Gründen des Satireschutzes wohl ausfällt. Übrigens hilft hier ein Blick über die Südgrenze: Wenn eine Frau die (zivile) Bezirkshauptmannschaft in Österreich leitet, heißt sie Bezirkshauptfrau. Ganz einfach!

Verkompliziert hat alles das Bundesverfassungsgesetz mit der Anerkennung des so genannten dritten Geschlechts. Seither herrscht bei den Arbeitgebern im Lande eine solche Panik vor einer Diskriminierungsklage seitens eines*r der/die/das rund 100.000 Intersexuellen in Deutschland, dass praktisch überall in Stellenanzeigen der Klammerzusatz (m/w/d) angebracht wird. Schöner Nebeneffekt für die Chauvis im Land: Seither werden wieder verstärkt Juristen, Ärzte, Assistenten, Ingenieure gesucht, weil das m/w/d die weibliche Paarform verdrängt. Toller Fortschritt.

Natürlich ist Sprache Ausdruck der Gesinnung. Man kann mit Sprache diskriminieren und ausgrenzen, keine Frage. Aber muss man das Kind mit dem Bade ausschütten? Texte, die von Antragsteller*innen, Bewerberinnen oder Entscheidungsträger/innen/n handeln, kann man schlicht nicht lesen, und vorlesen, also sprechen, kann man sie erst recht nicht (vgl. hierzu Seite 17: „Werde „MAIN-Held*in“).

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt auf den gesunden Menschenverstand. Wenn man in einem Text nach der männlichen oder auch weiblichen Form durch einen Klammerzusatz oder eine Fußnote klarmacht, dass jeweils bis zum Ende immer alle Geschlechter gemeint sind und niemand durch eine Anrede diskriminiert wird, muss das doch reichen. Es zählt der Mensch und nicht das Symbol. Politisch unkorrekt muss ich zum Schluss allerdings von Coco Chanel verweisen: „Die selbstsichere Frau verwischt nicht den Unterschied zwischen Mann und Frau – sie betont ihn.“

the
Sabrina

Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck:

Prädikat für zukunftssträchtiges Programm

Pullach. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Deutsche UNESCO-Kommission haben das Naturerlebniszentrum (NEZ) Burg Schwaneck als besonderen Lernort für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. Bei der feierlichen Verleihung in Bonn nahm Jan Museler als Vorsitzende des Kreisjugendring München-Land, zu dem das NEZ gehört, die Auszeichnung entgegen.

Staatssekretär Christian Luft vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Maria Böhmer, würdigten insgesamt 32 Lernorte, 43 Netzwerke und 6 Kommunen für ihr herausragendes Engagement für Bildung für nachhaltige Entwicklung.

In der Entscheidung der Jury heißt es: „Das Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck des Kreisjugendrings München-Land verfolgt mit einem ganzheitlichen BNE-Ansatz ein umfangreiches Programm, das zugrundeliegende Konzept wurde gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen formuliert. Der eigene Fördertopf für Klimaschutzprojekte von Kindern und Jugendlichen zeigt auf vorbildliche Weise wie eigenverantwortliche Partizipation junger Menschen gelingen kann. Mit dem Konzept „rent a Mitarbeiter“ wird das Lernen von und miteinander innerhalb des Kreisjugendrings gezielt gefördert.“

Das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat fünf prioritäre Hand-

lungsfelder formuliert: Integration der BNE in die Politik und in alle Bildungsbereiche, ganzheitliche Transformation von Lernumgebungen, Kompetenzzentrum bei Multiplikatoren und Lehrenden, Stärkung und Mobilisierung der Jugend sowie Netzwerke, Partnerschaften zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. „In allen fünf Handlungsfeldern sind das Naturerlebniszentrum und zunehmend auch der KJR-München-Land aktiv. Dieses Engagement wurde nun von der deutschen UNESCO-Kommission öffentlich gewürdigt“, freut sich Jan Museler über die Auszeichnung.

Für das NEZ-Team ist sie Ansporn, weiter in diese Richtung zu agieren und Programme sowie Projekte anzubieten, die Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen. Museler: „Wir freuen uns, wenn 2019 noch mehr Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis tolle Klimaschutzprojekte in ihrer Gemeinde durchführen und dafür die Förderung des Landkreises München nutzen.“

Startschuss für neues Medical Valley Center Weiden

Netzwerk in der Metropolregion wächst weiter

Mit der Gründung des neuen Medical Valley Center an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Amberg-Weiden am Campus in Weiden baut der Spitzencampus Medical Valley seine Präsenz auch in den östlichen Ausläufern der Europäischen Metropolregion Nürnberg aus. Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum soll dort den inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Diese bringt einerseits enorme Herausforderungen, andererseits auch große Chancen mit sich. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik setzen hierbei einen Fokus auf die Digitalisierung und wollen gemeinsam die Region als Kompetenzzentrum für Gesundheit im ländlichen Raum etablieren.

Mit dem Medical Valley Center Weiden kommt in der nördlichen Oberpfalz ein weiterer Knotenpunkt zu dem Medical Valley Netzwerk hinzu. „Ein wichtiger Schritt, um das Zukunftsthema Ländliche Gesundheitsversorgung im Medical Valley künftig adäquat zu bearbeiten“, meint der Vorsitzende des Vorstands des Medical Valley EMN e. V. Prof. Dr.-Ing. Erich R. Reinhardt vor dem Hintergrund des inhaltlichen Schwerpunktes des neuen Zentrums am Campus Weiden.

„Konkret wird es darum gehen, neue Technologien und Versorgungsmodelle zu entwickeln, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und unmittelbar in die Gesundheitswirtschaft und -versorgung überführt werden sollen“, erläutert Prof. Dr. med. Clemens Bulitta, Leiter des Instituts für Medizintechnik an der OTH Amberg-Weiden. „Im Fokus steht die Vernetzung aller relevanten Akteure vor Ort.“ Der Dekan der Fakultät Wirtschaftsingenieurwe-

sen, an der die Einrichtung aufhängt ist, setzt darauf, dass unter dem Dach eines virtuellen „Kompetenzzentrums für Gesundheit im ländlichen Raum“ alle Akteure – Wissenschaft, Politik, Versorgung und Wirtschaft – gemeinsam an Lösungen aus der Region für die Region arbeiten werden.

Think Tank für Gesundheitsversorgung

Aus dem Weidener Medical Valley Center heraus werden mit dem Schwerpunkt „(Digital) Rural Healthcare“ Entwicklungsprojekte angestoßen, unternehmerische Aktivitäten stimuliert und Akzente in der Weiterbildung gesetzt werden. Prof. Dr. Steffen Hamm, Professor für Gesundheitswirtschaft an der OTH Amberg-Weiden und Leiter der Gesundheitsregionplus Nordoberpfalz, ist überzeugt, dass konkrete Erfolge dabei helfen werden, sich als Think Tank für das Thema der ländlichen Gesundheitsver-

sorgung zu etablieren: „Mit den nun geschaffenen Rahmenbedingungen wollen wir eine Modellregion innovativer ländlicher Gesundheitsversorgung schaffen.“

Wichtig ist, dass unmittelbar beim Bürger und Patienten eine Wirkung erzielt wird. Mit der Verortung am Gesundheits- und Medizintechnikcampus der OTH Amberg-Weiden stehen uns dafür eine hervorragende Ausstattung und auch die besten Köpfe zu Verfügung.“ Einer davon ist Prof. Dr. med. Stefan Sesselmann, der schon seit Jahren im Medical Valley EMN e. V. die Gruppe für Implantate, Transplantate und Knochenersatzmaterialien verantwortet.

Prof. Dr. Andrea Klug, die Präsidentin der OTH Amberg-Weiden, freut sich über das Vertrauen der Partner: „Dieses neue Zentrum ist auch eine Anerkennung für die großen Anstrengungen und die positiven Impulse, die wir mit Unterstützung der Politik über die Nordbayerninitiative seit Jahren in Forschung und Lehre auf dem Gesundheitssektor erbringen, und eine konsequente Weiterentwicklung unseres Gesundheits- und Medizintechnikcampus Oberpfalz. Dieser soll auch in Zukunft mit neuen Studienangeboten ausgebaut werden und in Forschung und Lehre nationale und internationale Strahlkraft entwickeln.“

Sozialberatung im Landratsamt Regensburg

Fachkraft berät zum Thema Hilfen für Pflegebedürftige und für Menschen mit Behinderung

Die Kompetenzen und Erfahrungen aus den Fachstellen des Landratsamtes und des Bezirks zusammenführen, um die bestmögliche Unterstützung für Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung zu leisten: Dies war die Intention für ein neues Beratungsangebot des Bezirks Oberpfalz, das Landrätin Tanja Schweiger und Bezirkstagspräsident Franz Löffler in einem Pressegespräch im Regensburger Landratsamt vorstellten. Eine Fachkraft der Bezirkssozialverwaltung im Landratsamt Regensburg wird künftig einmal monatlich für Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Regensburg zum Thema Hilfen für Pflegebedürftige und für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen.

„Das neue Beratungsangebot des Bezirks fügt sich sehr gut ein in das bereits bestehende, sehr breite Netzwerk des Landkreises Regensburg, das unsere Fachstelle für Senioren und Inklusion in den letzten Jahren gemeinsam mit den Senioren- und Behindertenbeauftragten des Landkreises auf- und ausgebaut haben“, betonte Landrätin Tanja Schweiger. Mit einer Vielzahl von Initiativen habe der Landkreis in den vergangenen Jahren ein umfassendes Dienstleistungs- und Beratungsangebot geschaffen, das auf eine ausge-

zeichnete Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern stoße.

Umfassendes Dienstleistungs- und Beratungsangebot

„Alle Hilfen aus einer Hand“, brachte Bezirkstagspräsident Franz Löffler das neue oberpfalzweite Beratungsangebot des Bezirks auf den Punkt. Das im letzten Jahr neu geschaffene Bayerische Teilhabegesetz hat die Verantwortung für die ambulante Hilfe zur Pflege, die bisher bei den Landkreisen und kreisfreien Städten lag, den Be-



Landrätin Tanja Schweiger (3. von rechts) und Bezirkstagspräsident Franz Löffler (4. von rechts) stellten das neue Beratungsangebot des Bezirks vor, des Weiteren nahmen am Pressegespräch teil (von rechts): Stefan Steinkirchner, Stellvertretender Leiter des Sachgebiets Senioren und Inklusion am Landratsamt Regensburg, Maximilian Sedlmaier, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamtes Regensburg, Dr. Benedikt Schreiner, Leiter der Bezirkssozialverwaltung, Ekkehard Gauglitz und Nadine Gerl, Mitarbeiter der neuen Beratungsstelle der Bezirkssozialverwaltung.

Bild: Hans Fichtl, Landratsamt Regensburg

zirken im Freistaat übertragen.

Ambulant betreutes Wohnen, Tagespflege, teilstationäre Pflege, Leben im Heim: Es gibt viele Formen der Unterstützung, aber welche passt konkret zum Bedarf des betroffenen Menschen? „Es ist entscheidend, sich rechtzeitig beraten zu lassen“, stellte Löffler fest. Denn angesichts der Vielzahl an Möglichkeiten sind Entscheidungen unter Druck selten die Richtigen, wenn etwa nach einem Krankenhausaufenthalt Mutter oder Vater nicht mehr nach Hause zurückkehren können.

Ekkehard Gauglitz bestätigte aufgrund der Erfahrungen im

Landkreis Cham und in der Stadt Weiden, dass das Beratungsangebot bei den Bürgern sehr gut ankomme. Bisher stünden vor allem Fragen im Bereich Hilfe zur Pflege im Mittelpunkt.

Lebenslange Begleitung

Die Fachberater des Bezirks geben auch Auskunft zu Unterstützungsleistungen des Bezirks für Menschen mit Behinderung. Der Bezirk kann die Betroffenen ein Leben lang begleiten: von der Frühförderung über Hilfen in der Arbeitswelt bis zum ambulant betreuten Wohnen oder dem Aufenthalt in einem Heim. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum Tag der Kommunikation der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Termin: 11. April 2019, Ort: Bayerischer Landkreistag, Kardinal-Döpfner-Straße 8, 80333 München. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Schöne Zahlen für den Landkreis Donau-Ries

Ein neues Plakat zeigt die Stärken der Region

In zahlreichen Statistiken schneidet der Landkreis Donau-Ries in verschiedenen Kategorien hervorragend ab. Vor allem die Zahl der Pendler im Vergleich zu den Auspendlern ist für einen ländlichen Kreis vorbildlich. Auch die Arbeitslosenquote belegt Spitzenplätze. Die Stabsstelle Kreisentwicklung des Landkreises Donau-Ries sammelt die statistischen Daten der Region. Besonders ansprechend wurden die Zahlen und Daten nun auf einem Plakat aufbereitet.

Das neue Plakat „Zahlen.Daten.Fakten.“ des Landkreises Donau-Ries zeigt visuell aufbereitet die Daten der Region. Dabei wurden neben den typischen statistischen Zahlen auch interessante Fakten recherchiert. Dieses sonst sehr theoretische Thema wurde damit nun sehr ansprechend für die Bürgerinnen und Bürger der Region gestaltet.

Aufwändige Illustration

So ist beispielsweise neben der hervorragenden Arbeitslosenquote und dem deutschlandweit 1. Platz im Focus Money Ranking auch die jährlich produzierte Biermenge dargestellt. Alle Städte und besonderen Naturräume im Landkreis sind aufwändig illustriert worden. Viele historische Gegebenheiten, interessante Freizeittipps und erstaunliche

Daten verraten und Bürgern mehr über die eigene Region. Das Plakat kann kostenlos beim Konver-



sionsmanagement des Landkreises Donau-Ries (barbara.wunder@ira-donau-ries.de) bestellt werden. □

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 4. April 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · eGovernment · Kommunikationstechnologien
- Umwelttechnologien · Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Fachliteratur für kommunale Entscheider
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig **aktuelle Informationen**
über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen
mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer **+49 1579 2451592** einen Kontakt an und senden Sie die **Nachricht „Start“** per WhatsApp an diese Nummer.

Bau



ERLUS

Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahrenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gewerbepbau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Jedes Wochenende Bürgerentscheide, Wachstumsstreik als Befund im Großraum München, gefühlter Stillstand und Frustration. Dann auch noch Kommunalwahlkampf 2020 – 2019 ist ein Jahr der kommunikativen Herausforderungen für die Kommunalpolitik. Das zeigt sich vor allem am Beispiel von Großprojekten, die schnell zum Streitthema werden können: Ein Investor erklärt sich bereit neuen Wohnraum zu schaffen, den die Gemeinde dringend benötigt – doch per Bürgerentscheid wird der „Flächenfraß“ abgelehnt. Die Renovierung des Landratsamtes ist überfällig und energetisch sinnvoll – doch die eigens gegründete Bürgerinitiative stemmt sich öffentlichkeitswirksam gegen die „Steuerverschwendung“. Eine auswärtige Firma möchte einen neuen Produktionsstandort gründen, es winken sprudelnde Kassen und neue Arbeitsplätze – doch die Anwohner fürchten ein hohes Verkehrsaufkommen und sprechen sich gegen die Ansiedlung aus.

Im Kern verbindet die drei Beispiele ein zentraler Aspekt: Kommunikation. Oder vielmehr: Ihr Ausbleiben.

Die Hauptaufgabe besteht darin, zentrale Zukunftsthemen mit dem Bürgerwillen zu synchronisieren. Und häufig sind reichlich positive Argumente für die Projekte oder die eigenen Anliegen vorhanden. Woran es mangelt ist die Bereitschaft diese auch aktiv zu kommunizieren und Debatten auszuhalten. Die Folge: Nicht die Faktenlage, sondern die gefühlte Wahrheit entscheidet. Heute muss Projektkommunikation auf diese gefühlte Wahrheit Einfluss nehmen. Mit Fakten, aber eben auch mit Emotion. Denn nur, wer die Geschichte seines Vorhabens selbst erzählt, kann auf eine Realisierung hoffen. Moderner Bürgerdialog steuert den Prozess in Geschwindigkeit und Deutungshoheit und orchestriert die Kommunikationsmaßnahmen im eigenen Tempo.

Mit dem „Tag der Kommunikation in Kommunen“ präsentiert die Bayerische GemeindeZeitung in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsberatung Engel & Zimmermann Lösungen für die Herausforderungen der Projektkommunikation. Anhand von Fallbeispielen und Vorträgen ausgewählter Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien

und Politik vermittelt der Tag professionelle Kommunikationsstrategien für den Bürgerdialog aus erster Hand. Diskutieren Sie mit uns am 11. April 2019 im Haus der Bayerischen Landkreise in München.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Vortragsprogramm

ab 09:00 Eintreffen / Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische GemeindeZeitung

Grußworte des Gastgebers

Dr. Johann Keller | Bayerischer Landkreistag

10:30 Das BGH-Urteil zu den Amtsblättern und die Folgen – Gemeindeblätter gut konzipiert!

Gisela Goblirsch | pr-competence marketing communication

10:50 Projektkommunikation in Zeiten von Aktivbürger und Ad-Hoc-Journalismus

Dr. Andreas Bachmeier | Engel & Zimmermann AG

12:00 Bayerns Kommunen als Abrußberechtigte der BayKom-Verträge

Andreas Jahr | Vodafone GmbH

12:30 PAUSE

13:30 Sicherer Messenger für die bayerischen Landräte

Klaus Geiger | Bayerischer Landkreistag

14:00 Du willst es? Dann wähl es. Kampagne für Bündnis 90 / Die Grünen zur Landtagswahl 2018

David Stephan | davidmartin GmbH

14:30 Bürgerdialog in Zeiten komplexer politischer Entscheidungen

Markus Blume | Generalsekretär der CSU (angefragt)

15:00 Podiumsdiskussion u.a. mit Dirk Walter | Münchner Merkur

Moderation: Andreas Voelmle, Engel & Zimmermann AG

ca. 15:45 Kaffee, Austausch & Verabschiedung

Anmeldung

Bitte melden Sie sich spätestens bis zum 5. April an. Danke. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am „TAG DER KOMMUNIKATION IN KOMMUNEN 2019“ kostenpflichtig teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion

Dienstanschrift

Telefon

eMail

Tagungsbeitrag
95,-€ (zzgl. MwSt.)

